

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementspreis: 3,00 Mk. monatlich 1,10 Mk.
wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsstelligen Nummern-
zeile oder deren Raum 60 Pfg. für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Beschlusungs-Anzeigen 30 Pfg.

Berliner Volksblatt.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 11. Oktober 1912.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Gegen die Agrarierherrschaft!

Seit die preussische Regierung ihre völlig unzulänglichen
Maßnahmen zur Bekämpfung der Teuerung veröffentlicht
hat, gefällt sie sich in ganz unpassender Selbstverherrlichung
ihrer „Taten“. Tag für Tag kramt sie in ihrem Organ
statistische Weisheiten über die Entwicklung der Viehzucht
aus oder polemisiert gegen die Vorläufer, die mit der Re-
gierungsarbeit nicht zufrieden sind.

Die Regierung aber ist gebunden durch die agrarische
Mehrheit des Junkerparlaments. Dort will man die
Regierung zur Rede stellen, weil sie sich nur den Anschein
gegeben hat, als wolle sie die Not des Volks lindern.
Obgleich die Agrarier genau wissen, daß die kläglichen Unzu-
länglichkeiten der Teuerungspolitik keinem von ihnen auch
nur einen Pfennig kosten werden, führt man einen Schein-
kampf, um das Volk zu betrügen und die Regierung noch
fester an sich zu ketten.

Am 22. Oktober tritt der preussische Landtag
zusammen. Hinter den durch die Dreiklassenmach' gestützten
Mauern will man die Regierung in ihrer Untätigkeit gegen
die Teuerung bestärken. Und auch die Regierung, die vor dem
kleinsten Scheinangriff der Junker zusammenschrumpft, sucht
dort Rückendeckung vor den Angriffen, die sie bei gesunden
Zuständen im Reichstage von den Volksvertretern schon er-
fahren hätte.

Die Losung heißt:
Nieder mit dem Dreiklassenwahlrecht!
Fort mit dem agrarischen Zollwucher!

Der erste Kampf.

Während ein Teil der montenegrinischen Armee im
Norden um Berane kämpft, hat der größere Teil die Grenze
bei Podgorica im Süden überschritten und die Stellung der
Türken angegriffen. Für die Montenegriner handelt es sich
darum, den stark befestigten türkischen Berg Detšitch zu
erobern, der die Straße nach dem wichtigen Knotenpunkt
Skutari beherrscht.

Der Zweck des montenegrinischen Vorstoßes ist klar: es
sollen möglichst viele türkische Truppen nach dem nordwest-
lichen Kriegsschauplatz gezogen und dort festgehalten werden,
damit die Vereinigung der serbischen und bulgarischen Armee
sich möglichst ungehindert vollziehen kann. Dies erklärt auch,
warum Montenegro zuerst losgeschlagen hat. Ebenso hat es
nichts Ueberraschendes, daß die Kriegserklärung der übrigen
Staaten noch nicht erfolgt ist. Es liegt in ihrem Interesse,
damit zu warten, bis sie mit der Mobilisierung und dem Auf-
marsch an den Grenzen völlig fertig sind.

Der Mangel einer offiziellen Kriegserklärung hat übrige-
n den Beginn der Feindseligkeiten auch dieser Staaten nicht verhindert. An der serbischen
Grenze kämpfen die Banden und in Mazedonien ist
der bekannte bulgarische Bandenführer Sadanski mit 2000
Mann eingedrungen. Auch liefern sich bereits türkische und
bulgarische Grenztruppen Vorpostengefechte.

Was nun die Stellung der zunächst betroffenen Groß-
mächte anlangt, so hat gestern Graf Berchtold in der
ungarischen Delegation eine bemerkenswerte Erklärung ab-
gegeben. Er sagte:

„Unsere Politik auf dem Balkan ist keine Eroberungs-
politik. Das bedeutet aber nicht so viel, daß wir an den
Ereignissen am Balkan nicht interessiert sind. (Aufe-
so ist es!) Wir haben auf dem Balkan wichtige Handels-
interessen und wir sind entschlossen, diese
Interessen unter allen Umständen zu wahren.
(Lebhafte Zustimmung und Beifall.)“

Da ist also offen gesagt, daß von einer Uninteressiertheit
Österreichs am Balkan nicht die Rede ist. Damit erklärt der
österreichische Minister des Auswärtigen gerade das Gegen-
teil von dem, was Frankreich und Rußland bei Beginn der
Verhandlungen den Großmächten als Bedingung eines wirk-
lich russisch-österreichischen Einverständnisses gefordert haben.
Auf der anderen Seite stimmen alle Privatnachrichten aus
Rußland darin überein, daß die russische Regierung
trotz aller offiziellen Erklärungen an der österreichischen
Grenze ihre Truppen auf Kriegsstärke bringt. Da nicht ab-
zusehen ist, wie die Balkanstaaten ihren Krieg gegen die
Türkei führen sollen, ohne den Sandhaß zu befeuern, und
eben diese Befehle der österreichischen Regierung unannehm-
bar erscheint, während die russische Regierung jede österrei-
chische Intervention verhorresziert, so ist damit auch schon der
Punkt bezeichnet, von wo aus der Krieg über den Balkan
hinausgreifen kann.

Der Kampf bei Podgorica

London, 10. Oktober. Der Spezialkorrespondent des
Reuterischen Bureaus meldet aus Podgorica: Die mon-
tenegrinische Armee hat heute vormittag den Krieg gegen die
Türkei mit einem Angriff auf die stark türkische
Stellung gegenüber von Podgorica begonnen. Nach einem
vierstündigen Artilleriekampf räumten die Türken
die Höhen von Planinica. Nachdem der Berg mittags von
den türkischen Truppen geräumt war, rückten die Montene-
griner unter dem Schutze ihres Geschützfeuers langsam gegen
den stark befestigten türkischen Berg Detšitch vor, der
die Straße nach Skutari beherrscht. Um 2 Uhr nach-
mittags landeten türkische Truppen am Ufer des Skutarisees
unweit der montenegrinischen Grenze. Es entwickelte sich ein
Kampf, der auf der ganzen Front bis gegen Abend andauerte.

Der Kampf bei Berane.

Salonik, 9. Oktober. Esad Pascha, der den Marsch von
Alfsh-Disfar nach Skutari fortgesetzt hat, hatte in der Gegend
von Berane ein Bataillon zur Sicherung der Straße zurück-
gelassen. Dieses ist von starken Arnautenscharen an-
gegriffen worden und hat schwere Verluste erlitten. Die
Arnauten sind aber mit empfindlichen Verlusten gesprengt
worden.

Gefecht an der bulgarischen Grenze.

London, 10. Oktober. Wie dem Reuterischen Bureau aus
Konstantinopel gemeldet wird, hat sich heute bei den Posten
von Timrud und Aljima nahe der türkisch-bulgarischen
Grenze ein lebhaftes Feuergefecht entwickelt.

Türkische Kriegsnachrichten.

Konstantinopel, 10. Oktober. Das 2. Artillerie-
regiment in Vera ist heute zum Kriegsschauplatz
abgerückt. Die Regierung hat beschlossen, die Sperminac
der Dardanellen gänzlich zu entfernen, um das
Ausfahren der türkischen Flotte nach dem Archipel zu ermög-
lichen. Das Kriegsministerium bereitet die Einberufung
des Landsturms vor. Es teilt mit, daß der Kampf
bei Berane noch andauert. Albanische Freiwillige,
Reserve- und Landsturmtrouppen seien vor dem noch un-
eingeklagten Berane eingetroffen. Das Kriegsministerium
meldet ferner, daß kleine Bandenkämpfe an der bul-
garischen, serbischen und griechischen Grenze stattgefunden
haben.

Ein Trabe ordnet die Einstellung aller Universtitätshörer
und ihre Entsendung nach dem Kriegsschauplatz an.

Der erste türkische Verlust.

Konstantinopel, 10. Oktober. Es verlautet, der Fürst
von Samos habe in Erkenntnis der Unhaltbarkeit der
Lage die Pforte um die Ermächtigung ersucht, die Insel
zu verlassen. Die Pforte hätte ihre Einwilligung
dazu gegeben.

Die Kriegsproklamation.

Cetinje, 10. Oktober. Heute vormittag wurde eine Prokla-
mation des Königs veröffentlicht. Es heißt darin, daß es
unmöglich sei, die von den unterdrückten Brüdern in Albanien
kommenden Schmerzensschreie länger zu ertragen. Man schlägt
dort nicht nur Männer, sondern auch Frauen und Kinder ab. Die
Vaterlandsliebe gebiete den Montenegrinern, zur Hilfe zu eilen.
Die Montenegriner hätten dies schon längst getan, wenn sie nicht
das Ergebnis der friedlichen Bemühungen des Königs zum Schutze
der Mächte jenseits der Grenze abgewartet hätten. Die Hoff-
nung des Königs, ein Mittel zu finden, die Serben in der Türkei
ohne Blutvergießen freizumachen, habe sich nicht erfüllt. Der König
bedauere sehr, daß er gezwungen werde, den Frieden zu lösen und
den Säbel aus der Scheide zu ziehen. Der König richtet weiter an
die Montenegriner den Aufruf, sich unter seiner Führung zusam-
menzuscharen und den bedrückten Brüdern, den wackeren Ma-
lissoren, die seit zwei Jahren wie Löwen für ihre Rechte, ihre
Freiheit und die Vereinigung mit Montenegro kämpften, die Hand
zu reichen. Montenegro reihe nicht allein, mit ihm
seien die christlichen Balkan-Königreiche, mit
denen Montenegro verbündet sei. Der König hat
stets dieses Bündnis angestrebt, welches alle Balkanvölker seit der
Invasion der Asiaten erwarteten. Der König hoffe, daß die Söhne
seiner alten Soldaten heute mehr denn je das Bestreben des Vater-
landes zu heben wissen und die Waffen Montenegros mit neuen
Vorbeeren bedecken würden. Es geböre Mut dazu, mit einem
großen Reiche zu kämpfen, aber dies sei der Stolz Montenegros,
das sich stets freudig für seine Brüder geopfert habe. Die Sün-
dlichkeiten der zivilisierten Welt würden Montenegro begleiten, wie
auch die Sympathien der gesamten serbischen Nation und aller
Slaven. Edle Hände mit gezogeneren Säbeln streck-
ten sich ihm entgegen von Seiten der Könige von
Serbien, Bulgarien und Griechenland, deren
Völker bei diesem Unternehmen mit Montenegro
brüderlich vereint seien. Montenegro greife die Türkei
nicht aus Anmaßung an, sondern aus den edelsten Gefühlen, um
die vollständige Vernichtung seiner Brüder zu verhindern. Die
Proklamation des Königs fordert zum Schluß mit begeisterten
Worten die Montenegriner auf, in den Krieg nach Albanien zu
ziehen, wo sie mit ihren Brüdern aus Serbien, die von ihrem edlen
Könige, seinem geliebten Schwiegersohne, geführt würden, zusam-
menträfen. Dort würden die Montenegriner ihre Brüder aus
Serbien umarmen und den Bedrückten Freiheit bringen. Der
König ruft den Segen des Himmels auf diesen Gang herab, von
dem er seit seiner Kindheit träume, dessen Tag er in seinen Ge-
dichten herbeigerufen habe. Die Proklamation schließt mit den
Worten: Hoch Montenegro, hoch der Balkanbund!

Französische Kriegsschiffe.

Paris, 10. Oktober. Nach einer Weitermeldung aus Toulon
erhielten die Panzerkreuzer „Leon Gambetta“, „Victor
Hugo“ und „Aules Ferry“ den Auftrag, sich zu ihrer etwaigen Ab-
fahrt nach den griechischen und türkischen Ge-
wässern zum Schutze der französischen Orientinteressen bereit zu
halten.

Pariser Auffassungen.

Paris, 10. Oktober. (Privattelegramm des
„Vorwärts“.) In dem heutigen Artikel der „Humanität“
sieht Zaurds die Gefahr für den Weltfrieden

hauptsächlich darin, daß die unterliegende Partei durch Herbeiführung von Verwickelungen den Krieg erweikern kann, und wart vor der Vertrauenseligkeit, die meint, daß es den Großmächten gelingen werde, den Krieg zu lokalisieren.

Das „Journal des Debats“ meint, daß erst nach der bulgarisch-türkischen Entscheidungsschlacht die Interventionen der Mächte eintreten werden, wenn nicht schon früher infolge der militärischen Vorgänge im Sandfahle.

Sehr bemerkenswert ist eine Meldung des Petersburger Korrespondenten des „Temps“, daß polnische Finanzkreise vertrauliche Anweisungen erhalten, ihre Werte nach Moskau zu überführen, falls Komplikationen eintreten sollten. In einem Leitartikel fucht der „Temps“ die Regierungen der Großmächte zu verteidigen, die nie den Anbruch erhoben hätten, den Krieg zu verhindern, aber sich gratulieren könnten, daß ihnen die Lokalisierung gelänge. Das ist sicher eine fähne Behauptung. Wozu dann die diplomatische Aktion auf dem Balkan, wenn sie von vornherein hoffnungslos war? Der „Temps“ führt da wirklich eine Komödie auf, würdig derer, denen er seine Verteidigung angedeihen läßt.

Bemerkenswert ist das Eintreten des „Temps“ gegen die militaristisch-finanzielle Scharfmacherei. Jetzt wäre nicht der Augenblick, sich der Krise zu bedienen, um die Parlamente zur Bewilligung rückständiger Kredite zu zwingen. Die Polemik trifft einen Teil der französischen Presse, wie z. B. den „Figaro“, der neue Ausgaben für Armee und Flotte fordert.

### Die Diplomaten.

Konstantinopel, 10. Oktober. Gestern sind die Botschafter bei dem französischen Botschafter zusammengekommen, um die Rote vorzubereiten, die der Pforte übergeben werden soll. Sie wird wahrscheinlich denselben Inhalt haben, wie die in Sofia überreichte.

Die Vertreter der Balkanstaaten sind noch ohne Instruktion und können daher heute nicht abreisen. Die Behörden hindern die Griechen an der Abreise, indem sie von ihnen die rückständigen Steuern verlangen.

### Bulgarien koppt die Großmächte.

Sofia, 10. Oktober. Der Regierung nahestehende Kreise sind zwar von dem diplomatischen Schritt Oesterreich-Ungarns und Russlands enttäuscht, erblicken jedoch andererseits darin den ernstesten Versuch der Großmächte zu einer friedlichen Lösung. Ministerpräsident Geshow hat Zeitungskorrespondenten gegenüber erklärt, daß der gestrige Ministerrat keine Entscheidung getroffen habe. Der Meinungsaustausch mit Athen und Belgrad dauere noch fort. Natürlicherweise habe Montenegro, nachdem es die Feindseligkeiten begonnen hätte, keine Stimme mehr. Jedenfalls könne die Entscheidung nicht länger verzögert werden. Trotzdem brauche man aber nicht die Hoffnung aufzugeben, daß noch im letzten Augenblick der Friede gesichert werde. Gegenüber den Gerüchten, daß Griechenland heute die Feindseligkeiten eröffnen werde, erklärte der Ministerpräsident Geshow, er sei sicher, daß die Kriegserklärung Griechenlands heute nicht erfolgen werde.

### Ein Ueberfall auf Sakasoff.

Aus Sofia wird uns gemeldet: Eine große Gruppe von Studenten überfiel nachmittags den sozialdemokratischen Abgeordneten Sakasoff, während er auf dem Heimweg begriffen war, und insultierte ihn tätlich. Zwei Studenten feuerten sogar aus ihren Revolvern Schüsse ab, ohne ihn jedoch zu treffen. Sakasoff flüchtete sich in das nächstgelegene Haus und entging so der sicheren Lynchjustiz, welche die Studenten an ihm vornehmen wollten. Die Frontisten des Hauses, wohin sich Sakasoff geflüchtet — es gehört dem Gymnasialprofessor Kalow — wurden durch Steine und andere Wurfgeschosse gänzlich zertrümmert. Polizei und Gendarmen zerstreuten schließlich die Studenten.

### Vorstoß der Italiener bei Derna.

Während in der Schweiz die Unterzeichnung des Friedensvertrages zwischen Italien und der Türkei bevorsteht, suchen die italienischen Kolonnen auf afrikanischem Boden mehr Boden zu gewinnen. Dieses Vordringen wird auch nach Friedensschluß noch mit schweren Kämpfen verbunden sein, da die Eingeborenen sich nicht an die diplomatischen Abmachungen halten, sondern dem fremden Eroberer auch weiter mit den Waffen entgegenzutreten werden.

Am Dienstag haben die Italiener den schmalen Küstenstreifen, den sie bis jetzt bei Derna innehaben, durch einen Vorstoß erweitert. Die „Agenzia Stefani“ meldet darüber:

Nach der Landung der Truppen in Bomba wurde gestern auf Befehl des Generals Reffoli in dem westlichen Sektor von Derna eine Bombardierung durchgeführt, um auch auf dieser Seite die Besetzung zu erweitern. Eine vom General Salsa befehligte Kolonne brach von Derna am frühen Morgen auf. Sie marschierte zunächst westwärts acht Kilometer längs der Küste und stieg sodann in südlicher Richtung gegen den Uadi Dumsat an. Eine andere Kolonne unter dem Befehl des Generals Capello marschierte gegen Marabout Sidiaballa und nahm Stellung am linken Ufer des Dernaflusses. Der Widerstand des Feindes war zuerst leicht, aber die Terrainschwierigkeiten waren sehr erheblich. Gegen 10 Uhr vormittags wurde das Feuer des Feindes heftiger. Um 4 Uhr 30 Minuten nachmittags griff türkische Artillerie mit vier Geschützen ein. Die italienische Artillerie eröffnete aus fünf Kilometer Entfernung Feuer auf sie. Der Feind wurde auf der ganzen Linie zurückgewiesen. Die italienischen Truppen bemächtigten sich der ganzen wichtigen Gegend von Sidiaballa und der Stellungen südlich von Dalgjaroda und sind gegenwärtig dabei, diese Stellungen zu besetzen. Die Verluste des Feindes sind sehr beträchtlich. Auf italienischer Seite wurden vier Mann getötet und 59 verwundet. Einige Feinde wurden gefangen genommen.

### Russlands Doppelspiel.

Seit Wochen hat Herr Sazonow, der commis voyageur der zarischen Außenpolitik, in den Hauptstädten Europas unter der Maske des Friedensapostels dem kriegerischen Vorstoß der unter Russlands Leitung stehenden Balkanstaaten den Boden bereitet — bis im letzten Augenblick der Agent des Zarismus, Montenegro, als Avantgarde der verbündeten Balkanstaaten gegen die Türkei losging.

Es gibt kein Wort, das scharf genug wäre, das frevelhafte Doppelspiel der russischen Regierung zu brandmarken. Damit sei durchaus nicht gesagt, daß die Methoden der englischen, französischen, deutschen und österreichischen Diplomatie höher einzuschätzen seien als das Vorgehen der zarischen Diplomaten in der Balkan-

krisis. Der Unterschied ist bloß der, daß die russische Diplomatie, ungeachtet aller gegenteiligen amtlichen Behauptungen, am Balkan andere Zwecke verfolgt als die genannten Großmächte. Diese sind bei der jetzigen Balkankrise an der Erhaltung des Status quo interessiert: England — um seinen neu erworbenen Einfluß am Goldenen Horn nicht zu verlieren; Frankreich — um das Schicksal der im Orient investierten Milliarden seiner kleinen Sparer nicht zu gefährden; Deutschland — um die Zuneigung des ihm als wirtschaftliches Ausbeutungsojekt nächstehenden Osmanenreiches nicht völlig einzubüßen; Oesterreich endlich — weil es eifersüchtig darüber wacht, daß ihm der Weg nach Saloniki, diesem Ziel des österreichischen Imperialismus, von keiner anderen Macht verlegt werde. Russland befindet sich hinsichtlich der Balkanfrage in einer anderen Lage. Seit jeher sah das amtliche, nationalistische Russland seinen Ehrgeiz darin, die Hegemonie über die kleinen Balkanstaaten wiederzugewinnen und den Ausgang aus dem Schwarzen Meer zu erzwingen. Die Methoden, die es hierbei anwandte, wechselten mit der Zeit. Vor noch nicht gar langer Zeit ließ die Zarenregierung in den Balkanstaaten durch ihre Agenten Verschwörungen veranstalten, Attentate und Mordversuche gegen die Staatsmänner und Fürsten verüben, die nicht bloße Kreaturen in den Händen Russlands sein wollten. In den letzten Jahren schlug die russische Diplomatie am Balkan andere Wege ein. Nach dem Zusammenbruch der neofaschistischen Agitation während der Annerkennungskrise galt es, das Vertrauen der Balkanstaaten durch zähe Ministerarbeit wiederzugewinnen. Der neuernannte russische Gesandte in Belgrad, Herr v. Hartwig, nahm die Balkanbundesidee Tscharikows auf und führte eine Militärkonvention zwischen Bulgarien, Serbien, Griechenland und Montenegro herbei. Als Agent und Beschützer dieses Vierbundes reiste Herr Sazonow nach dem Auslande, um das von der russischen Depressse propagierte Ziel zu erreichen: Nichteinmischung der Mächte in den Kampf zwischen den Balkanstaaten und der Türkei!

Die Losung der russischen Expansionspolitik, die sich mit der berühmten „Lokalisation“ des Balkanbrandes deckt, birgt trotz ihrem anscheinend friedlichen Charakter die schwersten kriegerischen Gefahren in sich. Die beste Illustration dafür sind die Nachrichten über die russischen Truppenmobilisationen und über die Kriegskredite Oesterreichs. Diese Maßnahmen bringen trotz zum Ausdruck, was bei der Herrissenheit Europas, den Sonderbestrebungen der beiden stärksten Mächtegruppen und dem Zusammenbruch der neuesten diplomatischen Aktion des diplomatischen Konzerts schon ohnedies klar ist — daß die ersten Blintenentschlüsse am fernsten Balkan eine Aera schwerer wirtschaftlicher Erschütterungen und politischer Komplikationen auf dem europäischen Festlande einleiten. Anstatt dem russischen Brandstifter am Balkan zu bedeuten, daß sämtliche Mächte eine Einstellung der Heerarbeit in den Balkanstaaten forderten, anstatt gemeinsam und entschlossen den beginnenden Brand zu löschen, vertrat die europäische Diplomatie die losbarste Zeit, verzettelte sie ihre angebliche Friedensenergie in feindseligen Eifersüchteleien und Sonderaktionen, bis die Gefahren, die sie nicht zu haunnen vermochte, über ihrem Kopfe zusammenschlugen.

Auch die russische Regierung, die sich des Erfolges rühmen kann, für die von ihr aufgeregten Balkanstaaten Zeit gewonnen und die Vermittlungsaktion illusorisch gemacht zu haben, befindet sich in einer ähnlichen Lage. Auch ihr sind die Ereignisse über den Kopf gewachsen und sie wird kaum imstande sein, den Gefahren zu begegnen, die sich aus ihrem frevelhaften Spiel mit dem Kriegsfeuer ergeben dürften. Es sind zwei Tendenzen, die sich namentlich in der letzten Zeit in der russischen Außenpolitik den Rang streitig zu machen suchen. Die eine, gemäßigtere Tendenz, meist von den verantwortlichen Instanzen vertreten, geht darauf aus, die günstige Lage Russlands zwischen Dreibund und Tripelentente zur Erweiterung des russischen Machtbereiches in Asien, zur Konsolidierung seiner finanziellen und militärischen Kräfte, zur Stärkung seines Einflusses in der europäischen Politik auszunutzen. Dieser Strömung steht eine andere gegenüber, die auf mächtige Hof- und Militärkreise gestützt, im Interesse der Ablenkung von den inneren Angelegenheiten zu den äußeren, im Interesse der Eroberung neuer Märkte eine stärkere Expansion der russischen Außenpolitik fordert. Das nationalistische und chauvinistische Sachanal, das künstlich großgezogen immer mehr an Einfluß gewinnt, kommt dieser Strömung entgegen. Es ist z. B. kaum glaublich, was die russische Presse, die offiziell-nationalistische wie die liberale, sich hinsichtlich der Balkanfrage leistet. Nachdem die offizielle Presse, voran die „Nowoje Wremja“, in den letzten Wochen systematisch zum Kriege geht und es als ein Staatsverbrechen bezeichnet hat, wenn die Balkanstaaten nicht den Krieg gegen die Türkei beginnen würden, droht das Organ des Großkapitals „Golos Moskwy“, Russland werde zum Dreibund übergeben, wenn Frankreich und England nicht energischer die russische Expansionspolitik am Balkan mitmachen würden! Auch der russische Liberalismus, der zwischen schwächlicher Opposition und patriotischer Anechtlichkeit hin und her taumelt, sucht den Kontakt mit dem offiziellen Balkankurs zu bewahren. So schreibt das Hauptorgan des russischen Liberalismus, das Satireblatt „Nescha“, die wichtigste Aufgabe der russischen Diplomatie bestehe darin, „der Einmischung Oesterreichs in die bevorstehenden Balkanereignisse vorzubeugen“. Die europäischen Mächte müßten es den Balkanstaaten ruhig überlassen, ihren Zweikampf mit der Türkei auszufechten. So schreibt das Blatt, obgleich es ihm nur zu gut bekannt ist, was von der „Lokalisation“ der Balkankämpfe zu halten ist.

Ungeachtet dieser aus Verfidie und Heuchelei zusammengesetzten Treiberei der russischen bürgerlichen Presse, kann indes nicht davon gesprochen werden, daß die Regierung bei weiteren Komplikationen am Balkan einen Rückhalt in den Massen finden könnte. Was die russische Arbeiterklasse über die Balkanpolitik des Zarismus denkt, hat die sozialdemokratische Fraktion in der Duma schon, als Iswolski während der bosnischen Krise an die Duma appellierte, in ihrem klammenden Protest zum Ausdruck gebracht. Und daß auch die Bauernschaft, diese Kerntruppe der Armee, für die Eroberungszüge des Zarismus kein zuverlässiges Material bildet, beweist nicht nur der klägliche Ausgang des Krieges mit Japan, das beweisen auch die fortgeschrittenen Reutereien in der Marine und die dumpfe Gärung in der gesamten Armee. Der künstlich erzeugte Begeisterungsschwall für die „unterdrückten slavischen Brüder“ am Balkan wird bei den ersten politischen Komplikationen wie Rauch verschwinden, und bleiben wird nur die große Enttäuschung der Revolutionsfurcht der un-

verantwortlichen Regierung, die an dem Feuer am Balkan ihr Süppchen zu kochen suchte.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 10. Oktober 1912.

### Einberufung des Reichstags.

Die „Braunschweigische Landeszeitung“ läßt sich aus Berlin melden, daß die Einberufung des Reichstags unmittelbar bevorsteht. Zwischen dem Reichskanzler und führenden Politikern hätten bereits Besprechungen stattgefunden. In der ersten Sitzung werde der Reichskanzler ein Exposé über die auswärtige Lage halten.

Man wird ja bald hören, ob diese Nachricht sich bestätigt.

### Der Papst und die christlichen Gewerkschaften.

Die „Germania“ schreibt: „Ueber ein Schreiben des Hl. Vaters an die deutschen Bischöfe in Sachen des sogenannten Gewerkschaftsstreits geben verschiedene Mitteilungen durch die Presse, die nach unseren Informationen mehr oder weniger irreführend sind. Wir sind über den Inhalt dieses päpstlichen Schreibens unterrichtet, glauben aber von der Wiedergabe der uns gewordenen Mitteilungen absehen zu sollen, bis das Schreiben des Hl. Vaters im Wortlaut vorliegt.“

Ohne das Schreiben zu kennen, kann man voraussetzen, daß der Papst zwar nicht den christlichen Gewerkschaften die Existenzberechtigung abzprechen, aber deren Mitglieder verpflichten wird, außer ihrer Gewerkschaft einem katholischen Verein anzugehören und zugleich werden die Leiter der christlichen Gewerkschaften in irgendeiner Form unter die strenge Aufsicht des Klerus gestellt werden.

### Die Wahlrechtsverflechtung in Plauen.

Aus Plauen wird uns über die von den Liberalen vorgenommene städtische „Wahlrechtsreform“ nachträglich noch geschrieben:

Nach achtstündiger Debatte beschlossen die Stadtverordneten am Dienstagabend mit 37 gegen 15 Stimmen das Fünfklassenwahlrecht einzuführen. Begründet wurde die Änderung mit dem Ansturm der Sozialdemokratie, die bei den diesjährigen Wahlen vielleicht achtzehn Sitze erobern können. Bisher war das Kollegium „sozialistenrein“. Gewählt wurde bisher nach dem Listenstimmensystem. Von dem aus 54 Mitgliedern bestehenden Kollegium scheidet jedes Jahr ein Drittel aus und mußte durch Neugewählte ersetzt werden.

Nach der traurigen wirtschaftlichen Lage in diesem Jahre: Wohnungsmangel, Teuerung usw., war es nicht unwahrscheinlich, daß unsere Genossen in beträchtlicher Zahl in das Rathaus einziehen würden. In der Bürgerstadt aber wurde die Furcht vor der Sozialdemokratie künstlich genährt. Der Stadtrat hatte 3300 Auforderungen an Leute ergehen lassen, die fähig waren, das Bürgerrecht zu erwerben. Dieser Aufforderung hatten circa 2000 Folge geleistet, und nun wurde die Fabel verbreitet, diese 2000 seien fast ausschließlich sozialdemokratische Wähler.

Diesem Vorwand benutzte die reaktionäre Mehrheit, um die Notwendigkeit der schleunigen Wahlrechtsänderung — nachzuweisen. Dabei kam ihr zustatten, daß der neue Oberbürgermeister Dr. Dehne, der am 1. Juli sein Amt antrat, sich als williger Werkzeuge der Scharfmacher gebrauchen ließ. In der häßlichen Sitzung am Dienstag erklärte ein freisinniger Stadtverordneter sogar: Es hätten vor der Wahl Dr. Dehnes zum Oberbürgermeister Verhandlungen hinter verschlossenen Türen stattgefunden, in denen Dr. Dehne sich verpflichtet habe, im Fall seiner Wahl einen Wahlentscheidungssturm auszuarbeiten.

Die Arbeiterklasse erhob zwar wichtigen Protest gegen die Wahlrechtsänderung, wobei es bekanntlich zu Straßenkämpfen kam; aber das fodt die reaktionäre Mehrheit des Kollegiums wenig an. Mit einer geradezu beispiellosen Vergeßlichkeit der freisinnigen Minderheit wurde die Vorlage des Rechts- und Verfassungsausschusses, unter Ablehnung aller Abänderungsanträge durchgepeitscht und unter Geschäftsordnungsbruch nachts 1 Uhr angenommen. Ein nationalliberaler Stadtverordneter beantragte, alle Abstimmungen geheim vorzunehmen, damit die Mitglieder nicht dopptelt werden könnten — und die Mehrzahl der Stadtverordneten stimmte dem Antrag zu. Der Antrag auf namentliche Abstimmung wurde gleich abgelehnt, obwohl der Vertreter der Minorität der Mehrheit zurief: „Wer sich scheut, öffentlich seine Stimme abzugeben, soll sich nicht wählen lassen!“

Dann wurde die Generaldiskussion durch einen Schlussantrag abgeknippt. „Die Entscheidung muß heute fallen oder die Sozialdemokratie beherrscht das Rathaus!“ rief der neue Oberbürgermeister seinen Getreuen zu, und die Scharfmacher johlten ihm zu. Der freisinnige Stadtverordnete Dr. Riechitz erklärte: „Sie fürchten eine sozialdemokratische Mehrheit, wir ist es aber noch nicht bekannt geworden, daß eine sozialdemokratische Mehrheit mit der Minorität so schamlos umgesprungen wäre.“ Doch alle Anträge auf eine zweite Lesung fielen glatt durch.

Nach dem neuen „Recht“ wird in fünf Klassen gewählt, eingeteilt nach der Steuerleistung. In der 1. Klasse wählen 4236 Arbeiter und Kleingewerbetreibende mit einem Einkommen bis zu 2900 M. 9 Abgeordnete, während in der 5. Klasse 771 Wähler mit einem Einkommen von über 12000 M. 12 Abgeordnete ernennen. Wer Hausbesitzer ist oder das Einjährig-Freiwilligen-zeugnis hat oder über 15 Jahre Bürger ist, wählt in der nächst höheren Klasse, als zu welcher er nach seiner Steuerleistung gehört. Die Zahl der Abgeordneten wird auf 60 erhöht. Alle zwei Jahre scheidet ein Drittel aus.

### Heilige Einsat.

Eine große Freude ist der „Germania“ widerfahren, sie befindet in Nr. 228 freudbestrahlend:

Die sozialdemokratische Parteischule vermag trotz aller Anstrengungen und Agitation unter den Mitgliedern der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen sich keine besonders große Beachtung zu erringen. Die sozialdemokratische Parteileitung hatte ursprünglich große Hoffnungen auf diese Schule gesetzt, sieht sich aber von Jahr zu Jahr immer mehr darin getäuscht. Jetzt ist der diesjährige (sechste) Kursus eröffnet worden. Wer da aber glaubt, daß der Zugang ein ganz gewaltiger sein würde, steht sich schmächtig getäuscht. Ganze 20 Schüler und 2 Schülerinnen haben sich zur Teilnahme an dem Kursus gemeldet.

Vielleicht merkt sich die „Germania“ für die Zukunft, daß die sozialdemokratische Parteischule nicht nach dem Muster der W.-Gladbacher Kurse arbeitet. Zu den letzteren werden Hunderte von Hörern zugelassen, während die Schülerzahl unserer Parteischule von vornherein auf circa 30 beschränkt wurde. Vorge schlagen waren, trotzdem die Aufnahmebedingungen recht strenge sind, von den Organisationen im Reich ungefähr 60 Parteigenossen, von denen nach den Bestimmungen der Schule aber nur 31 zugelassen werden konnten.

### Schneidig!

Der Berliner konservative Wahlverein hat an den Minister des Innern eine Eingabe gerichtet, in der ausgeführt wird:

„Da die staatsfeindliche Sozialdemokratie in rücksichtsloser Weise in den ihr zugänglichen Betrieben, in Fabriken, in Werkstätten und in anderen Gewerben ihre Ziele mit offener Gewalt durchzusetzen sucht, und zwar vielfach mit Erfolg, möge die künftige Staatsregierung in Eile ein Gesetz zum Schutze der Arbeitstätigen, und zum Verbote der Verurteilung im Bundesrat in Antrag bringen. Selbst freimüthig in Deutschen Reich und Republikaner im Auslande erheben diese Forderung. Das Deutsche Reich kann nicht länger einen großen und wertvollen Teil seiner Bürger der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rechte durch eine Schar gewissenloser Hezer aussetzen.“

Der konservative Wahlverein ist ein Gewächs, das sonst nur im Verborgenen duftet. Offenbar hatten die Wähler das Bedürfnis, durch irgend eine Tat zu zeigen, daß ihre Organisation noch existiert.

### Vergrößerung des Hamburger Stadtgebietes.

Die Hamburger Bürgerschaft hat am Mittwoch einen Bescheid angenommen, durch den das direkt an die Stadt grenzende Landgebiet bis auf unbedeutende Reste dem Stadtgebiet angeschlossen wird. Da gleichzeitig beschlossen wurde, auch diese Reste baldmöglichst einzugemeinden, bleiben als Landgebiet des hamburgischen Staates nur noch übrig die vier vom preussischen Gebiet eingeschlossenen Waldhöfer, ferner das Städtchen Bergedorf mit den Vierlanden und endlich das Amt Nibbeling mit dem Hauptort Cuxhaven. An das Stadtgebiet angeschlossen werden jetzt sechs Gemeinden, nämlich Ohlsdorf mit dem Zentralfriedhof, Fuhlsbüttel mit dem Staatsgefängnis und der Luftschiffhalle, Groß- und Klein-Bohlen, Alsterdorf und ein Teil von Billwärder, der unter dem Namen Willbrook sich als künftiges Hamburger Industriegebiet entwickeln soll. Außerdem wird die Elbinsel Osterhof nebst einigen anderen Elbinseln, die jetzt durch grobhartige Felsen-erweiterungsarbeiten vollständig umgestaltet werden, dem Stadtteil Steinwärder angeschlossen. Der Bevölkerungszuwachs, den die Stadt Hamburg durch diese Gebietsvergrößerung erfährt, ist minimal. Er beträgt etwa 15 000 Einwohner. Die Bedeutung der Eingemeindung liegt vielmehr darin, daß die angeschlossenen Gebiete, die zur Unterscheidung von den anderen Stadtteilen die Bezeichnung „Vororte“ erhalten haben, nun den Bevölkerungsüberschuss aufnehmen sollen, der Hamburg bisher zum großen Teil an die preussischen Gemeinden abgeben mußte, weil es auf Hamburger Gebiet an pössender Wohnmöglichkeit fehlte. Durch den Bau von Vorortwohnungen, die Schiffbauerschaft der Alster bis Fuhlsbüttel und die Förderung häuslicher Bebauung soll nun das Wohnen in den Hamburger Vororten erleichtert werden. Auf Antrag unserer Genossen ist in die Vorlage auch der Wunsch aufgenommen, daß der Staat Terrains für Arbeiterwohnungen freigibt.

### Im bunten Rod.

Unter der Überschrift „Die Behandlung unserer Volksgenossen im bunten Rod“ brachte das „Vochumer Volksblatt“ am 15. Juli 1911 eine scharfe Kritik über eine Landwehrräubung beim Infanterie-Regiment Nr. 60 in Weichenburg (im Elbth). Die für einen Leutnant und einen Feldwebel des Regiments sehr verhängnisvoll werden sollte.

Bei dem genannten Regiment hatten um jene Zeit Landwehrlente aus Vochum und Umgebung eine Uebung abgeleistet. Die Landwehrlente klagten nicht nur über schlechte Verpflegung, sondern auch über menschenunwürdige Behandlung während der 14tägigen Landwehrräubung. Der Leutnant Breith und der Bizefeldwebel Krišchewski sollten sich durch gemeine Beleidigungen der Landwehrlente besonders hervorgetan haben. Nach dem Artikel des „Volksblatts“ waren dem Herrn Leutnant Hofnamen wie „Idioten“, „Oberochsen“, „Bengels“ und dergleichen liebenswürdige Bezeichnungen sehr geläufig. Der Bizefeldwebel erging sich in Gemäßheit seines niederen Ranges in noch gemeineren Redensarten. Von ihm wurde behauptet, er habe zu den alten Landwehrlenten gesagt: „Kerls, ihr seid so schlapp. Ihr glaubt euch, es nicht nötig zu haben. Ihr müßt erzögieren, bis ihr umfallt; ihr seid nicht die ersten, die ich um die Ecke gebracht habe!“ „Wenn ich könnte, wie ich wollte, so schlug ich euch, daß euch die rote Suppe aus dem Rande käme!“ — Von dem Major Funk schließlich war noch behauptet, er habe einem Hauptmann zugerufen: „Schleifen Sie die Halunken!“ Der Volksblatt-Artikel enthielt ferner noch Ausführungen über die unzureichende Verpflegung.

Wegen dieses Artikels wurden von der Militärbehörde natürlich keine Ermittlungen gegen die schuldigen Militärpersonen eingeleitet, sondern man stellte der Einfachheit halber gegen den Redakteur Bierentämper vom „Volksblatt“ Strafanklage wegen Beleidigung der Offiziere und des Feldwebels. Die Vochumer Staatsanwaltschaft kam den gekränkten Herren vom Militär selbstverständlich gern entgegen und betrieb mit lässlichem Eifer ein Verfahren gegen das „Volksblatt“.

In dem am 12. Dezember 1911 vor der Vochumer Strafkammer stattgefundenen Termin machte die Anklagebehörde dann ganz verzeihliche Anstrengungen, die Ehre der Herren vom Regiment Nr. 60 zu retten. Major Funk gab jedoch unumwunden zu, einem Hauptmann bei Gelegenheit einmal zugerufen zu haben: „Schleifen Sie die Halunken!“, bestimmt habe er aber hiermit nicht die Landwehrlente, sondern die aktiven Mannschaften gemeint. Leutnant Breith bestritt entschieden, die fraglichen Ausdrücke gebraucht zu haben, solche Worte seien ihm nicht geläufig. Ebenso bestritt Feldwebel Krišchewski die angeführten Redensarten, ein „löses Wort“ könne er wohl schon einmal gesagt haben, aber was im „Volksblatt“ steht habe er nimmermehr gesagt. Im Gegensatz zu Leutnant Breith und Feldwebel Krišchewski beschworen dann elf Landwehrlente, die beleidigenden Redensarten und Äußerungen mehrfach gehört zu haben. Das Vochumer Gericht sprach den angeklagten Redakteur frei, weil es den Wahrheitsbeweis für völlig geführt erachtete.

Die Militärbehörde, und zwar das Gericht der 14. Division zu Düsseldorf, hat darauf gegen Leutnant Breith und Bizefeldwebel Krišchewski ein Verfahren wegen Meineids eingeleitet. Die Verhandlung fand heute in Vochum unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Der Anklagevertreter beantragte gegen Breith und Krišchewski Zuchthausstrafe, das Kriegsgericht sprach jedoch beide frei. Die Urteilsbegründung wurde in nichtöffentlicher Sitzung gegeben.

### Militärjustiz.

Der Matrose Voljen vom Dampfschiff „Hessen“ wurde am 4. Nov. über vorigen Jahres zu der harten Strafe von 2 Jahren und 1 Monat Gefängnis verurteilt. A. sollte sich des tätlichen Angriffs auf einen Wachposten und anderer Vergehen gegen die Disziplin schuldig gemacht haben. Er nahm die Strafe an, legte aber später doch Berufung ein und behauptete, er habe die Strafe nur in einem Zustand geistiger Verwirrung angenommen. Das Oberkriegsgericht wies aber die Berufung als unzulässig zurück. B. hat dann einen Teil der Strafe im Festungsgefängnis in Köln verbüßt. Mehr und mehr liegen aber dort den leitenden Personen Bedenken auf bezüglich seiner Zurechnungsfähigkeit. Er wurde von einem Militärarzt beobachtet, und dieser erklärte ihn für unzurechnungsfähig. Er meinte, es läge auch die große Wahrscheinlichkeit vor, daß er bei Begehung der Straftat nicht zurechnungsfähig gewesen sei. Im Wiedernahmeverfahren wurde nun B. vom Marinekriegsgericht des zweiten Geschwader freigesprochen, nachdem der

Reiter der psychiatrischen Abteilung des Marine Lazarets, Oberstabsarzt Dr. Schmidt, daselbst Gutachten abgab, wie der Kölner Militärarzt. Das Gericht verpflichtete zugleich die Staatskasse, dem zu Unrecht Verurteilten eine Entschädigung zu zahlen.

### Gefährliche Sedanbegeisterung.

Vor dem Kriegsgericht der 38. Division in Erfurt stand am Mittwoch der Sergeant Max Schulz von der 1. Kompanie des 98. Infanterieregiments in Dessau unter der Anklage der Bedrohung, Mißhandlung und Mißbrauch der Waffe. Der Angeklagte, der an die Gewehrfabrik in Erfurt kommandiert ist, kam mit einem Kameraden in der Nacht zum 1. September Morgens gegen 4 Uhr, von der Sedanfeier der königlichen Gewehrfabrik. Unterdessen begegneten sie einigen Zivilisten, von denen einer, der früher bei der Torpedodivision gedient hatte, ein Retrospektiv sang, also auch durchaus „patriotische“ Gesinnung betätigte. Dem Sergeant Schulz aber ärgerte das und er verbat sich das, wobei es zu Auseinandersetzungen kam. Nach den Anklagen ist nun Schulz mit dem Rufe, er wolle ihn totschlagen, auf den Zivilisten eingedrungen und hat den Flichenden durch Hiebe mit dem Seitengewehr am linken Arm und am Kopfe bedenklich verletzt. Darauf verstand der tapfere Sedanheld in einem Café, wo seine Personalkarte festgestellt wurde. Vor Gericht behauptete der Angeklagte, er sei zuerst angegriffen worden, worauf er das Seitengewehr nur zur Abwehr nach hinten gehalten habe. (?) Dabei müsse sich der Zivilist selber verletzt haben. (?) Die Beweisaufnahme fiel für den Angeklagten aber so ungünstig aus, daß das Gericht ihn wegen Körperverletzung zu 10 Tagen Gefängnis verurteilte. Von der Anklage der Bedrohung erfolgte Freisprechung.

### Wieder ein Spionageprozeß.

Vor dem vereinigten zweiten und dritten Strafsenat des Reichsgerichts begann heute vormittag der Spionageprozeß gegen den früheren Marinefeuermann, jetzigen Kraftwagenführer Edmund Kugelmann, zuletzt in Hamburg wohnhaft. Die Anklage vertritt Reichsanwalt Schweigger, die Verteidigung führt Rechtsanwalt Dr. Witter. Als Zeugen sind geladen mehrere Kapitäne zur See, als Sachverständiger Freigattenskapitän Fielitz. Nach dem Eröffnungsbeschlusse ist der Angeklagte des verübten Verrats militärischer Geheimnisse verdächtig. Er soll in Hamburg im März 1912 verurteilt haben, Zeichnungen und Pläne über die Anlage von Seeperungen auf der Unterelbe sowie zwischen Helgoland und der Kräfte, die er angefertigt hatte, in den Besitz und zur Kenntnis des englischen Nachrichtendienstes gelangen zu lassen. Sofort nach Verlesung des Eröffnungsbeschlusses wurde die Öffentlichkeit für die ganze Dauer der Verhandlung ausgeschlossen.

In dem Spionageprozeß Kugelmann ist nachmittags 4 1/2 Uhr vom Reichsgericht das Urteil gefällt worden. Der Angeklagte ist wegen verübten Verrats militärischer Geheimnisse zu sechs Jahren Zuchthaus, zehn Jahren Ehrverlust und Zulassung der Polizeiaufsicht verurteilt worden. Vier Monate Untersuchungshaft werden angerechnet.

### Belgien.

#### Auguste Veernaert.

Ran schreibt uns aus Brüssel: Der am Sonntag verchiedene belgische Staatsminister Veernaert würde sich auch von einem weniger matten Hintergrunde, als ihn die Streber und eingerosteten Dugendpolitiker der kerikalen Partei abgeben, als politische Gestalt und geistige Eigenart abheben. Mit Veernaert schwindet in der Tat eine Persönlichkeit aus dem politischen Leben Belgiens, die bis ans Ende das geschlossene Bild eines der Wesen seines Geistes und seines Willens folgenden Charakters bot. Diese Wesen, aus einer tiefwurzelnden konservativen Grundanschauung gebildet, führten ihn zum Kerikalismus, dem er sich, von einem harmlos-gemäßigten Liberalismus kommend, un schwer adoptierte. Im Gegensatz zu seinem intimen Parteifeind Boeste, dem verdorbenen, intransigenten Reaktionsär, hat er als einer der einflussreichsten Führer der kerikalen Partei eine konservative Politik verfolgt, die er in diplomatischer Anpassung an Zeitnotwendigkeiten zu erweitern und zu beleben wußte. Aber wenn auch sein enger Parteifreund Boeste, der Kerikalismus, reichte weder Veernaerts Einsicht in das Geschichtlich-Rewendige noch ein etwaiges menschliches Erfassen der Probleme und der Not unserer Tage aus, dem Proletariat als Klasse seinen Weg zum wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg durch ein weitbildendes Eingreifen der Gesetzgebung zu erleichtern. Gleichwohl datiert von seiner Ministerschaft an das sozialpolitische Programm der Kerikalen.

Veernaert kam 1873 in das kerikale Ministerium Malou. Nach dem Sturze des Ministeriums Malou begann die eigentliche Führerrolle Veernaerts in der kerikalen Partei. Als 1884 die politische Herrschaft der Kerikalen, die seither nicht mehr unterbrochen wurde, wieder einlegte, wurde Veernaert Chef des Ministeriums. Unter seiner Kabinettsführung kam es zur Verfassungrevision, die allerdings in der schmächtlichen, bis auf den heutigen Tag währenden Kurallhande enden sollte.

Für die Arbeiterklasse Belgiens bleibt die Ministerschaft Veernaerts mit einem bösen, unverwundbaren Fied behaftet. Ist es doch unabweisbar erwiesen, daß Veernaert 1887 den Schurken Bourbais emphanen hatte, der während der Unruhen von 1887 im Vorname die verurteilte Agentenprokuratortrolle gespielt hatte. Das berühmte „Komplot“ sollte dem Ministerium, das den Doktrinen und Kerikalen nicht genug forsch voring, Gelegenheit geben, sich in einer glänzenden staatsretterischen Pose zu zeigen. Es kam anders. Die beisspiellos heftigen Debatten in der Kammer zeigten dem Lande den Minister Veernaert als einen Staatsmann, der zu Spitzeldiensten keine Lust hat.

Sind so genugsam Abjüge am Charakter und der politischen Einschätzung des kerikalen Führers zu machen, wird auch der Gegner nicht verkennen, daß Veernaert eine originale Erscheinung war, die, ob ihr gleich Schwung und reine Größe nicht eigen war, ein tätiges, kräftiges Leben einschloß, dem eine Fülle des oft auch unvolleren Wirkens gegeben war.

### England.

#### Ein neues Arbeiterblatt.

London, 8. Oktober 1912. (Eig. Ber.) Heute erschien die erste Nummer des „Daily Citizen“, des Tagesblatts, das die Politik der „Labour Party“ in der Öffentlichkeit vertreten soll. Das Blatt veröffentlicht eine Reihe Gläubungsschreiben von bekannten Publizisten, so von Edward Bernstein und Lord Northcliffe, dem Eigentümer der „Daily Mail“. In einem Artikel „Unser Ziel“ heißt es: „Wir werden nicht dasjenige Echo irgendeiner Partei sein. Unsere Grundzüge und unsere Politik werden offen den Arbeiterhandpunkt vertreten.“ Weiter heißt es: „Es ist unmöglich, unsere Grundzüge und Ziele einzeln anzuführen. Sie werden von Tag zu Tag enthüllt werden, wie die öffentlichen Fragen entstehen. Es sollte jedoch gesagt werden, daß keine Sache dieser Zeitung mehr am Herzen liegen wird als der internationale Frieden. Wir werden den Hebern, die dieses Blut unter den Nationen machen, keine Gnade erweisen. Wir werden unseren Einfluß ausüben, um die antijohialen Interessen, die zum Kriege drängen, zu bändigen oder zu zerstreuen. Wir werden uns schwer anstrengen, um ein besseres Einverständnis zwischen Großbritannien und Deutschland herbeizuführen. Wir sind stolz auf das deutsche Volk, stolz auf seine Industrie und seine Errungenschaften auf dem Gebiete der Kunst, Philosophie, Wissenschaft, Literatur, vor allem aber stolz auf seine gewaltige Arbeiter-

Bewegung. Ein englisch-deutsches Einverständnis würde dem Wachstum der Künste Einhalt gebieten, die beide Völker erdrücken, und der Grundstein des künftigen Weltfriedens werden.“

Das Blatt ist gut ausgestattet. Nur befremdet einem die eingehende Beschäftigung mit der Person des Königs in einem Arbeiterblatt, das auch sozialistische Grundzüge vertreten will. Der Artikel „Die Pläne des Königs“ mutet einem an wie eine Verleumdung monarchischer Gesinnung. Und es kann doch wohl nicht die Absicht der Redaktion sein, diesen Eindruck zu erwecken.

## Aus der Partei.

### Zum Fall Hildebrand.

Die „Frankische Tagespost“ in Nürnberg veröffentlicht ein Schreiben, das dem Genossen Dr. Sühlein vom Genossen August Bebel zugegangen ist:

Hätte ich den Verhandlungen über den Fall H. beiwohnen können, hätte ich für den Ausschluß gesprochen und gestimmt. Grund: Der Mann gehört nach seinem ganzen Ideenkreis und seiner Auffassung unserer Zustände nicht in die Sozialdemokratie. Die Partei ist kein Sammelbecken für Eingänger und Utopisten. Mit bestem Gruß  
A. Bebel.

Die „Mannheimer Volksstimme“ schreibt zu dem Pronunziamento Helne-Krass:

Die Freiburger „Volksrecht“ meint in ihrer Erwiderung auf eine Bemerkung der „Leipz. Volksztg.“, die die Erklärung als eine „Rebellion der Sozialistischen Monatshefte“ bezeichnet hatte, das Leipziger Blatt täusche sich darin gründlich; denn die Erklärung scheint nicht überaus zur Unterschrit vorgelegt worden zu sein; so seien in ihr zwei in Baden recht bekannte Parteigenossen, Dr. Frank und Kolb, nicht verzeichnet, obwohl man genau wisse, daß sie strikte Gegner des Ausschlusses seien.

So viel uns bekannt ist, hat den Genossen Dr. Frank und Kolb die in Frage stehende Erklärung sehr wohl vorgelegen, sie haben es aber abgelehnt, sie zu unterzeichnen, weil sie sie zwar für sicherlich gut gemeint, aber für überflüssig und deshalb schädlich halten. Und so wie Dr. Frank und Kolb denken, wie wir wissen, auch noch andere süddeutsche — elßassische, bessiße usw. — Parteigenossen in führenden Stellungen, die ihre Unterschrit ebenfalls nicht gegeben haben. Und wir glauben, daß sie gut daran taten, da auf dem Parteitag jedem Gelegenheit geboten war, zum Fall Hildebrand seine Meinung zu sagen, und den jetzt erfolgenden Entscheidungen in den Parteiverfassungen ein höheres Gewicht zukommt, als die Erklärungen einzelner.

Wir können dieser Mitteilung des Mannheimer Parteiblattes noch hinzufügen, daß eine ganze Anzahl Genossen, die in der Gewerkschaftsbewegung eine führende Stellung einnehmen, ihre Unterschrit gleichfalls verjagt haben.

### In der „Chemnitzer Volksstimme“ lesen wir:

Hildebrand veröffentlicht in der neu erweiterten Verlage von Diederichs in Jena erscheinenden Zeitschrift „Die Tat“ einen Aufsatz: „Was ist Sozialismus?“, in der er die von ihm neuerfundene angeblich höhere dritte Stufe des Sozialismus darstellt, nach dem utopischen und dem Klassenkampfsozialismus den neuen „Wartungssozialismus“. Der Nachdruck des Artikels liegt wohl auf folgender Erklärung:

„Man trennt sich, um sich wieder zu vereinen, das Streben nach Vereinzelung muß zum Streben nach Vergesellschaftung zurückführen. ... Es ist mandamental nötig, daß man seinen Gefährten den Abschied gibt, um sich auf sich selbst zu bestimmen. Gaben wir uns selbst erst einmal wiedergefunden, dann werden wir um so leistungsfähiger und wertvoller in die Gemeinschaft zurückkehren. Im Augenblick ist es notwendig, daß wir von einander gehen. Aber jeid dessen gewiß: die Trennung ist nicht das Ende der Dinge, wir werden uns wiedersehen, und unsere Vereinigung wird dann um so fester und schöner sein.“

Na, hoffen wir, lieber Leser! Und hoffentlich ist es damit einstellend genug des grauen Spiels!

Auch wir denken, daß damit die über Gebühr aufgedunsene Gelegenheit erledigt ist.

### Von der Parteipresse.

Die Redaktion der „Weimarer Volkszeitung“, die vom 15. Dezember an in eigener Druckerei in Jena hergestellt wird, setzt sich zusammen aus den Genossen Albert Rudolph (jetzt Parteisekretär in Frankfurt a. M.), Wilhelm Faber (jetzt Redakteur in Jena), die Redaktion in Jena; Heinrich Fischer (jetzt Arbeitersekretär in Düsseldorf) übernimmt die Redaktionsstelle in Weimar, und Georg Röder (jetzt Redakteur in Erfurt) für die Lokaledition in Eisenach. — Geschäftsführer der Jenaer Druckerei wird Genosse Georg Pfeuffer in Jena. — Die „Weimarer Volkszeitung“ ist vom 1. Januar 1913 an zuständiges Parteiorgan für die drei weimarer Reichstagswahlkreise.

### Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

#### Redakteur gegen Amtsgerichtsrat.

Genosse Schaubert, Redakteur des „Horburger Volksblatts“, stand vor der Strafkammer in Stade wegen Verleumdung des Amtsgerichtsrates Sachse. Als Genosse Schaubert im Hamburger Gefängnis eine zweimonatliche Strafe wegen angeblicher Verleumdung des Berliner Polizeipräsidenten verbüßt hatte, er mit dem Amtsgerichtsrat, als dieser die Besen kontrollierte, einen Zusammenstoß, da der Herr in sehr bristler Weise auftrat. Außerdem war Genossen Schaubert die Selbstbelästigung verweigert und die Selbstbelästigung beschnitten worden. In einem Artikel des „Volksblatts“ hatte Genosse Schaubert seine Ergebnisse im Gefängnis geistig und entsprechend kritisiert, wodurch sich Amtsgerichtsrat Sachse beleidigt fühlte und klagte. Die Strafkammer in Stade erkannte an, daß Genosse Schaubert in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe, und sprach ihn frei. Der Staatsanwalt hatte eine Geldstrafe von 200 M. beantragt.

## Soziales.

### Gemeindevorsteher und Reichstagswählerliste.

Der Gemeindevorsteher Hellwig zu Romau (Kreis Wehlau) wurde vom Landrat mit folgender Begründung mit einer Disziplinarstrafe von 9 Mark bedacht: „Ermittelungen anlässlich einer Besuche eines Lehrers haben ergeben, daß Sie die im Wahlregister für die Reichstagswahlen vorgeschriebene ortsübliche Bekanntmachung erst am 13. Dezember, also einen Tag vor der Auslegung der Liste der Wahlberechtigten, erlassen haben, sowie daß Sie einigen Leuten erst während der Offenlegung der Liste und einem Teil erst nach Beendigung der Auslegung der Wählerliste bekannt geworden ist. Trotzdem haben Sie am 4. Januar 1912 beschlossen, daß Sie die Liste nach Bekanntmachung vom 14. bis zum 22. Dezember 1911 zu jedermaßen Einsicht ausgelegt haben. Es fällt Ihnen eine grobe Pflichtverletzung zur Last.“

Nach vergeblicher Beschwerde beim Regierungspräsidenten zu Königsberg klagte der Gemeindevorsteher beim Oberverwaltungsgericht.

Das Oberverwaltungsgericht wies dieser Tage die Klage ab, indem es ausführte: Der Kläger hätte sich gegenwärtig halten müssen, daß die rechtzeitige Bekanntmachung der Auslegung der Wählerliste eine überaus wichtige Angelegenheit sei, wovon unter Umständen die Gültigkeit der Reichstagswahl abhing. Er habe erst am letzten Tage vor der Auslegung die Bekanntmachung in Ansatz gesetzt und habe die Sache launig lassen. Irgendwo sei dann das Schriftstück stehen geblieben. Sein Verhalten sei schwerwiegend genug, die Strafe zu rechtfertigen.

Der Gemeindevorsteher kann von Glück reden, wenn er nicht noch wegen Urkundenfälschung angeklagt wird.  
(Siehe auch 1. Beilage.)

# Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

## Gärung unter dem Personal der Firma Schering.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Chemischen Fabrik auf Aktien vorm. G. Schering waren dieser Tage sehr zahlreich in „Punktes Gesellschaftshaus“ in der Triftstraße versammelt, um die Antwort der Direktion entgegenzunehmen auf den Antrag, der wegen der Teuerung eine allgemeine Lohnzulage fordert. Der Arbeiterausschuß erstattete Bericht. Danach hat die Direktion jedwede Zulage rundweg abgewiesen. Eine Rundfrage an die Abteilungsleiter beider Fabriken habe ergeben, daß eine allgemeine Lohnzulage nicht angebracht erscheine. Dientin, vom Fabrikarbeiterverband kritisierte scharf das Verhalten der Firmenleitung. Die Löhne der Arbeiter betragen 40 bis 49 Pf. pro Stunde, für weibliche Arbeitskräfte 18 bis 27 Pf. bei neunstündiger Arbeitszeit. Das ergibt also einen Tagesverdienst von 3,60 bis 4,40 M. für Männer; der letzte Verdienst wird aber erst nach 15 bis 20 jähriger Tätigkeit gezahlt. Für Mädchen beträgt das Einkommen nur 1,82 bis 2,48 M. pro Tag. Die Gesellschaft hat im Jahre 1911 einen Bruttogewinn von 1.630.359 M. erzielt, aus dem nach Abschreibungen von 511.984 M. eine Dividende von 13 Proz. auf die fünf Millionen alte Stammaktien gezahlt wird. Die Firma wäre also sehr wohl in der Lage, höhere Löhne zu zahlen, um so mehr, als schon andere große chemische Fabriken angesichts der Teuerung Zulagen gewährt haben. Die Arbeiterschaft hat alle Veranlassung, auch die Betriebsverhältnisse unter die Lupe zu nehmen. Da besteht zu allererst ein rigoroses Strafsystem für Zuspätkommen, 5-30 Minuten kosten eine Stunde Lohnabzug, 31-60 Minuten außer dem verwirkten Lohnbetrag noch extra eine Stunde, von 61 Minuten bis 1/2 Tag 2 Stunden, bei mehr als 1/2 Tag 3 Stunden. Wer in anderen Räumen betroffen wird, bezahlt 50 Pf., eventuell einen halben Tagesverdienst. So ist ein Arbeiterausschußmitglied mit 1 M. bestraft worden, weil ein Arbeiter ihn in seiner Eigenschaft als Ausschußmitglied ansprach. Der Retirende klagte beim Gewerbegericht und das entschied, daß die 1 M. zurückgezahlt werden müsse. Nach Aussage des Vertreters der Firma habe das Gespräch mindestens eine halbe Minute betragen. Für eine halbe Minute also 1 M. Man vergleiche damit die Löhne der Arbeiter. Der Portier hat die Pflicht, den Inhalt der Körbe oder sonstiger Behälter aller Herausgehenden zu untersuchen! In der Berliner Fabrik wird über schlechte Garderoben und Waschvorrichtung geklagt. Die Arbeiter müssen ihre Kleider in einzelnen Abteilungen an der Arbeitsstelle aufhängen und sind gezwungen, sich in Eimern oder Fabrikationschalen zu waschen. In Charlottenburg ist die Beleuchtung beim Kohlenfahren sehr schlecht, so daß leicht ein Unfall passieren kann. In der Waschlüche der photographischen Abteilung befindet sich keine Ventilation. Hier ist eine Vergiftung durch salpeterminerz Silber und Ammoniak festzustellen gewesen. Genügende Schutzmasken sind auch nicht vorhanden, für 12 Mann 6 Stück.

In der Diskussion wurde ausgesprochen, daß die Arbeiterschaft mit der Antwort der Direktion nicht einverstanden sei und der Arbeiterausschuß von neuem beauftragt werde, in dieser Frage weitere Verhandlungen zu führen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Der ablehnende Standpunkt der Direktion, die sich auf eine Rundfrage an die einzelnen Abteilungsleiter stützt, ruft allgemeine Entrüstung hervor. Die Arbeiterschaft ist der Meinung, daß auch den Herren Abteilungsleitern die Teuerung bekannt sein muß, und daß heute der verheiratete Arbeiter mit 21 bis 27 M. Wochenlohn seine Familie nicht ernähren kann, wenn die Frau nicht kräftig mitarbeitet. Es wird der Ansicht Ausdruck gegeben, daß die Herren, welche der Direktion mitteilen, es wäre keine Lohnhöhung notwendig, es doch mal vier Wochen verdienen sollten, mit den von Arbeitern erzielten Durchschnittswochenverdienst auskommen; vielleicht kommen sie dann zu einer anderen Meinung.

Des weiteren protestieren die Versammelten gegen die Behandlung, die dem Arbeiterausschuß zuteil wurde, welcher wiederholt über folgende Fragen verhandeln wollte: 1. Ueber familiäre Einrichtungen in der Fabrik. 2. Ueber die Auslegung und Handhabung des § 18 der Arbeitsordnung gegenüber dem Arbeiterausschuß.

Die Arbeiterschaft betrachtet dieses Verhalten der Direktion als nicht ihren Wünschen entsprechend und gibt zu gleicher Zeit ihrer Verwunderung Ausdruck, daß es bis jetzt immer einer sehr langen Zeit bedurfte, ehe der Ausschuß Antwort erhielt.

Die Versammlung ist allgemein der Auffassung, daß die Direktion nicht genau über die Lohnverhältnisse unterrichtet ist, und beauftragt daher den Arbeiterausschuß, von neuem in dieser Frage vorstellig zu werden.

Die Kranführer und Anführer der K. G. W. in der Guttentstraße (Zurbinenfabrik) haben gestern abend einmütig beschlossen, die Arbeit am Freitag früh nicht wieder aufzunehmen. Sie hatten Forderungen auf Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnhöhung gestellt. Während die Direktion in bezug auf die Verkürzung der Arbeitszeit einige Zugeständnisse machte, lehnte sie jedes Entgegenkommen in der Lohnfrage ab. Da die Einstellungslöhne jetzt nur 42 Pf. pro Stunde betragen, hätte man ein besseres Verständnis der Direktion in dieser Hinsicht erwarten dürfen. Wegen einiger Pfennige müssen die Arbeiter nun erst zum äußersten Mittel greifen. Der Betrieb ist nunmehr als gesperrt zu betrachten und jeder Zugang fernzuhalten.

## Deutsches Reich.

Der Tischlerstreik in Burg bei Magdeburg hat einen recht eigenartigen Verlauf genommen. Am 29. Mai haben die Arbeiter in der Tischfabrik von A. G. Wolf die Arbeit eingestellt, um in diesem Betriebe den zwischen dem Arbeitgeberverband und dem Deutschen Holzarbeiterverband für die Holzbearbeitungsbetriebe in Burg vereinbarten Vertrag zur Durchführung zu bringen. Der Unternehmer lehnte das Verlangen der Arbeiter hartnäckig ab und versuchte seinen Betrieb mit Streikbrechern aufrechtzuerhalten, die er durch die berühmte gelbe Menschenhändlerfirma Kaczmarek bezog. Das Gesindel, das auf diese Weise nach Burg gezogen wurde, wurde durch seine Raufkluft bald zum Schrecken der Stadt. Seinen höchsten Triumph feierte dieses Mobdum bei dem Totschlag, dessen Opfer der Schuhfabrikarbeiter Genosse Zeitzsche wurde, der am 15. September von dem Streikbrecher Kuppert erschossen wurde.

Diese Tat rief in Burg eine ungeheure Aufregung hervor, deren Eindruck sich auch der Inhaber der Firma Wolf nicht entziehen konnte. Es wurden Verhandlungen eingeleitet, in deren Verlauf der Unternehmer die Forderungen der Arbeiter bewilligte. Aber auch die Streikbrecher mußten aus dem Betrieb entfernt werden, was dem Fabrikanten, der dem Gesindel anscheinend weitgehende Versprechungen gemacht hatte, recht schwer fiel. Man konnte aber den Arbeitern billigerweise nicht zumuten, neben diesen gefährlichen Mauthorden zu arbeiten. Nachdem so der Betrieb geräumt war, wurde am 7. Oktober die Arbeit wieder aufgenommen. Der Streik brachte also nach mehr als 18wöchiger Dauer einen vollen Erfolg.

Er führte aber zu einem eigenartigen Nachspiel. Die Firma Wolf hatte außerhalb des Vertrages gestanden, weil sie dem Schuhverband nicht angeschlossen war. Dieser hatte somit eigentlich ein Interesse daran, daß auch in diesem Betriebe die vertraglichen Bestimmungen durchgeführt wurden. Trotzdem beschloß die Bürger Unternehmung, die bestreikte Firma zu unterstützen. Sie gaben eine schwarze Liste heraus und verpflichteten sich, die streikenden Arbeiter nicht einzustellen. Das war ein klarer Vertragsbruch. Vom Zentralvorstand des Arbeitgeberverbandes wurde das auch anerkannt und in einer am 18. Juni abgehaltenen Sitzung wurde dem Vorstand des Holzarbeiterverbandes die Zustimmung gegeben, daß die schwarze Liste zurückgezogen würde. Die Bürger Schuhverbänder taten aber nichts dergleichen.

ja nach wiederholten Reklamationen antwortete der Bezirksvorsteher des Schuhverbandes unterm 1. September, daß er von seinem Zentralvorstand keine Anweisungen erhalten habe, und daß er deshalb seinen Mitgliedern empfohlen habe, eine abwartende Stellung einzunehmen. Die Bürger Unternehmung beharrte also in Vertragsbruch. Nachdem sie lange genug zugehört hatten, beschloß endlich die Arbeiter, den Streik umzudrehen. Am 21. September wurde beim Tischlermeister Kaniuth, dem Bezirksvorsteher des Schuhverbandes, die Arbeit eingestellt. Es ergibt sich nun das sonderbare Schauspiel, daß bei der Firma Wolf wieder gearbeitet wird, während bei Kaniuth (in Firma Berger u. Jahn) der Streik fort-dauert. Herr Kaniuth spielt nämlich die getränkte Leber-turk und verlangt, daß die Arbeiter durch die Aufnahme der Arbeit zum Ausdruck bringen sollen, daß sie unrecht behandelt haben; erst nachher will er sich zu Verhandlungen bereit finden. Er wird aber hoffentlich noch einsehen lernen, daß er durch sein vertragswidriges Verhalten das Recht verwirkt hat, sich aufs hohe Ross zu setzen.

500 Arbeiter und Arbeiterinnen der Nähmaschinenfabrik Mundlos u. Co. in Magdeburg sind am Mittwoch morgen in den Ausstand getreten. Drei Fünftel der Ausständigen sind im Metallarbeiterverband, zwei Fünftel im Holzarbeiterverband, im Gewerkeverein und einigen anderen Organisationen Mitglied. Sie hatten bereits im vorigen Jahr den Antrag auf eine prozentuale Zulage auf die Löhne und Akkordpreise gestellt, waren aber abgewiesen worden. Es wurde den Arbeitern Unverschämtheit vorgeworfen, obwohl sie seit der Lohnbewegung 1906, wo die Aufbesserungen auch erst nach einem sechsmonatlichen Ausstand erfolgten, nichts mehr erhalten hatten. Die damaligen Preise und die damals festgelegten Lohnstufen für die Lohnarbeiter benutzt die Firma auch heute noch. Seit jener Zeit haben wir jedoch die fortgesetzt steigenden Lebensmittelpreise, die nahezu alle übrigen Betriebe am Orte zu Lohnaufbesserungen nötigten. Und dennoch lehnte die Firma auch diesmal die Anträge glatt ab; nur einige Akkordpreise besserte sie auf — allerdings in einer Weise, die sehr zweifelhaft ist, ob sie damit die Arbeiter nicht geradezu kränken wollte. Satten die Arbeiter im vorigen Jahre, wenn auch knirschend, die ablehnende Antwort der Firma hingenommen, so konnte dieses Jahr davon keine Rede mehr sein. Dennoch wurde wieder und wieder von der Arbeiterschaft der Versuch einer friedlichen Beilegung gemacht, doch vergeblich. Der Kampf ist der Arbeiterschaft aufgezwungen. Sie wird ihn im Vertrauen auf die Berechtigung desselben zu führen wissen.

## Terrorismus der Schokoladenfabrikanten.

Der Syndikus des Verbandes deutscher Schokoladenfabrikanten, Herr Greiert, der früher als nationalsozialistischer Parteigänger den Streik für ein durchaus berechtigtes Kampfmittel der Arbeiterschaft anerkannte, erließ jetzt im Auftrage seiner Dienstherren folgendes Rundschreiben an die Mitglieder obengenannter Unternehmerorganisation:

Karl Greiert, Dresden, Ringstraße 18.  
Fernsprecher 2508.

Dresden, den 26. September 1912.

Vertraulich!

W. I.

Bei den Firmen Vereinigte Fabriken Moser-Roth, Stuttgart, Gadez u. Co., Bremen, und Barmer u. Flachmann, Herford, ist ein Streik ausgebrochen. Ich bitte Sie, die von dem Streik betroffenen Firmen dadurch zu unterstützen, daß Sie keine Arbeiter und Arbeiterinnen aus diesen Betrieben aufnehmen.

Wie diese Arbeitsniederlegungen zeigen, greift die Arbeiterbewegung rasch um sich; es ist deshalb dringend notwendig, daß sämtliche Arbeitgeber auch durch Nichtaufnahme von Arbeitern und Arbeiterinnen, welche in den vom Streik betroffenen Betrieben beschäftigt waren, solidarisch vorgehen.

Schachstungsbohl

gez. Karl Greiert.

Die Herren werden auch durch ihre schwarzen Listen die Bewegung dieser schlecht entlohten und noch schlechter behandelten Arbeiterkategorie nicht aufhalten. Obiges Dokument der rücksichtslosen Ausschungerungs-polizei, dessen Praktiken auch die Berliner „Magen“ Scharfmacher beim Streik in der Fabrik von Seifert u. Gasse verfolgen, verdient registriert zu werden.

## Sonderbares Schweigen.

Die brave Erklärung des Hauptvorstandes des Süddeutschen Eisenbahnerverbandes, daß dieser auf das Streikrecht verzichte, beschäftigt noch immer die bayerische Presse, insbesondere die bürgerlichen Blätter. Die demokratische Presse höhnt über das „zu Kreuze kriechen“ des Verbandes, die liberalen Blätter erkennen die Artigkeit der Verbandsleitung an und sind befriedigt über die „Einsicht“, die der als sozialdemokratisch verführte Verband nunmehr zeigt, und die schwarzen Papiere der in Bayern herrschenden Partei äußern ihre Unzufriedenheit über die „Unzulänglichkeit“ der Erklärung der streikverweigernden Verbandsleitung und fordern resp. diktiert, daß der Streikverzicht auch ins Verbandsstatut aufgenommen werde. Alles in allem ist man sich nirgends über das seltsame Verhalten der Verbandsleitung klar. Am Siege des Hauptvorstandes in Nürnberg schüttelt man alleenthalben die Köpfe über die überflüssige Erklärung, die von einem Namen unterschrieben ist, der sozialdemokratischer Gemeindebevollmächtigter ist. Eine Aufklärung hat man von der nächsten Nummer des Verbandsorgans, der „Süddeutschen Eisenbahn- und Postpersonalzeitung“ erwartet. Das Organ, das am Mittwoch erschien, verläßt die Angelegenheit indessen mit keiner Silbe, es schweigt. Offenbar hat der Redakteur und die Verbandsleitung kein vernünftiges Argument, um die freiwillige Selbstkastration zu verteidigen.

Wie uns aus Nürnberg mitgeteilt wird, hat der Streikverzicht des Süddeutschen Eisenbahnerverbandes in der Redaktion des Verbandsorgans, der in Nürnberg erscheinenden „Süddeutschen Eisenbahnzeitung“, einen plötzlichen Wechsel notwendig gemacht. Redakteur war bisher der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Rohhaupter, früher selbst Staatsarbeiter in München und ein einflußreicher Führer der bayerischen Eisenbahner. Nunmehr hat er seine Stelle als Redakteur niedergelegt, weil er den Schritt der Verbandsleitung nicht billigt, durch den er selbst überrascht worden zu sein scheint.

Die Glasarbeiter und -arbeiterinnen der größten Spiegelglas-schleiferei R. Wiederer in Rützh in Bayern haben die Arbeit eingestellt. Die Arbeiter fordern Lohnhöhungen, die in anderen Betrieben bereits bewilligt wurden und seit langer Zeit dort bezahlt werden; ferner Reduzierung des Abzuges für Risikolohn, Herabsetzung des Druckabzuges, Regelung des Lohnstarifes für Akkordarbeiter und Abschaffung des Prämien-systems. Die Weltfirma R. Wiederer u. Co. weigert sich dagegen, dem Verlangen der Arbeiter zu entsprechen. Die ablehnende Haltung ist um so unverständlich, wenn man weiß, daß die Firma fast konkurrenzlos auf dem Markt dasteht. Aus kleinen Anfängen heraus hat sie sich zu einem gewaltigen Exportgeschäft entwickelt, und der noch lebende Gründer der Firma hat früher selbst als Glas-schleifer gearbeitet. Die von den Arbeitern eingeleiteten Verhandlungen sind bis jetzt mit der Begründung zurückgewiesen worden, daß die anderen Industriellen erst dazu Stellung nehmen müssen. Dabei muß ausdrücklich bemerkt werden, daß in allen anderen Betrieben bereits bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen bestehen. Die Herren planen jedenfalls eine allgemeine Aussperrung aller Spiegelglas-schleifer. Die Glasarbeiter werden deshalb darauf aufmerksam gemacht, daß Rützh i. B. für sie als gesperrt gilt.

## Ausland.

### Reduzierung der Arbeitszeit in Rußland.

Vor einigen Jahren projektierte das Handels- und Industrie-ministerium bezüglich der Norm der Arbeitszeit für erwachsene Arbeiter eine Reduzierung von 11 1/2 Stunden auf 10 1/2 pro Tag. Die damals hochgehenden Bogen der Arbeiterbewegung erinnerten die herrschenden Klassen allzu deutlich daran, daß nicht nur die Fabrikanten, sondern auch die Arbeiter ihre „Bedürfnisse“ haben. Die Fabrikanten erklärten natürlich dem ministeriellen Projekt den Krieg, obwohl bereits in mehreren Industriezweigen (Waschmaschinenfabriken und Druckerereien) der 9-10 und sogar in einigen Fällen der 8 stündige Arbeitstag eingeführt worden war. Die Arbeiter lassen sich neue Gesetze nicht erlauben, erklärten die Fabrikanten mit Recht.

Die Einführung der 10 1/2 stündigen Arbeitszeit „bringt weder Verhütung in die Gemüter der Arbeiter noch Schwächung in ihrem Kampf um weitere Reduzierung des Arbeitstages“. Dafür richtet ein neues Gesetz die Industriellen zugrunde. „Verderbliche Folgen“ für die Industrie sind unüberwindlich. Man braucht nicht eigens zu bemerken, daß dies den Fabrikanten genügt, dahin zu wirken, daß das Projekt des Ministeriums nicht nur nicht Gesetz, sondern nicht einmal der Duma vorgelegt wurde.

Heute findet selbst das Ministerium, das wohl schwerlich jemand im Verdacht haben wird, es steebe danach, die Industrie „zugrunde zu richten“, daß das kaiserliche Kammergericht der Industriellen jeglicher Begründung entbehrt. Im Ministerium sind statistische Daten über die Arbeitsdauer in den Fabriken, Werkstätten und in den Bergwerken in den Jahren 1904-1905 zusammengestellt worden. Auf Grund der erhaltenen Resultate kommt das Ministerium zu dem Schluß, daß die Einführung der 10 1/2 stündigen Arbeitszeit besonders einschneidende Veränderungen nicht hervorrufen könne, da die durch dieselbe bedingte Reduzierung der Arbeitszeit durchschnittlich nur 8 bis 4 Proz. ausmache. Die höchste Reduzierung der Arbeitszeit (für die Wolllindustrie) erreicht nur 5,3 Proz. In anderen Produktionsgruppen ist sie bedeutend niedriger und in der Verwertung der Kupfmineraleien z. B. sogar auf 0,3 Proz. herabgesunken.

Vom Ministerium sind ferner die Dimensionen der Vergrößerung der Produktionskosten bestimmt worden, die aus der Reduzierung der Arbeitszeit sowie aus der Notwendigkeit der Vervollkommnung der Technik in den Fabriken und Werkstätten zur Deckung des infolge der Reduzierung der Arbeitszeit entstandenen Mankos herbeigeht. Diese Vergrößerung schwankt nach den Berechnungen des Ministeriums zwischen 0,5 Proz. (für die Wolllindustrie) und 2,1 Proz. (für die Seidenindustrie). Im Durchschnitt macht die Vergrößerung der Kosten 0,9 Proz. oder im ganzen nur zirka 8 Millionen Rubel aus.

„Das Fazit ist vollständig beruhigend“, konstatiert sogar die „Handels- und Industriezeitung“. Nur in den Betrieben mit ununterbrochener Arbeit könnte nach der Meinung des offiziellen Organs des Finanzministeriums die Reduzierung der Arbeitszeit zu ersten ökonomischen Schwierigkeiten führen.

Trotz dieses „beruhigenden“ Fajits tut das Handelsministerium keinen Schritt, das Projekt der Reduzierung der Arbeitszeit wieder ans Tageslicht zu ziehen. Es wird kaum ein Jertum sein, anzunehmen, daß nur der neue Aufschwung der Arbeiterbewegung die gelehrten Statistiker des Ministeriums zu praktischen Schlüssen auf ihren theoretischen „Untersuchungen“ kommen läßt.

## Die Lage auf dem Balkan.

Das serbische Ultimatum.

Belgrad, 10. Oktober. (B. G.) Das Blatt „Pravda“ veröffentlicht die Meldung, daß die Regierung der Türkei ihre Wünsche unterbreitet habe, deren Nichterfüllung binnen 24 Stunden die Kriegserklärung nach sich ziehen würde.

Man will den Krieg.

Paris, 10. Oktober. (B. G.) Der „Temps“ veröffentlicht heute zwei Interviews seiner Korrespondenten in Belgrad und Sofia mit hervorragenden Diplomaten, deren Äußerungen deutlich zeigen, daß in beiden Ländern ein ausgesprochener Wille zum Krieg vorhanden ist und daß es den Vermählungen der Mächte wohl kaum gelingen wird, die auslodernnden Flammen des Balkanbrandes noch im Keime zu ersticken. Die Kriegserklärung an die Türkei ist nach Ansicht beider Diplomaten nur noch eine Frage von Tagen.

Finanzierung der Türkei durch amerikanische Banken.

New York, 10. Oktober. (W. T. W.) Eine Finanznachrichtens-agentur meldet, in Washington verlautete, daß angeblich auf diplomatischem Wege Unterhandlungen betreffend die Uebernahme einer türkischen Anleihe im Betrage von 50 Millionen Dollar durch ein amerikanisches Bankensyndikat stattfänden. Es seien daran J. P. Morgan u. Co., Kuhn, Löh u. Co. und andere beteiligt.

Arnauten gegen Serben.

Saloniki, 10. Oktober. Die Arnauten haben zu den Waffen gegriffen und ziehen gegen die serbische Grenze. Sie verfolgen besonders serbische Vanden, die die Grenze überschreiten. Eine starke serbische Bande hat vor den Arnauten die Flucht ergriffen. Die Liste der Freiwilligen von Pristina weist bereits 14 000 Namen auf.

Die Albanesen für die Türkei.

Konstantinopel, 10. Oktober. (W. T. W.) Aus allen Städten Nordalbaniens treffen Nachrichten ein über patriotische Kundgebungen der Albanesen, die schwören, sie würden die Feindseligkeiten einstellen und für die Türkei kämpfen.

Lahmlegung des Handels.

Charkow, 10. Oktober. (W. T. W.) Angesichts der Ereignisse auf dem Balkan haben die Exporteure die Getreideeinfäufe eingestellt.

## Letzte Nachrichten.

Der medizinische Nobelpreis.

Stockholm, 10. Oktober. (W. T. W.) Der medizinische Nobelpreis für 1912 wurde dem Dr. Alexis Carre am Rockefeller-institut in New York für seine Arbeiten über die Gefäß-nacht und die Transplantation von Organen verliehen. Der Preis beziffert sich in diesem Jahre auf etwa 100 000 Frank.

Bei der Arbeit tödlich verunglückt.

Borbes, 10. Oktober. (W. T. W.) Auf der Eisenhütte Phönix gorielen morgens zwei Arbeiter bei Reparaturarbeiten in eine Gebläsemaschine und wurden zerquetscht. Beide waren sofort tot.

Fünf Segelschiffe gestrandet.

Petersburg, 10. Oktober. (W. T. W.) Wie aus Archangelsk gemeldet wird, sind während des Zyklons im Westen, im Weißen Meere fünf Segelschiffe gestrandet. Vier davon sind zerschellt und fünf Mann sind ertrunken.

Der Bündler auf dem Kriegspfade.

Die völlig unzureichenden Regierungsmassnahmen gegen die Teuerung haben den Bund der Landwirte in Harnisch gebracht. Eine längere, von Unterstreichungen wimmelnde Erklärung des Bundesvorstandes in der „Deutschen Tageszeitung“ kündigt der Regierung die Freundschaft. Sachlich richtig an der Schimpfkanone ist nur, daß die Aktion der preussischen Regierung keine nennenswerte Minderung der Fleischpreise herbeiführen wird.

Aber trotz dieses indirekten Eingeständnisses, daß auch die Landwirte nicht durch die Maßnahmen Nachteile erleiden können, versichern die Unterzeichner der Erklärung v. Wangenheim, Roefide und Hahn, daß eine verhängnisvolle Minderung des Vertrauens der deutschen Landwirtschaft zur königlichen Staatsregierung die Folge sein wird.

Nicht um die jetzige Aktion ist es offenbar dem Bund zu tun, sondern um eventuelle spätere wirkliche Regierungsmassnahmen. Des Landwirtschaftsministers sind zwar die Bündler ganz sicher. Hat v. Schorlemer-Lieser doch erst vor wenigen Tagen auf der Konferenz im Ministerium des Innern (nach der „Post, Fig.“) erklärt: „Ich sehe und fasse mit dem § 12 des Fleischbeschaugesetzes“. Da mag der Agrarminister seine Abhängigkeit von den Agrariern ganz richtig dargestellt haben. Aber es gibt noch andere Auffassungen im Ministerium und im Bundesrat, und vor allem, es gibt einen stetig wachsenden Volksprotest gegen Agrarierhochmut. Um diesen Gefahren zu begegnen, legt der Bund los:

„Wie hat sich die deutsche Landwirtschaft nunmehr zu den Massnahmen der königlichen Staatsregierung zu stellen? Ihre erste Aufgabe ist es, sich ohne Illusionen die tatsächliche Lage klar zu machen. Wir weichen politisch Schritt für Schritt vor der Demokratie zurück; wir befinden uns wirtschaftlich auf dem Wege zur zweiten Kera Capri mit dem einzigen Unterschiede, daß man in der ersten den Landwirten wenigstens schroff den Rat gab, abzufahren, während man jetzt mit wohlwollenden Worten die deutsche Landwirtschaft zu beglücken sucht.“

Es ist nicht die Art deutscher Landwirte, kampflos zu verzagen. Auch jetzt werden sie alles daran setzen, um in angespanntester, rastloser Arbeit das Äußerste zu leisten. Aber wenn wiederum mit der Schwelung in unserer Wirtschaftspolitik neue Jahre schweren Kampfes und schwerer wirtschaftlicher Verluste uns auferlegen versucht wird, so ist es die Pflicht der Landwirte, im Interesse der Gesamtheit sich mit allen gesetzlichen Mitteln dagegen zu wehren.

Daß die deutsche Landwirtschaft erhalten und gefördert werden muß, nicht um ihrer selbst willen, sondern im Interesse unseres gesamten Volkes und Vaterlandes, sollte soweit Gemeingut aller einsichtsvollen Deutschen geworden sein, daß jeder Angriff hierauf rückhaltlos zurückgewiesen werden müßte. Wird hierin gefehlt, so ist erneut auf politischem Gebiet der schwere Kampf eröffnet, für die Erhaltung und, wie es sich jetzt zeigt, für die Wiederherstellung der nationalen Wirtschaftspolitik, die Deutschland wirtschaftlich groß gemacht hat. Die erste Handlung, welche die Wende legte, ist die gefährlichste. Bei der Landwirtschaft fängt die Abbröckelung an, bei der Industrie hört sie auf. Gestorben wird von ihr das gesamte Volk und am schwersten die gesamte arbeitende Bevölkerung durch das Einschumpfen der Arbeitsmöglichkeiten.

Dieser Kampf ist zu führen gegen alle offenen und versteckten Feinde der bisherigen deutschen Land günstigen und notwendigen nationalen

Wirtschaftspolitik unter Abschüttelung der lauen und unzuverlässigen Elemente.“

Selbst der Regierung ist dieser Angriff zu dreist. Mit einer Eile, die bei der Verteidigung gegen Anklagen des Volkes nicht geübt wurde, antwortet sie auf die Anzapfung mit einem scharfen Angriff also:

„Der Bund der Landwirte veröffentlicht durch seinen engeren Vorstand eine Erklärung über die Teuerungsmassregeln, die sich weit von einer objektiven Beurteilung der Regierungskaktion entfernt.“

Zur Sache bemerkt die Erklärung, die Ursache der Teuerung liege in der fehlerhaften Organisation der Vermittlung zwischen dem Erzeuger und dem Verbraucher des Fleisches. Hier hätte die Regierung einsehen müssen. Dabei wird verschwiegen, daß die angeklagten Erleichterungen des Vieh- und Fleischimportes ausdrücklich an Bedingungen geknüpft sind, die eine bessere Organisation der Fleischversorgung bezwecken. Die Erklärung unterläßt auch, zu sagen, welche Vervollständigungsvorschläge der Bund der Landwirte selbst auf diesem Gebiete zu machen hätte.

Statt dessen wird der Regierung vorgeworfen, sie erwecke den Anschein, „daß ihre Massnahmen durch die Absicht veranlaßt sind, dem Geschrei der landwirtschaftsfeindlichen Demokratie nachzugeben und den mehr oder weniger durchsichtigen Bestrebungen der Interessenten an der argentinischen Fleischimportzulassung, und hierdurch den Glauben hervorzurufen, daß sie tatsächlich den Standpunkt dieser Kreise vertritt und fördert.“

Darf sich noch über „hebräische Agitation“ seiner Gegner beklagen, wer mit solchen Insinuationen arbeitet?

Ein solcher Ton kann auch nicht durch die Annahme entschuldigt werden, daß sich in der Aktion der Regierung eine Abwendung von der bisherigen Wirtschaftspolitik anzeige. Denn diese Annahme ist willkürlich und mit den programmatischen Erklärungen bei Erlaß der vorübergehenden Teuerungsmassregeln unvereinbar. Die Regierung dient durch Anerkennung der durch die Fleischteuerung geschaffenen Belastung weiterer Volksschichten und durch den ersten Versuch, ihr entgegenzuwirken, der Sicherung der bestehenden Wirtschaftspolitik besser als durch gleichgültige Untätigkeit. Dagegen können, wie wir glauben, so einseitige Rundgebungen, wie die vorliegende des Bundes der Landwirte, nur dazu beitragen, die Vertretung der bisherigen die Interessen der Landwirtschaft und der Industrie gleichmäßig wahrnehmenden Politik des Schutzes der nationalen Arbeit zu erschweren.“

Die Vorwürfe des absichtlichen Verschweigens, der böshaftern Unterstellung unentschuldbarer Tones, willkürliches und mit den Tatsachen unvereinbarer Annahmen, gleichgültiger Untätigkeit gegenüber der Not des Volkes usw. sind ja nicht zum erstenmal gegen den Bund erhoben worden. Uns kann es nur recht sein, wenn die verlogene Bündlerische Heze auch von der Regierung ausdrücklich gekennzeichnet wird. Nur wissen wir, daß hinter diesem versteckten Angriff nichts als die feige Verteidigung gegen den Vorwurf des Bruches mit der bewährten Wirtschaftspolitik steckt. Im Grunde ist die Regierung ja doch die Höhrige, sie wünscht nur nicht, daß ihr Herr sie auch so tituliert.

Dennoch — die Charakterisierung der Bundes„arbeit“ im Teuerungskampfe wollen wir nicht vergessen.

Kritik der Städte.

Nun haben auch die kleineren und mittelgroßen Städte, die im Reichsverband deutscher Städte organisiert sind, zu den Massnahmen der Regierung Stellung genommen. Auch sie, in deren Verwaltungen das konservative Element eine ziemlich große Rolle spielt, haben auf ihrer gestrigen Tagung in Berlin erklärt, daß die Regierungskaktion ungenügend und der Erfolg zweifelhaft ist. Zum mindesten fordern sie aber, daß die ganz unbedingte Ausschließung der kleinen Städte von den Regierungsbegünstigungen

gen beseitigt wird. Der Vorsitzende des Verbandes wurde beauftragt, dem Reichskanzler folgende Entschlieung zu unterbreiten:

- 1. Der Vorstand des Reichsverbandes deutscher Städte sieht mit dem Vorstande des Deutschen Städteverbandes auf dem Standpunkt, daß es nicht als die Aufgabe der deutschen Städte anzusehen ist, dauernd in die Preisgestaltung der Nahrungsmittel einzugreifen. 2. Der Vorstand bezweifelt gleich dem Vorstand des Deutschen Städteverbandes den Erfolg der von der preussischen Staatsregierung in Aussicht gestellten Massnahmen, namentlich ist ein solcher für die kleinen Städte, die ein Schlachthaus nicht besitzen, von vornherein nicht anzunehmen. 3. Der Vorstand empfiehlt der Staatsregierung neben der vom Vorstand des Deutschen Städteverbandes vorgeschlagenen Aufhebung oder Milderung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes und neben den von der preussischen Staatsregierung in Aussicht gestellten Massnahmen: 1. Den Erlaß von Ausfuhrverboten für deutsches Schlachttvieh, insbesondere Kammel, 2. Errichtung von Schlachthäusern an der Grenze und Gleichstellung des dort geprüften ausländischen Fleisches mit dem Inlande, 3. Fortfall des Zolla für aus den deutschen Kolonien eingeführtes Fleisch, 4. weitgehendste Eisenbahnfrachtermäßigungen.

Im übrigen muß erwartet werden, daß die kleinen Mittel zur Hebung der größten augenblicklichen Notstände durch Hebung der Fleischproduktion im Inland, Schaffung von Bauerngütern, Verhinderung ungesunder Fideikommissbildungen usw. ersetzt werden, um dadurch eine gesunde dauernde Lage herbeizuführen.“

Auch ein Beitrag zur Fleischnot.

Nach dem Monatsbericht des „Königlich preussischen statistischen Landesamts“ wurden auf den 17 großen Schlachtviehmärkten Preußens im Monat August 1912 gegen denselben Monat im Vorjahre weniger aufgetrieben:

4 576 Stück Großvieh, 12 718 Kälber, 748 Schweine.

Dagegen wies der Auftrieb an Schafen ein Mehr von 18 425 Stück auf. Immerhin ergibt dies bei Zugrundelegung des offiziellen Durchschnittsgewichts ein Minus von 1 300 000 Kilogramm. Welche Rückwirkung das Fehlen einer solchen Menge Fleisch auf die Ernährung weiter Schichten der Bevölkerung ausübt, kann man sich leicht denken, wenn man außerdem berücksichtigt wird, daß sich innerhalb eines Jahres die Bevölkerung in Preußen um etwa eine halbe Million vermehrt hat. Diese Tatsachen sind einfach nicht wegzuleugnen. Hier muß unbedingt Abhilfe geschaffen werden.

Obstruktion der Fleischer.

In Jena hat der Verkauf dänischen Fleisches durch die Stadt begonnen. Die Preise stellen sich in den städtischen Verkaufsstellen um 20 bis 30 Pf. billiger als bei den Fleischermeistern. Auch mit dem Vorstand der Fleischerinnungen wurden Verhandlungen gepflogen. Die Herren Fleischer sind befragt worden, ob sie in ihren Verkaufsläden dänisches Fleisch mit einem geringen Aufschlag verkaufen wollten? Die Herrschaften haben sich aber, trotzdem der Obermeister der Innung versicherte, innerhalb 48 Stunden eine bindende Antwort zu geben, bisher um die Beantwortung der Frage herumgedrückt.

Der Erfurter Magistrat hat durch eine Delegation in Holland ca. 100 Zentner Kalb- und Rindfleisch und 18 Schweine gekauft. Das Fleisch verkauft die Fleischer zu Preisen, die mit dem Magistrat vereinbart wurden. Für den Verkauf sind den Fleischern 12 Pf. pro Pfund gewährt worden, die Fleischerinnung verlangte erst 18 Pf. Die städtisches Fleisch verkaufenden Fleischer zeigen diesen Verkauf ihren Kunden durch ein im Verkaufslokal ausgehängtes Plakat an. Das Inserieren haben die Fleischer abgelehnt, auch wenn der Magistrat die Inserate bezahlen würde.

Kleines Feuilleton.

Literarischer Diebstahl. Die blückerische und in ihr im besonderen Maße die Generalanzeigerpresse hat vor allem den idealen Lebenszweck, Geld zu machen und das Volk durch Verblödung bei staats-erhaltender Bestimmung zu lassen. Dazu dient natürlich zunächst der politische, dann aber auch der ästhetische Teil des Blattes. Der größte Schand schließt im Feuilleton dieser Presse läppig in die Galme, gepflegt werden vornehmlich der fade Wadfish- und Zeitungsroman und die miserabile Detektivgeschichte. Die Parole lautet: billig und schlecht! Je billiger, um so besser für den Verleger, je schlechter, um so größer der Zuspruch des Bildungspöbels. So ist es auch hier, wie sonst in der Sekundärliteratur, die Verleger machen glänzende Geschäfte, die Romanfabrikanten schreiben sich die Finger wund und darben. Es ist kein Wunder, wenn das elende Handwerk die forumpiert, die sich mit ihm abgeben müssen. Und so schreibt immer einer der armen Schluder den andern ab. Seltener wagen sie sich an gute Werke heran.

Zu einer Reihe unserer Parteiblätter wurde der Roman des Engländers W. W. Jacobs „Hafenstürme“ veröffentlicht. Diesen Roman benutzt ein gewisser Walter Vöge zur eigenen Feilscherei, indem er ihn einfach verballhornt anschreibt und unter seinem Namen als „Krischan Twietmeyer, die Geschichte einer guten Seele“ herausgibt. Die „Altonaer Nachrichten“ veröffentlichen das Plagiat in ihren Spalten. Vöge verfährt dabei mit wunderbarer Sachkenntnis. Er läßt es nicht genug sein damit, die Namen zu ändern, sondern er wird den schlechten Bedürfnissen seines Publikums extra gerecht, indem er den Stil verclumpet und aus dem feinen Witz des pessimistischen Künstlers einen saden Spaß à la „fliegende Blätter“ macht. Er kennt seine Leute. Aber sonst gibt er sich keine Mühe eigenen Denkens. Es gehört wirklich nicht viel Kunst dazu, die Welt zu betrügen, wie viel weniger unsere Schmierpresse, die natürlich auf allen Schund hereinfällt.

Wie ein Gelehrter über den heutigen Wissenschaftsbetrieb denkt. Der berühmte Physiologe Max Per w o r n zeichnet in seiner soeben erschienenen Broschüre „Kausale und konditionale Weltanschauung“ folgendes Bild der wissenschaftlichen Arbeitsweise unter der Herrschaft der freien Konkurrenz:

Man arbeitet geschäftsmäßig... Die Produkte geistiger Tätigkeit werden zur Marktware. Das Problem wird nicht seines inneren Wertes wegen gewählt, sondern mit Rücksicht auf seinen augenblicklichen Marktwert, und man überschwenmt den Markt mit Angeboten. Wissenschaftliche Arbeiten werden fabrikmäßig hergestellt. Die Massenproduktion in der Wissenschaft ist heute schon so groß, daß kein Forscher mehr imstande ist, auch nur die auf seinem speziellen Arbeitsgebiete erscheinenden Publikationen sämtlich im Original zu berücksichtigen. Die Arbeiten werden veröffentlicht, aber nicht mehr gelesen... Es würden viele wissenschaftliche Untersuchungen als überflüssig und wertlos erkannt werden und unveröffentlicht bleiben, wenn jeder, ehe er eine Arbeit in Angriff nimmt, sich in Ruhe den Gegenstand gründlich nach allen Richtungen hin durchdachte, und

es würde viel Zeit und Mühe erspart werden, wenn jeder noch Beendigung einer Unteruchung auch mit selbstloser Vertiefung in den Gegenstand kritisch erwägen würde, was die gefundenen Tatsachen für die großen und allgemeinen Probleme seiner Wissenschaft bedeuten.

Wir fürchten, die Wünsche und Hoffnungen des verdienten Gelehrten werden nicht in Erfüllung gehen. Denn sie passen schlecht in eine Zeit hinein, die die Wissenschaft für gerade gut genug hält, ein „Geschäft“ neben den anderen mehr oder weniger erträglich zu sein. Erst wenn die Herrschaft des Profitinteresses in der Wissenschaft wie überall gebrochen wird, kann die rationelle Organisation des wissenschaftlichen Betriebes, die im Grunde auf ähnlichen Voraussetzungen wie die Organisation der Wirtschaft beruht, zu einem Problem werden, dessen Lösung nicht mehr von gutem Willen des Einzelnen, sondern von der Gesamtheit angestrebt und getragen wird.

„Lord Rutland ist Shakespeare.“ Unter diesem Titel läßt in den nächsten Tagen der Brüsseler Literaturprofessor Genosse Celestin Demblon in Paris ein Werk von 570 Seiten erscheinen, in dem er die auch von einem deutschen Shakespearekenner bereits aufgestellte Hypothese beweisen will, daß die Dramen Shakespeares von dem Earl of Rutland verfaßt seien. Dem Werk, das auch in Englisch erscheinen soll, wird ein anderes Buch folgen unter dem Titel „Der Verfasser des Hamlet und seine Umgebung“. In diesen beiden Arbeiten glaubt der belgische Gelehrte seine Theorie in so überzeugender Weise beweisen zu haben, daß man nach seiner Ansicht die Dreihundertjahrfeier zu Ehren Shakespeares im Jahre 1916 in eine Rutlandfeier umwandeln wird, ja daß sich an diesem Fest sogar die Baconianer beteiligen werden. Vorläufig wird man freilich gut tun, nicht nur diesen überschwänglichen Hoffnungen, sondern noch mehr den wissenschaftlichen Resultaten des Forschers mit skeptischer Zurückhaltung gegenüberzusehen.

London—Bombay mit der Flugmaschine. In Bombay hat sich ein Komitee indischer Sportfreunde gebildet, das im kommenden Sommer einen interessanten großen Fernflug veranstalten soll: Flugmaschinen und Pilot sollen im Wettkampf ihre Fähigkeit erweisen, die Reise von London nach Bombay mit der Flugmaschine zurückzulegen. Die mit Hilfe der britischen geographischen Gesellschaft zusammengestellte Flugroute beginnt in London und führt über Calais, Brüssel, Köln, Aachen nach Wien, Budapest, Belgrad, Sofia und Konstantinopel, wo die europäische Strecke endet. Dann wird der Bosphorus überflogen, die Strecke erreicht bei Medine den Cyprus, fährt dann über den Tigris nach Bagdad und folgt hier der Küstenlinie bis Karachi. Von hier aus muß dann Bombay in einem Fluge erreicht werden. Es kommt bei diesem Fernfluge weniger auf die Schnelligkeit an, als auf die sichere Ueberwindung der gewaltigen Entfernungen; man rechnet, daß der Flug London—Bombay insgesamt gegen 14 Tage erfordern wird. Eine Reihe indischer Fürsten unterstützt den Plan mit stattlichen Geldspenden.

Skulpturen, die angeblich 200 000 Jahre alt sind. Unseren Altvordern aus grauer Zeit, die das Feuer noch nicht kannten und sich als Wägen grob behauener Stücke aus Kieselsteinen bedienten, war bereits die künstlerische Betätigung kein wesens-

fremdes Ding. Vor einigen Monaten erst konnten die französischen Zeitungen von der Auffindung überraschend schöner farbiger, mehr als 20 000 Jahre alter Tierbilder berichten, die die Wände der in den Pyrenäen gelegenen Altamiragrotte bedecken, und von denen einige Fragmente noch die fast unberührte Farbenfrische bewahrt haben. Jetzt hat auf dem letzten Kongreß für prähistorische Anthropologie und Archäologie, der seine 14. Versammlung soeben in Genf abgehalten hat, der französische Gelehrte d'Harvent aus Böhmen Rieselfiguren vorgelegt, die menschliche Figuren nach der Natur zur Darstellung bringen. Sie wurden inmitten von Waffen aus derselben Zeitperiode in Kieselaluminium der Quartärformation gefunden. d'Harvent hält sie für die Vorlage der dem Kongreß in Genf unterbreiteten Fundstücke überaus interessante Mittelungen über die ersten bildhauerischen Versuche der Menschen. Diese groß ausgehauenen „Steinfiguren“ wurden von Höhlenmenschen in bewohnter Retouchierarbeit zu dem Zwecke verfeinert, um die Lebensähnlichkeit scharfer zu betonen. Der darunter befindliche gewaltige und verblüffend ausdrucksvolle affenähnliche Kopf sieht, wie die im „Matin“ wiedergegebene Abbildung der Fundstücke erkennen läßt, in Gesichtsausdruck und Schädelbildung einem Gorilla zum Verwechseln ähnlich und ist vielleicht die Vortatäbilde eines unserer prähistorischen Ahnherrn. Daneben befinden sich Vogelköpfe und Tiermasken, die roh, aber mit bildnerischer Anschaulichkeit aus dem Stein herausgehauen worden sind. Nach der Ansicht des prähistorischen Sachkenners Gabriel de Mortillet und anderer maßgebenden archäologischen Forscher weist die geologische Schicht der Fundstätte auf eine Entstehungszeit vor annähernd 200 000 Jahren und vielleicht noch mehr zurück. Aber wenn man, um jeder Ueberreibung aus dem Wege zu gehen, auch nur ein Alter von 100 000 Jahren annehmen will, so wird man angesichts der primitiven Proben dieser vorhistorischen Bildhauer zugeben müssen, daß diese immerhin in ihrem künstlerischen Vermögen unseren modernsten Futuristen noch weit voraus waren.

Notizen.

— Amundsen in Berlin. Ueber die Eroberung des Südpols sprach Knud Amundsen Mittwoch abend in der Berliner Gesellschaft für Erdkunde. Er schilderte in zweifelhafte Rede in deutscher Sprache das Winterquartier an der Hochbarriere und gab dann den bereits bekannten Bericht über das Vordringen zum Südpol. Der Vorsitzende der Gesellschaft, Prof. Vond, der an Amundsen die Mischung von Kühnheit und durchdringender Sachkenntnis pries, überreichte ihm die höchste Auszeichnung der Gesellschaft, die goldene Humboldt-Medaille. — Freitag abend spricht Amundsen über das gleiche Thema in der Philharmonie.

— Vode und die Seinen. Die bereits früher angelegten Veränderungen in der Verwaltung des Kaiser-Friedrich-Museums sind jetzt amtlich geworden. Vode tritt die Direktion dieses Museums an seine Adlats Friedländer (Gemäldegalerie) und Roetschau (Christliche Skulptur) ab und behält nur die Generaldirektion. Am System Vode wird damit freilich nichts geändert.

### Städtische Maßnahmen.

Die Stadtverwaltung in Bochum beschloß einen Kredit von 15 000 M. zum Einkauf von dänischem und holländischem Vieh zu gewähren. Das Fleisch soll durch die Metzger zum Verkauf gelangen.

## Preussischer Städtetag.

Düsseldorf, den 9. Oktober 1912.

Wenn nicht ein „begeistert“ ausgebrachtes Schlußwort auf Wilhelm II. das absolute Unterordnungsgefühl der weitläufigen Majorität des preussischen Städtetages unter die Handlangerregierung Bethmanns herausgestrichen hätte, dann könnte man glauben, die Stadtverwaltungen wären gründlich in das oppositionelle Fahrwasser hineingefahren. Am zweiten und letzten Verhandlungstage wurden verschiedentlich sehr scharfe Töne gegen das Landratsregiment, gegen die Praktiken der städtischen Kreisräte laut. Man konnte sich überhaupt nicht des Eindrucks erwehren, daß sich in den städtischen Organen, als Folge der fortgesetzten und immer schärfer heraus tretenden junkerlichen Verschärfungen und Herrschaftslüste gegenüber den Städten, eine große Summe von Verstimmung und Groll aufgesammelt hat, von dem nur kleine Quantitäten explodierten. Ein Schlaglicht auf die Verhältnisse warf ein sehr dringend ausgesprochenes Appell eines der Redner, des Bürgermeisters Ploßmann-Paderborn, an die großen Gemeinden, den kleinen Schwestern im Kampfe gegen die „Skaverei“ unter der Landratsfuchtel beizustehen. Und der in dieser Bitte enthaltene scharfe Vorwurf fand nicht etwa Zurückweisung, sondern Weisfallsstundgebungen und von verschiedenen Seiten, so auch von dem Vorsitzenden, Oberbürgermeister Wermuth, ausdrückliche Anerkennung. Auf der Tagesordnung stand der Punkt: „Verwaltungsreform und die kreisangehörigen Städte“. Referenten waren die Herren Bürgermeister Wilm's-Polen, Pieper-Paderborn und Ploßmann-Paderborn. Sie begründeten in teilweise recht scharfen Angriffen gegen die Politik der Kreisräte, welche die Städte als Milchkuhe für das Land, speziell für den Großgrundbesitz auszubenten suchen, folgende Forderungen:

Die Unterstellung des Schulwesens der mittleren und kleineren Städte unter die Landräte ist unbedingt zu vermeiden.

Die Schaffung provinzieller Behörden für die direkten Steuern unter Wegfall der Steuerabteilungen bei den königl. Regierungen erscheint zweckmäßig. Der Vorstoß in den Veranlagungskommissionen ist steuerrechtlich vorgebildeten Beamten im Hauptamt zu übertragen.

Die Aufsicht des Staates über die Verwaltung der städtischen Angelegenheiten darf keinesfalls den Landräten übertragen werden.

Nach dem Vorbilde der Provinz Hannover sind die kreisangehörigen Städte auch hinsichtlich der Staatsgeschäfte nicht der Kreisinstanz, sondern einer höheren Instanz zu unterstellen. Dies gilt namentlich von den Geschäften der Polizei und Wohlfahrtspflege.

Jede Verschärfung der Vorbereitungen des Ausschleidens einer Stadt aus dem Kreisverwaltungsverband ist abzulehnen, vielmehr eine Erleichterung des Ausschleidens anzustreben.

Bürgermeister Wilm's wandte sich hauptsächlich gegen die Versuche, das gesamte Schulwesen der Oberhoheit der Landräte zu unterstellen. Er forderte Provinzialschulbehörden als Organe der Selbstverwaltung. Die Praxis der Kreisverwaltung sei auf die Formel: Rechts um, Links um! eingestellt. Er sprach es ziemlich unbehohlen aus, daß der Landrat resp. die Kreisverwaltung als Schulbehörde den „praktischen“ Unterricht der Kinder auf den Gutsplätzen — Kartoffelgärten und Viehhäuten — alljährlich bevorzugen werde. — Bürgermeister Pieper wies auf die Gefahren hin, die bei der in Aussicht stehenden Verwaltungsreform den Städten erwachsen, wenn man die Staatsaufsicht generell dem Landrat übertrage. Auch bei diesem Redner war das Leitmotiv: Los von der Landratsdiktatur unter junkerlicher Oberleitung! — Bürgermeister Ploßmann lenkte die Aufmerksamkeit auf die als Anstöß der Städtefeindlichkeit erstandene Literatur. Werde doch schon ganz allgemein der Landrat als Haupt der Städte gefordert. Für Groß-Berlin allerdings wolle man sich nicht mit einem Landrat begnügen, hier solle eine kaiserliche Präfektur der Selbstverwaltung die Fesseln anlegen. In den Kreisräten stehe der Einfluß der Großgrundbesitzer mit dessen Leistungen in gar keinem Verhältnis. Unbedingt erforderlich sei eine Reform der Steuerverwaltung. Nach der jetzigen Praxis würden die Städte ganz ungebührlich belastet, das Land erfahre eine ungerechtfertigte Schonung, ganz besonders gegenüber den Beamten und Beamten, deren Einkommen durch die vorgeschriebenen Lohnnachweisungen bis auf den letzten Pfennig erhöht würden. Auf dem Lande erfolge die Veranlagung vielfach nach dem Grundbesitz, daß nur die erzielten Ersparnisse, nach Abzug der Kosten für die Lebensführung, steuerpflichtiges Einkommen sei. — In der Debatte kam die Abstimmung über die bestehenden Verhältnisse, der Unmut über noch weitergehende Versuche der Bevormundung, Benachteiligung und Reglementierung der Städte ebenfalls scharf zum Ausdruck. Stadtverordnetenvorsteher Cassel forderte die Städtevertreter auf, es bei dem Kollektivprotest nicht bewenden zu lassen, sondern durch Einberufung von Versammlungen in den Gemeinden, Interpellationen an die resp. Abgeordneten usw., der Kundgebung des Städtetages noch größeren Nachdruck zu verleihen; weiter sei streng darauf zu achten, daß die Gemeinden kein Rippenstechen des vorhandenen Rechts der Kommunen auf dem Gebiete der Schulverwaltung durch schwächliche oder pessimistische Nachgeben gegenüber landrätl. Aspirationen, preis gäben.

Den Beisätzen der Referenten gab der Städtetag schließlich grundsätzlich seine Zustimmung.

Von dem Verlauf des Städtetages werden die Staats- und Kreisbehörden mindestens nicht angenehm überrascht sein. Leider bekräftigt das bisherige Verhalten der Stadtverwaltungen und des Bürgerregiment nicht zu der Hoffnung, daß die Opposition gegen das Junkerregiment von Dauer und konsequent sein wird. In den meisten Fällen kommender Konflikte wird man Umsätze konstatieren müssen.

## Achter Kongreß der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Vierter Tag.

Dresden, 10. Oktober.

Der heutige, letzte Verhandlungstag wurde eingeleitet mit Referaten über das

Arbeitsrecht.

Der erste Referent ist Referendar Köhr, 22. Gladbach. Redner meint, daß unser geltendes Arbeitsvertragsrecht im allgemeinen nicht schlecht ist. Im einzelnen hält er für wünschenswert die Zuziehung von Arbeitern zur Gewerbeinspektion, eine weitere Ausdehnung des „familiären Maximalarbeitstages“ auf Betriebe, in denen noch überlange Arbeitszeiten herrschen, die gesetzliche Lohnfestsetzung für Heimarbeit, eine allgemeine Fassung der §§ 123, 124 der Gewerbeordnung betreffend Ländigungslose Aufhebung des Arbeitsverhältnisses, Sicherung der Arbeiter, die auf dem Arbeits-

verhältnis beruhende öffentliche Funktionen wahrnehmen, gegen Nachregelung, möglichst genaue Fixierung des Kontraktbruchbegriffs und Neuregelung der Kontraktrennung auch für Lohnarbeiter. Bezüglich der Arbeitsordnung ist Referent der Ansicht, daß ihre Wirksamkeit von der Behändigung abhängig gemacht werden, und daß sie, soweit mit ihrer Hilfe im Interesse der Arbeiter erlassene Gesetzesvorschriften ausübenden oder besondere Befugnisse des Arbeitgebers, wie Festsetzung von Strafen und Entlassungsgründen, begründet werden, mit der Arbeiterschaft vereinbart werden muß. Den Berufsvereinen müsse wenigstens die Fähigkeit zum Klagen gegeben werden, da man sie andererseits verklagen könne. Was die rechtliche Stellung der Tarifverträge anlangt, so lasse sich im allgemeinen mit den von Wissenschaft und Praxis aus der bestehenden Gesetzgebung herausgearbeiteten Grundfragen auskommen. Für ein Tarifvertragsgesetz seien die Verhältnisse noch nicht reif. Der Parteivorstand müsse beim Abschluß genau zum Ausdruck gebracht und Gesetzesgewandtheit an den Tag gelegt werden.

Hinsichtlich des Koalitionsrechts hält Redner § 152 der Gewerbeordnung mindestens für unschädlich für die Arbeiterschaft, da Tarifverträge nicht darunter fallen. Im übrigen aber liege es im Interesse der Arbeiterschaft, daß die Leistungen der Organisation an die Mitglieder und umgekehrt die Leistungen der Mitglieder an die Organisation nicht im Wege der Klagen geltend gemacht werden könne. § 153 der Gewerbeordnung könne fallen. Zum Schluß sprach Redner die rechtliche Bedeutung der gewerblichen Kampfmittel unter Zugrundelegung der Spruchpraxis des Reichsgerichts, der übrigen Gerichte und der Rechtswissenschaft. Er betonte dabei, daß man der Rechtsprechung einseitige Stellungnahme nicht vorwerfen könne. (Beifall.)

Der zweite Referent, Reichstagsabgeordneter Decker, Berlin, erörterte an der Hand zahlreicher Beispiele die verschiedenen Formen der Modifikationsmöglichkeiten des Arbeitsvertrags. Er umgrenzte die Teile des Arbeitsvertrages, die der freien Vereinbarung nicht entzogen werden könnten. Auch eine demokratisch-sozialistische Produktionsordnung könne ohne das Anordnungsrecht des Produktionsleiters nicht auskommen. Redner wandte sich dann scharf gegen jene, die einen erhöhten gesetzlichen Arbeitsschutz anstrebten. Er teilte sie in drei Gruppen: in solche, die in ehrlücher Entrüstung über terroristische Vorfälle in mangelnder Kenntnis der Anwendung der geltenden strafrechtlichen Bestimmungen ihre Forderung erhoben; während andere aus innerer Gegnerschaft gegen jede selbständige Arbeiterbewegung neue Maßregeln verlangen. Bei der dritten sei es ein Manko an Umsicht und Klugheit im Kampf gegen die Sozialdemokratie, die deshalb leider oft zu den unglücklichsten Kampfmitteln griffen. (Zustimmung.)

Der nächste Punkt der Tagesordnung betraf das gewerbliche Schieds- und Einigungswesen.

Als erster Referent sprach der frühere preussische Handelsminister Staatsminister Reichert v. Berlepsch.

Der zweite Referent war Verbandsvorsitzender Kurtzschick-Röhm.

Beide Referenten legten dem Kongreß folgende Resolution zur Annahme vor:

„Der 8. Kongreß der christlichen Gewerkschaften Deutschlands betrachtet das gewerbliche Schieds- und Einigungswesen als eine Einrichtung, die berufen ist, die zwischen Arbeitern und Arbeitgebern aus dem gewerblichen Arbeitsvertrag entstehenden Differenzen in einem gerechten und billigen Ausgleich friedlich beizulegen. Dieses Ziel kann jedoch nur dann in möglichst weitem Umfange erreicht werden, wenn einmal das gewerbliche Schieds- und Einigungswesen in allen Gewerben und Industrien — besonders auch in der Großindustrie — Eingang findet und wenn es ferner in der bestmöglichen Weise gehandhabt und nach ständiger Vervollkommnung gestrebt wird.“

Letzteres ist um so notwendiger, weil das gewerbliche Schieds- und Einigungswesen gerade in der Zukunft berufen sein wird, über wichtige Lebensfragen der Arbeiterschaft und von Gewerbe und Industrie, sowie über gewaltige nationale Werte zu entscheiden. Was diesem Zwecke dienlich ist, das Kongreß insbesondere als eine Selbstverständlichkeit, daß in den gewerblichen Schieds- und Einigungsämtern alle in Betracht kommenden Gewerkschaftsvereinigungen vertreten sein müssen. Er erhebt deshalb gegen die einseitige Besetzung der Schieds- und Einigungsämter für das Buchdruck-, Chemigraphen- und Kupferdruckgewerbe mit sozialdemokratisch organisierten Arbeiterbeisitzern und gegen das Bestreben, diese verwerfliche Praxis auch auf andere Gewerbe zu übertragen, den schärfsten Protest. Die auf dem Kongreß vertretenen Organisationen verpflichten sich, in Zukunft alles aufzubieten, um eine Monopolstellung der sozialdemokratischen Verbände im gewerblichen Schieds- und Einigungswesen zu verhindern und den christlichen Gewerkschaften den ihnen gebührenden Einfluß zu sichern. In diesem Bestreben rechnen sie auf die tatkräftige Hilfe der christlich-nationalen Arbeiterschaft, sowie aller jener Kreise, denen die Wahrung der allgemeinen Interessen des deutschen Volkes obliegt.“

Präsident Behm-Hannover, Vorsitzende des Vereins christlicher Heimarbeiterrinnen, stellt folgenden Zusatzantrag zu der Resolution:

„Der Kongreß stellt fest, daß die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der hausindustriell beschäftigten Arbeiter schwer zu erreichen und durchzuführen ist. Er hält deshalb nach wie vor den Zwang zur Feststellung rechtsverbindlicher Löhne für unerlässlich.“

In der Diskussion betonte Reichstagsabgeordneter Sieberts, daß Einigungsabteilungen nur durchführbar sind, wenn in den betreffenden Gewerkschaften eine strenge Disziplin herrscht, der die Mitglieder auch folgen. Wenn aber die Unternehmer sagen können, die Arbeiter sind noch unzuverlässig, sie folgen der Parole ihrer Verbände nicht, dann ist den Unternehmern nicht zu verdenken, wenn sie auf Vertragsabschlüsse und Einigungsprache nicht eingehen. Es war diesfalls ein Fehler der Regierung, daß sie mit der Vermittlung im Bergarbeiterstreik gewartet hat, bis sie von der Reichstagsströmung dazu angeregt wurde. Aber es ist hoch immerhin anzuerkennen, daß Staatssekretär Delbrück selbst, was zum ersten Male in Deutschland vorgekommen ist, die Initiative ergreift, um eine Konferenz einzuberufen, die den drohenden Streik abwenden konnte. In dieser Konferenz gaben die Vertreter des alten Verbandes, Hue und Sachse, zu, daß sie ihrerseits durchaus nicht die Erfüllung der vollen Lohnforderung, nämlich 15 Proz., verlangen, sondern daß sie auch mit 10 oder 9 Proz. zufrieden sein würden. Von der Unternehmerseite wurde eingewendet, daß die Arbeiterabschlüsse zu solchen Verhandlungen nicht kompetent seien. Staatssekretär wies das Gegenteil aus den Protokollen des Landtages nach. Nun fragte Herr Delbrück: Kann ich wohl hoffen, daß der Streik solange vermieden werden wird, bis diese Verhandlungen eingeleitet und durchgeführt sind? Für den Erfolg meiner Aktion wäre das doch von großer Bedeutung, wenn nicht jetzt, während die Verhandlungen noch schweben, der Streik im Ruhrrevier ausbricht. Darauf erklärten Hue und Sachse, sie könnten keine Garantie dafür übernehmen, daß der Streik am Montag nicht losgehen würde. (Hört! hört!) Die Führer wären gern bereit, so lange zu warten, aber die Massen ließen sich nicht halten. Sie seien enttäuscht über die lange Hinanspruchung der Verantwortung der Forderungen durch die Beiden. Ich sagte, es müsse einmal aufhören, daß die Streiks im Ruhrrevier so aus dem Handgelenk ohne Disziplin und vorherige Ueberlegung und ohne genügende Fällung aller Verbände untereinander ausbrechen könnten. Ich erklärte es für sehr bedauerlich, daß die Gewerkschaftsführer nicht einmal sozial Autorität haben, den Streikbeginn hinauszuschieben, bis der Staatssekretär seine Verhandlungen durchgeführt habe. In diesem Zusammenhang habe ich den Ausdruck gebraucht, der nachher so einstellt worden ist: „Wir christlichen Arbeiter werden einem solchen Streik mit allen uns zur Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten.“ (Lebhaftes Schreien.) Den Grundgedanken vertritt ich auch heute noch und da mag die sozialdemokratische Presse über Streikbruch sprechen, soviel sie will. Auf dem Chemnitzer Parteitag hat Hue jeden als Lügner und Verleumder bezeichnet, der behauptet, daß der Streik aus politischen Gründen geführt worden sei. Ich bezeichne

jeden als Volksverleumder oder gewerkschaftlichen Idioten, der behauptet, daß dieser Streik nach gewerkschaftlichen Grundfragen geführt worden sei. (Stürmischer Beifall.) Die Erklärung ist der Bergarbeiterverband und die Sozialdemokratie der ganzen Öffentlichkeit schuldig, aus welchen Motiven dieser Streik angezettelt wurde, und warum nicht dabei die gewerkschaftliche Taktik befolgt wurde. Man muß sich nur in die damalige Situation und in die Initiative des Staatssekretärs hineinsetzen, um die Schwere der Störung dieser Initiative zu verstehen. Es ist wohl zu bedenken, daß die großen Unternehmer, deren Halsstarrigkeit man doch kennt und die im Jahre 1906 jedes Verhandeln mit dem Verband absolut ablehnten, diesmal auf ein höfliches Schreiben der Verbände höflich antworteten und die Kompetenz der Verbände zu Verhandlungen nicht bestritten. Es wurde sogar in die Öffentlichkeit lanciert, daß eine Lohnerhöhung notwendig sei. Durch das Vorgehen des Bergarbeiterverbandes aber ist den Schmarbenerunternehmern Wasser auf die Mühle getrieben worden und deshalb ist heute die Situation im Bergbau viel schwerer als vorher. Die Haltung des christlichen Bergarbeiterverbandes war also nicht nur intakt begünstigt der gewerkschaftlichen Methode, sondern eine höchst erfreuliche Tat, für die ihm ganz Deutschland dankbar sein kann. (Stürmischer Beifall.) Ich will nicht bestritten, daß auch unter den Sozialdemokraten eine große Anzahl Führer sind, die mit uns auf dem Wege brüderlicher Einigung, soweit es möglich ist, vorgehen wollten. Aber wir sehen leider in jüngerer Zeit, daß die gemäßigten positive Richtung in der Gewerkschaftsbewegung an Boden verliert und daß die radikale-syndikalistische Richtung stark an Einfluß gewonnen hat. (Sehr richtig!) Das ist für alle, die den Frieden wollen, höchst bedauerlich und kann uns nur befürchten, daß die Sache des Friedens zwischen Arbeit und Kapital in Deutschland sich stützen muß auf das Zusammenwirken der christlich-nationalen Arbeiterbewegung mit der Gesellschaft für soziale Reform. (Stürmischer Beifall.) Wir müssen fordern, daß die Regierung Maßnahmen im Sinne dieser Einigungstendenzen trifft, aber leider wird sie bei dem starken Widerstand der Großindustrie vorläufig dafür nicht zu haben sein. (Lebhafter Beifall.)

Die Resolution Berlepsch-Kurtzschick wird mit dem Zusatzantrag Behm angenommen.

Zur Frage des Arbeitsrechts wird noch beschlossen, auf eine Vereinheitlichung der Modifizierung hinzuwirken.

Der bisherige Vorstand wird wiedergewählt, der Ausschuss aus den einzelnen Verbänden zusammengeführt. Der Vorsitzende Reichstagsabgeordneter Schiffer schlägt darauf den Kongreß mit einem Hoch auf die christlichen Gewerkschaften.

## Aus Industrie und Handel.

Der Staat als Preistreiber.

Wie man jetzt offiziell erfährt, hat der Vertreter des preussischen Bergfiskus beim rheinisch-westfälischen Kohlenyndikat eine Preiserhöhung von durchschnittlich 1 Mark pro Tonne für sämtliche Brennstoffe vom 1. April 1913 ab beantragt. Die nächste Mitgliederversammlung des Syndikats wird am 14. d. M. diesem Antrage entsprechen. Man erinnert sich daran, wie der preussische Staat im Winter seinen „provisorischen“ Beitritt zum Syndikat begründete: er wolle ein Gegengewicht gegenüber den reinen Privat-erwerbsinteressen bilden und werde sofort austreten, falls man die Bedürfnisse der Konsumenten außer Acht lasse. Schon damals wurde dem Staat — und gerade auch von konservativer Seite in schärfster Form — gesagt, daß sein Beitritt vielmehr eine Unterwerfung unter die Herrschaft der rheinisch-westfälischen Zechenherren bedeute. Und jetzt vertritt der Staat nicht etwa nur nicht die Interessen des Konsums, sondern schädigt sie auch noch durch seinen Antrag auf Preiserhöhungen unmittelbar. Trotzdem er so schlechte Löhne zahlt, daß die Vergleute in Scharen die fistulischen Gruben verlassen, steht es mit den finanziellen Ergebnissen der staatlichen Kohlenbergwerke schlecht. Seit einiger Zeit hat man bereits Prämien für die Beamten eingeführt, um sie an dem Ertrage zu interessieren, d. h. sie zu schonungsloser Ausnutzung der Bergarbeiter anzuregen. Die Preiserhöhung für Brennstoffe ist ein neues Mittel, den Finanzen des preussischen Staates aufzuhelfen. Ob das auf Kosten des Konsums geschieht, ist dem Fiskus natürlich gleichgültig. Allein die preussische Regierung kann den Rat haben, selbst den Antrag auf Preiserhöhung zu stellen und damit den Bucher eines privaten Monopols ausdrücklich zu sanktionieren! Die Zechenherren aber werden sich über das tolpatschige Vorgehen des Fiskus ins Fäustchen lachen. Der Staat übernimmt die Verantwortung und sie freuen sich des Profits.

Spirituskonvention.

Die „Verständigung“ zwischen Spirituszentrale und Spiritusabnehmern ist jetzt in allen Punkten zustande gekommen. Grundständige Änderungen des von und bereits besprochenen Entwurfs sind nicht getroffen worden. Gegen Verweigerung eines Rabattes unterwerfen sich die Destillateure weitgehenden, von der Zentrale vorgeschriebenen Einkaufs- und Verkaufsbedingungen. Insbesondere verpflichten sie sich, Spiritusvorrat nur mit einem Mindestalkoholgehalt von 25 Proz. abzugeben. Die Konvention liefert die Destillateure der Schnapszentrale auf Gnade und Ungnade aus. Aber der Raub zielt ebenso sehr auf die Taschen der Konsumenten. Böllige Weidung des Schnapses der deutschen Junker, die dem Arbeiter die Nahrungsmittel verweigern und verteuern, muß diesen neuen Raubzug verzeihen! Der von den Brennern ausgeübte Zwang, in welchem Grade der schädliche Fusel genossen werden soll, wird ihnen den „Genuß“ erst recht berechnen.

## Soziales.

Der Chef als Verführer.

Vor der zweiten Kammer des hiesigen Kaufmannsgerichts richtete sich eine Schadloshaltung gegen die Textilwarenfirma Jakobson u. Söllander. Bei der Firma war die Klägerin, ein Fräulein J., mit 65 M. Monatsgehalt angestellt. Mit ihr hat zugestandenem Maße der eine Mitinhaber der Firma D., während sie bei ihm in Stellung war, intim verkehrt. Die Angehörigen des jungen Mädchens strengten wegen Verführung eine Schadloshaltung beim ordentlichen Gericht an, wo die Klage noch schwebt. Zugleich verlangen sie beim Kaufmannsgericht Gehalt für die nächsten drei Monate. Sie begründen ihre Klage damit, daß, als Fräulein J. erkrankte, der Mitinhaber D. ihr Schadloshaltung bis zur Wiedergesundung und Versorgung einer neuen Stellung versprochen. Das Gehalt bis zum 1. Oktober hatte er dem auch bezahlt, aber eine andere Beschäftigung habe D. ihr nicht zugewiesen. Damit die Beschäftigung früherer Chef nicht selber als Klägerin gegenüberzutreten braucht, hat sie ihre Forderung einem Verwandten abgetreten, der nun in der Verhandlung an ihrer Statt als Kläger auftritt. — Die von dem anderen Inhaber Herrn Z., verzeigte Firma stellte sich auf den eigentümlichen Standpunkt, daß das, was ein Inhaber des Geschäftes mit den weiblichen Angestellten vorhat, die Firma gar nichts angeht! Wenn Fräulein J. glaubt, an den Gehalts D. Forderungen stellen zu müssen, so möge sie sich an Herrn D. persönlich halten. Das Kaufmannsgericht kam aus formellen Gründen zur Ab-

Freiung der von dem Verbandsrat des jungen Mädchens ange-  
stretene Klage, weil Gehaltsforderungen bis 1500 M. jährlich nach  
dem Lohnbeschlagnahmegebot nicht abgetreten werden können. Das  
Gericht stellte gleichzeitig anheim, daß Fräulein B. als Geschädigte  
selber die Klage erhebe und ließ auch den erscheinenden Chef nicht  
darüber im Zweifel, daß er mit seinem Einwand kaum Erfolg  
haben dürfte. In der kommenden Klagesache soll S. als Hauptbe-  
teiliger der Klage selber vor Gericht erscheinen.

#### Die Frage des Gehaltsauschlusses im Krankheitsfalle

Scheint, nachdem betrefis der Gültigkeit eines derartigen vertrag-  
lichen Ausschlusses die Rechtsprechung sowohl der Kaufmanns-, wie  
der ordentlichen Gerichte lange Zeit hin- und hergegangen, endlich  
der Stabilität entgegenzugehen. Nachdem erst kürzlich das Berliner  
Landgericht in ausführlicher rechtlicher Begründung es für unzu-  
lässig erklärt hat, daß die Rechtswohlthat des § 63 des Handelsgeset-  
buchs (Gehaltszahlung während der Krankheitszeit für sechs Wochen)  
durch besonderen Vertrag zwischen Prinzipal und Gehilfen ausge-  
schlossen werden kann, hat jetzt in einem vor der 3. Kammer des  
Berliner Kaufmannsgerichts verhandelten Falles auch das letztere Ge-  
richt denselben Standpunkt eingenommen. Das Kaufmannsgericht  
erklärte in seiner Begründung, daß es sich der Anschauung des  
Landgerichts in der Frage des § 63 angeschlossen und einen vertrag-  
lichen Ausschluß der Gehaltszahlung im Erkrankungsfall für un-  
zulässig ansehe.

## Gerichts-Zeitung.

### Die Steglitzer Ehefrau

Die sich im Juli dieses Jahres abgespielt hatte, beschäftigte gestern  
unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Kannenbley die 1. Straf-  
kammer des Landgerichts II.

Aus der Untersuchungshaft wurde der Hausarbeiter Gott-  
fried Friedrich vorgeführt, um sich wegen gefährlicher Körperver-  
letzung, Bedrohung und Verleumdung seiner inzwischen in Geistes-  
krankheit verfallenen Ehefrau zu verantworten. Die Beweisauf-  
nahme entrollte ein unglücklich trauriges Familienbild, welches  
schließlich dazu geführt hatte, daß die von einem rohen Trunken-  
bold gequälte und mißhandelte Frau den furchtbaren Entschluß  
faßte, sich und ihre fünf unermöglichten Kinder zu töten. Wie noch  
erinnerlich sein dürfte, wurde die Ehefrau des Angeklagten, noch-  
dem sie ihre fünf Kinder in der Badewanne ertränkt hatte, von  
Hausbewohnern noch lebend aufgefunden. Sie wurde nach dem  
Krankenhaus geschafft, wo die Unglückliche in Jersinn verfiel. Wie  
in der Beweisaufnahme festzustellen wurde, war die Ehe von An-  
fang an sehr unglücklich. Der Ehemann vertrat seinen geringen  
Verdienst, den er für Reparaturarbeiten erhielt und überließ es  
völlig der Frau, den Lebensunterhalt für sich und ihre fünf Kinder  
im Alter von fünf Monaten bis 7 Jahre heranzuschaffen. An-  
fang dieses Jahres nahm S. die Portierstelle in dem Hause  
Rienfelsberg Straße 1 in Steglitz an. Schon nach kurzer Zeit wurden  
die Hausbewohner Zeugen eines entsetzlichen Familienlebens. Es  
berging kein Tag, an dem S. nicht betrunken nach Hause kam. So-  
bald er die Wohnung betreten hatte, entzündete aus dieser heraus  
jämmerliche Wehklagen und das Geräusch von Schlägen. Sehr  
häufig nahm er der Frau auch noch die letzten paar Pfennige weg,  
die seine Frau durch Aufwartedienste sich verdient hatte, um sie  
in der Kneipe zu verzeihen. Wenn er dann nach Hause kam, schlug  
er in der rohesten Weise auf die Frau ein, schleppte sie an den  
Saaren den Fußboden entlang und vertrieb ihr Fußtritte in das  
Gesicht und den Leib, trotzdem die Frau ihrer Niederkunft ent-  
gegen sah. Bei einem dieser Vorfälle warf er in seiner Wut sogar  
seine dreijährige Tochter aus der parterre gelegenen Wohnung  
zum Fenster hinaus. Anfangs Juli dieses Jahres geräumte  
S., als er wieder betrunken nach Hause kam, die ganze Wohnungs-  
einrichtung, welche sich die Frau mühsam von ihrem geringen Lohn  
gekauft hatte. Von Hausbewohnern wurde die Polizei benachrichtigt,  
die den Trunkenbold zur Wache führte, wo er dann seiner  
Rausch ausschloß. Als er am nächsten Tage wieder in seine Woh-  
nung kam, bedrohte er seine Frau mit einem Küchenmesser und  
aufherte zu den Kindern: „Seht Euch dies mal an, morgen ist  
Wutter eine Leiche!“ Als die Kinder diese Verheerung der Frau  
wiedererzählten, geriet diese in eine wahnwitzige Angst. Sie wagte  
nicht mehr, die Wohnung zu betreten und quartierte sich mit ihren  
Kindern in einer zufällig leerstehenden Wohnung in der dritten  
Etage ein. Am Morgen des 4. Juli wollte ein im Hause beschäf-  
tigtes Dienstmädchen die Frau Friedrich auffuchen. Da sie diese  
nicht in der Wohnung fand, ging sie in die leerstehende Wohnung  
hinein, nachdem sie, Vöses abend, die Hausbewohner alarmiert  
hatte. Den Eintretenden bot sich ein graufiger Anblick. Gegen  
eine Wand gelehnt, lagen die fünf völlig nackten Leichen der Kinder.  
Die unglückliche Frau wurde noch lebend in der vollgefüllten Bade-  
wanne liegend aufgefunden. Sie wurde in das Krankenhaus ge-  
schafft, wo sie, nachdem sie das Bewußtsein wiedererlangt hatte, in  
Wahnsinn verfiel. Sie befindet sich jetzt in der Irrenanstalt  
Dallwitz. Die Tatsache, daß der Strafantrag gegen den Ange-  
klagten erst nach Verübung jener furchtbaren Tat gestellt worden  
war, hatte für den Angeklagten eine sehr günstige Wirkung, denn  
das Gericht war genötigt, in eine Prüfung einzutreten, ob die  
Frau, als sie den Strafantrag stellte, bereits geisteskrank war. In  
diesem Falle konnte der Angeklagte nur wegen der sogenannten  
Offizialdelikte verurteilt werden. Das Gericht kam zu der Überzeu-  
gung, daß die Frau S. zu jener Zeit tatsächlich schon geisteskrank  
gewesen war. Die Folge war, daß der Angeklagte trotz der Schwere  
der ihm zur Last gelegten Straftaten mit einer sehr milden Strafe  
davonkam. Das Urteil lautete wegen Bedrohung und Körperver-  
letzung auf 1 Jahr Gefängnis unter Anrechnung von drei Mona-  
ten der erlittenen Untersuchungshaft. Der Staatsanwalt hatte  
2½ Jahr Gefängnis beantragt.

### Wie Gefinde behandelt wird.

1. Vor dem Schöffengericht in Ansbach kam folgender Fall zur  
Verhandlung: Ein Dienstmädchen war von ihrem Dienstherrn, dem  
Landwirt Stürzenhofeder in Weinhardswinden, wegen Entlaufens  
aus dem Dienst angeklagt worden. Sie erklärte, daß sie dies nur  
getan habe, um den unbilligen Nachstellungen des Dienstherrn, der  
sie schon dreimal zu Fall gebracht habe, endlich zu entgehen. Der  
Anzeiger war als Zeuge erschienen und bestritt, trotz eindringlicher  
Ermahnungen des Vorsitzenden, niemals an das Mädchen derartige  
Zumutungen gestellt, noch gar mit ihr geschlechtlich verkehrt zu  
haben. Zuletzt aber wurde er durch das Zeugnis eines Wendenbarns,  
der die Nachforschungen in der Sache geführt, bereitwillig in die Enge  
gedrückt, daß er zugestand, einmal mit dem Mädchen verkehrt zu  
haben. Daraufhin beantragte selbst der Anklagevertreter Frei-  
sprechung und Ueberbürdung der Kosten auf den Anzeiger. Dem  
Antrag entsprach das Gericht.

Der Vorfall dürfte noch ein Nachspiel in Gestalt eines Prozesses  
wegen wissenschaftlicher Demagogie und wegen Meinendes gegen  
den Dienstherrn haben. Lediglich ein Zufall hat es in vorliegendem  
Fall geführt, daß das schuldlose und geschändete Mädchen nicht noch  
schwerer ist, weil es weiteren Schandungen entliehe. In wie viel  
Fällen mögen bei ähnlichem Sachverhalt Mädchen wegen „Ent-  
laufens“ aus dem Dienst bestraft worden sein! Um dann  
schon ein heuchlerisches Agrarierturn in Bayern nicht minder wie  
in Preußen von der „Unbotmäßigkeit“ und dem „Vertragsbruch“  
des Gefindes. Wann endlich werden die zum Himmel schreienden,  
der Würde und anständigen Empfinden ins Gesicht schlagenden  
Ausnahmestrafen gegen das Gefinde aufgehoben werden?

2. Unser Vercor Parteiblatt bringt einen anderen Beitrag zur  
Rechtlosigkeit des Gefindes

Im Oktober vorigen Jahres betraute sich die 18-jährige  
Helene S. in Döblich dem Pfarrer M. Kauer in Volkseigenschaft  
als Dienstmädchen. Zu ihren Pflichten gehörte auch, daß sie alle  
Morgens frisches Wafelbrot in einem alten Parmeladeneimer eine  
Treppe hoch vor die Tür des Schlafzimmers zu tragen und hinzuge-  
ben sollte. Am Morgen des 21. Februar dieses Jahres sagte der  
Pfarrer zu dem Mädchen: „Wenn du mir noch einmal solch dreifaches  
Wasser bringst, so schmeiße ich es dir an den Kopf mit samt dem  
Eimer.“ Kaum war das Mädchen die Treppe hinunter, als ihr der  
mit Wasser gefüllte Eimer an den Hinterkopf flog. Das Mädchen  
fiel gänzlich durchsicht zusammen und hat von der wenig liebevollen  
Tat eine apfelgroße Beule am Hinterkopf davongetragen. Außerdem  
hat sie wochenlang Nasenbluten und Kopfschmerzen gehabt, woran sie  
heute noch leidet. Als der Pfarrer die Folgen seiner Handlung sah,  
versuchte er das Mädchen mit schönen Reden zu beruhigen, gab ihr  
eine ganze Mark Schmerzensgeld und eine Apfelsine, verbot ihr aber,  
den Vorfall weiterzuerzählen. Das Mädchen erzählte ihnen  
Etern trotzdem den Vorfall am 3. März, also etwa 14 Tage später.  
Der Vater begab sich am 4. März in die Wohnung des Pfarrers,  
um ihm Vorhaltungen zu machen. Der Pfarrer gab die Mißhan-  
dlung in Gegenwart des Mädchens zu. Darauf löste der Vater das  
Dienstverhältnis auf, und stellte gegen den Pfarrer Strafantrag  
wegen vorsätzlicher Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeugs,  
§ 223a des Strafgesetzbuchs.

Am 22. Juni, also drei Monate und zwei Wochen später, bekam  
der Vater von der Staatsanwaltschaft in Weida den tiefgründigen  
Bescheid, daß der Antrag auf Strafverfolgung abgelehnt werde, „da  
dem Beschuldigten nicht nachzuweisen ist, daß er der S. dem Eimer  
vorsätzlich auf den Kopf geworfen hat. Nach den angeführten Ermitt-  
lungen liegt höchstens eine schuldlose Körperverletzung vor, deren  
Verfolgung nicht im öffentlichen Interesse liegt. Es muß daher dem  
Antragsteller überlassen bleiben, gegen den Beschuldigten im Wege  
der Privatklage vorzugehen.“ Der Herr bestritt trotz der vorher-  
gegangenen Drohung, die Absicht, daß er den Eimer habe nach dem  
Mädchen werfen wollen; der Eimer sei ihm aus der Hand gerutscht  
und die Treppe heruntergefallen. Die Naturgesetze gelten wahr-  
scheinlich für Volkseigenschaft nicht, denn in der Regel kann ein Eimer,  
der einmal die Treppe heruntergefallen, nicht wieder in die Höhe und  
an einen Kopf fliegen.

Der Vater erhob gegen den Bescheid Beschwerde bei der Staats-  
anwaltschaft des Landgerichts in Gera und schützte sich dabei haupt-  
sächlich auf die Drohung, die doch auf die Vorsätzlichkeit mit zwin-  
gender Gewißheit schließen läßt, und ferner darauf, daß das minder-  
jährige Mädchen der Obhut des Pfarrers anvertraut und daher ein  
Grund mehr zur Erhebung der öffentlichen Klage gegeben war.  
Darauf lief der Bescheid ein, daß die Beschwerde unbegründet sei.  
Das Mädchen habe bei seiner Vernehmung selbst zugegeben, es  
könne nicht behaupten, daß der Beschuldigte den Eimer absichtlich  
nach ihm geworfen, die Körperverletzung also vorsätzlich begangen  
habe. Die Staatsanwaltschaft fordert also von dem Mädchen den  
Beweis für die Absätzlichkeit der Handlungsweise des Herrn  
Pfarrers, der sich aus den objektiven Umständen von selbst ergibt.

Kunmehr erhob der Vater Beschwerde gegen den ablehnenden  
Bescheid des ersten Staatsanwalts in Gera bei der Oberstaats-  
anwaltschaft in Jena, die jedoch als unstatthaft zurückgewiesen  
wurde, weil dem Beschwerdeführer das Recht der Beschwerde im  
Falle des § 170 nur einmal zustehe. Die trotzdem vorgenommene  
Akttenprüfung habe überdies ergeben, daß die Beschwerde auch sach-  
lich unbegründet gewesen sei.

Damit hat die „objektivste Behörde“ in drei Instanzen abgelehnt,  
in öffentlichem Interesse Anklage wegen der rohen Tat zu erheben.  
Dem Vater und dem Mädchen bleibt freilich noch die Fortführung  
der Klage im Wege der Privatklage. Die Annahme, daß auch unser  
Geraer Blatt Ausdruck gibt, es liegt Verführung vor, ist irrig.  
Durch den bei der Staatsanwaltschaft eingelaufenen Strafantrag  
ist die Antragsfrist auch für die Privatklage gewahrt. Aber be-  
greiflich ist es, wenn der Vater beschließt, auch die Richter würden  
in demselben Irrtum über die Naturgesetze verfallen, wie die drei  
Staatsanwaltschafteninstanzen. Diese Befürchtung dürfte aber un-  
zutreffend sein. Würde ein Gericht in Deutschland, wenn nicht der  
Pastor das Dienstmädchen, sondern das Dienstmädchen dem Pfarrer  
mit dem Eimer betrogen hätte, zweifeln, daß vorsätzliche Körper-  
verletzung vorliegt, und daß die Einrede, der Eimer sei ihr nur  
aus der Hand gerutscht, eine frivole Reuegung der Wahrheit ist?  
Wie stellt sich denn die Staatsanwaltschaft die Führung des Be-  
weises der Absätzlichkeit vor? Soll der Eimer als Zeuge vernommen  
werden? Soll ein Naturwissenschaftler als Gutachter vernommen  
werden, daß auch im Haushalt des Pfarrers keine spiritistischen  
Kobolde wälmten, die einen aus Versehen in die Küche gekommenen  
Eimer hochspringen lassen?

## Aus aller Welt.

### Die Titanic-Katastrophe vor dem Unterhause.

Man schreibt uns aus London vom 8. Oktober: Die erste  
Angelegenheit, mit der sich das wiedereröffnete englische Parla-  
ment zu befassen hatte, lieferte ein Beispiel von so grenzenloser  
Dreistigkeit des profitwütigen Kapitals, daß wir sie nicht wortlos  
vorübergehen lassen dürfen. Es handelte sich um die Entgegen-  
nahme des Berichtes der Untersuchungskommission über die  
„Titanic“-Katastrophe und um den neuen Reglemententwurf, zu  
dessen Veröffentlichung sich das Handelsministerium sofort jener  
furchtbaren Tragödie veranlaßt gesehen hat. Es sind gerade sechs  
Monate, daß die Kunde von jenem Unglück das größte Entsetzen  
in der ganzen Welt verbreitete. Es zeigte sich bald, daß man es  
nicht mit einem elementaren Schicksalsschlag zu tun hatte, den die  
Menschheit im Bewußtsein ihrer Unvollkommenheit mit Ergebung  
ertragen mußte, sondern das Unglück erwies sich als ein neues  
Opfer, das die Menschheit der kapitalistischen Profitgier dar-  
zubringen hatte. Profitgier hatte das Schiff mit wahnsinniger  
Schnelligkeit in den Eisberg getrieben, aus Profitgier hatte man  
weder für genügende Rettungsmittel noch für genügende Rettungs-  
mannschaft gesorgt und aus Profitgier waren die Passagiere  
dritter Klasse in einer Weise untergebracht, daß sie wie ge-  
fangene Ratten unkommen mußten. Ja, noch mehr, es stellte sich  
heraus, daß kurz vor der Katastrophe eine — freilich durchaus un-  
zureichende — Revision dieser Vorschriften in Erörterung stand  
und daß der — aus Schiffseigentümern zusammengesetzte — „Be-  
ratungsausschuß“ des Handelsministeriums auf eine Anfrage des  
letzteren die Antwort gegeben hatte, daß große Schiffe mit wasser-  
dichten Abteilungen — also Schiffe wie die „Titanic“ selber —  
von den revolutionären Vorschriften befreit werden sollten!

Es schien, daß die Öffentlichkeit diesmal strenge Redenshaft  
von den Schuldigen fordern würde, und die Schuldigen, das war  
für jedermann klar, waren die Reederei und das Handelsministerium.  
Allein diese verstanden sich auf ihr Geschäft. Sie ließen den ersten  
Sturm ruhig über sich ergehen und suchten ihn dann zunächst mit  
kleinen Konzessionen zu beschwichtigen. Es wurde eine Unter-  
suchungskommission eingesetzt, von der man auf ein wissenschaft-  
liches Urteil rechnen konnte. Bevor Lord Kersfords Bericht noch  
erschien, fügten die Reederei — größtenteils auch infolge des  
Drängens der Seelente, man erinnere sich bloß des Streits auf

der „Titanic“ — einige unbedeutende Verbesserungen ein und  
das Handelsministerium veröffentlichte den Entwurf eines neuen  
Reglements, worin hauptsächlich Rettungsboote zur Unterbringung  
aller an Bord befindlichen Personen verlangt werden. So glaubten  
die Schuldigen dem Tag mutig entgegengehen zu können, wo das  
Parlament zu Gericht über ihnen sitzen sollte. Aber anstatt daß  
Regierung und Reederei auf der Anklagebank saßen, erlebte man  
das Schauspiel, daß die beiden sich in voller Seelenruhe um Einzel-  
fragen herumtritten, als hätten sie mit der „Titanic“-Katastrophe  
nichts zu schaffen gehabt. Die Unberühmtheit, mit der die Wort-  
führer der Reederei — die übrigens zumind die Hälfte der „Wolfs-  
vertreter“ in der Tasche haben — sich herausnahmen, gegen die  
neuen vom Handelsministerium vorgeschlagenen Schutzvorschriften  
zu wehren, war nur von ihren heuchlerischen Argumenten über-  
troffen. Die Mitnahme von Rettungsbooten für alle Passagiere  
würde, wollten sie der Welt weismachen, die Schiffe so überlasten,  
daß sie unsicher oder ganz secuntdichtig würden. Ueberhaupt be-  
einträchtigte es bloß die Sicherheit der Schiffe, wenn die Regierung  
sich soviel in die Angelegenheiten der Reederei hineinmische! Handels-  
minister Dutton, der für die bisherige Untätigkeit seines  
Resorts dermaßen gelobt wurde, stammelte in seiner Rede lauter  
Entschuldigungen — den Reedern gegenüber. Die neuen Vor-  
schriften seien ja nur im Entwurf abgefaßt und noch nicht in ihrer  
endgültigen Form, aber etwas müsse doch getan werden, denn man  
konne die „Titanic“-Katastrophe nicht ohne weiteres als niemals  
passiert betrachten.

Nur die Redner der Arbeiterpartei, namentlich die Genossen  
Barnes und Jowett, hatten den Mut, den Reedern ihre  
wirklichen Motive ins Gesicht zu schleudern, und ein linksliberaler  
Abgeordneter ging so weit, in einem Amendement eine Unter-  
suchung über die Gebarung der Seeschiffahrts-  
abteilung des Handelsministeriums zu fordern,  
wornach er von den Rednern der Arbeiterpartei natürlich unterstützt  
wurde. Aber die Herren rochen die Lunte und der Sprecher ver-  
sagte wie gewöhnlich nicht. Als die Zeit zur Abstimmung über  
Amendement und Regierungsvorlesung kam, ließ er diese einfach  
nicht zu, die Resolution wurde, wie es im Unterhausjargon heißt,  
„angeredet“, und die Debatte auf den Sankt Nimmerleinstag  
verlag.

So hat das englische Unterhaus sein letztes Wort zur „Titanic“-  
Katastrophe gesprochen. Das Leben von Millionen von Passagieren  
und Seelente bleibt nach wie vor der vereinigten Obhut der Re-  
gierungsbehörden und Reederei überlassen, die die Tragödie der  
„Titanic“ auf dem Gewissen haben.

### Meuterei auf einem deutschen Handelsdampfer.

Auf dem der Deutschen Reederei G. m. b. H. in Hamburg  
gehörenden Dampfer „Lotte Ranzell“, der sich auf der Fahrt  
von den Azoren nach Kopenhagen befindet, meuterten drei  
Offiziere und 18 Mann portugiesische Soldaten verhaf-  
teten die Meuterei und brachten sie ins Gefängnis nach Funchal,  
von wo sie mit dem nächsten Transport nach Hamburg weiter ge-  
schickt werden sollen. Interessant wäre es, zu erfahren, aus welchen  
Ursachen die Meuterei entstand. Es müssen schon sehr gewichtige  
Gründe gewesen sein, die die Offiziere veranlaßten, mit der Mann-  
schaft gemeinsame Sache zu machen. Sollten sie in einer Ueber-  
schränkung der absoluten Gewalt, die dem Kapitän an Bord seines  
Schiffes gegeben ist, zu suchen sein?

### Das honette Bürgerturn.

Einen tragischen Abschluß fand, wie aus Basel telegraphisch  
wird, eine kleine Exkursion, die sich ein Eisenbahnsekretär  
aus Leopoldsdörfer in Baden mit der Frau des Bau-  
meisters Speiser aus Friedlingen bei Leopoldsdörfer  
gestaltete. Die beiden waren am Mittwoch nach Basel gereist, wo  
sie in einem Hotel eine Zusammenkunft hatten. Der  
Baumeister bekam von dem Stellwächter Wind und erschien kurze  
Zeit nach der Ankunft der beiden in dem Hotel. Zwischen den  
beiden Männern kam es zu einer Schierei; die Männer  
blieben tot auf dem Platze, die Frau wurde schwer ver-  
letzt.

### Reir Hardie als Erbe.

Wie unser Londoner Korrespondent meldet, hat eine schottische  
Dame namens Fräulein Jane Demitson Rippen, die am  
18. April des Jahres im Alter von 82 Jahren starb, ihr ganzes  
Vermögen zu gleichen Teilen dem Genossen Reir Hardie und  
den Mitgliedern der irischen Partei John Redmond und  
William Redmond vermacht. Die in Betracht kommende  
Summe beläuft sich auf 7000 Pfund Sterling (etwa 152 000 M.). Aus  
dem veröffentlichten Testament ist zu entnehmen, daß das Ver-  
mächtnis ein rein vererbliches ist; die Erben werden nur verpflichtet,  
die Schulden der Dame zu zahlen sowie auch die Vererbungskosten.  
Ob die glücklichen Erben das Geld annehmen werden, ist noch nicht  
bekannt. Genosse Reir Hardie wohnt augenblicklich in Amerika.  
Die Verstorbenen will neben ihrer Schwester begraben sein, auf deren  
Grabstein die Erben folgenden Spruch setzen lassen:

„Jetzt laßt ich mich neben Dir,  
Die Du so treu im Leben mir.“

Die poetische Ader war bei der Dame augenscheinlich weniger  
stark entwickelt als die politische Beurteilungskraft.

### Eine arktische Expedition in Gefahr.

In Archangelsk eingetroffene Nachrichten über die arktische  
Expedition des Leutnants Sedoff vom Schiffe St. Phoque  
schildern die Lage als trübselig. Sedoff verließ Archangelsk  
am 27. August und ging nach Kowaja Semlja, um den Vorrat an  
Süßwasser zu erneuern. Nach einem heftigen Sturm aus hoher See  
gelangte er am 8. September zur Insel Aretjowoi, wo er fünf  
frankt Seelente ausschiffte. Am 12. September schlug er  
den Kurs auf Franz-Josef-Land zu ein. Nach der Mitteilung  
des Matrosen, der diese Nachrichten gab, ist der Kohlenvorrat an  
Bord der St. Phoque so erschöpft, daß es zweifelhaft ist, ob  
das Schiff nach Archangelsk zurückkehren kann, um so mehr, als  
niemand an Bord die Handhabung der Segel versteht.

### Kleine Notizen.

Am fünf Mark erobert. In Weizweiler wurde der aus  
Oesterreich kommende Grubenarbeiter Berger von einem Mi-  
tarbeiter erschossen und seiner Barschaft von fünf Mark  
beraubt. Der Täter ist entflohen.

Ein Liebesdrama. Auf der Kaiser-Wilhelm-Allee in Dort-  
mund ereignete sich in der vergangenen Nacht der traurige  
Fall eines Brautpaars. Die Braut wurde durch zwei Schüsse in  
den Brust durch zwei Schüsse in die Schläfe. Untersucht soll das Motiv der  
Tat sein.

Schwerer Automobilunfall. Ein Automobilomnibus, der ge-  
legentlich des Ausstandes der spanischen Eisenbahnen  
den Personenverkehr zwischen der französischen und spanischen Grenze  
vermittelte hatte, ist gestern in einem Graben geraten und un-  
gestürzt. Hierbei wurden insgesamt achtzehn Personen  
mehr oder minder schwer verletzt.

Ein Ueberflug. Wie aus Venedig (Korfu) gemeldet  
wird, ist der italienische Flieger Cagliani, der Donnerstag nach-  
mittag nach 2 Uhr in Vizza aufgestiegen war, nach kaum zwei-  
stündigem Flug in Vastia gelandet. Die überflogene Mittel-  
meerstraße beträgt 135 Kilometer.



# A. Wertheim



Leipziger Str. 126-30  
132-37  
König-Str. am Bahnhof  
Alexander-Platz  
Rosenthaler Strasse  
Oranien-Strasse

Soweit vorhanden: **Grosser Verkauf**  
**Lebensmittel**

G. m. b. H.

**Versand-Abteilung:**  
Berlin W. 66, Leipziger Strasse 132-137  
Die Firma A. WERTHEIM  
hat zu ähnlich lautenden  
Firmen keinerlei Beziehung

Inseriertes Obst, Gemüse und Fische sind von der Zusendung ausgeschlossen.

## Fleisch

Schmorfleisch . . . Pf. 95 Pf.  
Roastbeef <sup>ohne Knochen</sup> Pf. 1.10, 1.40  
Rinderfilet <sup>im Ganzen, unausgeschält</sup> Pf. 1.10  
Kamm u. Querrippe Pf. 75 Pf.  
Frisch. Schinken <sup>i. Ganz.</sup> Pf. 85 Pf.  
Schweinefilet . . . Pfund 1.20  
Rückenfett u. Liesen Pf. 85 Pf.  
Kamm u. Schuft Pfund 90 Pf.  
Schweine-Kotelett Pf. 1.00  
Kalbskamm <sup>und Bug im Ganzen</sup> Pf. 90 Pf.  
Kalbsbrust 90 Pf., Spitze 1.05  
Hammelkeule <sup>u. Rücken i. Ganz.</sup> Pf. 75 Pf.  
Dicke Rippe 70, Dünning 65 Pf.  
Pökelszunge . . . Pfund 1.25  
Kass. Rippespeer 85 bis 1.00  
Rindertalg roh . . . Pfund 60 Pf.

**Hirsch- u. Wildschwein**  
Keule Rücken Blatt Ragout  
Pf. 90, 80, 65, 35 Pf.  
**Kaninchen** <sup>gest. Stück</sup> 1.00 u. 1.20  
**Hasen** <sup>gestroift, St.</sup> 4.00 u. 4.50

## Obst und Gemüse

Märkische Rüben . Pfund 20 Pf.  
Walnüsse . . . . . Pfund 28 Pf.  
Grüne Bohnen . . . . . Pfund 10 Pf.  
Rosenkohl . . . . . Pfund 15 Pf.  
Schwarzwurzeln . . . Pfund 18 Pf.  
Zwiebeln . . . . . 10 Pfund 30 Pf.  
Goldwein <sup>loose Pfund</sup> 22 Pf., <sup>große Kiste</sup> 1.50  
Blaue Kurtrauben . 2 Pfund 35 Pf.  
Zitronen . . . . . Dutzend 28 Pf.  
Weisse Rosmarin . . . Pfund 13 Pf.  
Bananen . . . . . Pfund 18 Pf.  
Ananas . . . . . Pfund 65, 75 Pf.

**Winter-Kartoffeln** Ztr. 2.60 <sup>Zusendung in Groß-Berlin durch die Paketfahrt 40 Pf. pro Zentner. Sack 25 Pf. Pfund.</sup>

## Butter und Käse

Koch- u. Backbutter . Pfund 1.15  
Essbutter . . . . . Pfund 1,25, 1.36  
Essbutter . . . ¼ Pfund-Paket 69 Pf.  
Pflaumenmus . . . . . Pfund 30 Pf.  
Marmelade (etwas gefärbt) Pf. 33 Pf.  
Bratenschmalz . . . . Pfund 70 Pf.  
Brie-Käse . . . . . Pfund 65 Pf.  
Rahm-Käse . . . . . Pfund 68 Pf.  
Limburger Käse . . . Pfund 60 Pf.  
Emmentaler Käse . . Pfund 1.15  
Schweizer Käse . . . . Pfund 93 Pf.  
Tilsiter Käse . . . . . Pfund 75 Pf.  
Camembert-Käse . . . Stück 23 Pf.  
Speisequark . . . . . Stück 10 Pf.  
Kuh- und Landkäse 2 Stk. 35 Pf.

## Räucherwaren

Sprotten . . . . . Pfund 50, 80 Pf.  
Sprottbücklinge . . . Pfund 40 Pf.  
Ahlb. Fiudern Pf. 30, 50, 70 Pf.  
Bücklinge . . . . . 2 Stück 15 Pf.  
Kieler Schleibücklinge <sup>Stk.</sup> 20 Pf.  
Geräucherte Aale Pf. 1.20, 1.60  
Lachsstör . . . . . Pfund 68 Pf.  
Sardellen . . . . . Pfund 75, 90 Pf.  
Matjesheringe <sup>Stk.</sup> 25, St. 10, 15, 20 Pf.  
Bratheringe <sup>Dos. ca. 10-12 Stk.</sup> 53 Pf.  
Gewürzgurken <sup>¼ Liter Dose</sup> 1.35  
Sauerkohl . . . . . 5 Pfund 20 Pf.

## Fische

Schellfische . . . . . Pf. 20 Pf.  
Fr. Ostsee-Heringe <sup>Mad.</sup> 30 Pf.  
Goldbarse . . . . . Pfund 18 Pf.  
Scharbenzungen Pfund 20 Pf.  
Lachs <sup>in ganzen Fischen</sup> Pfund 48 Pf.  
Frische Forellen Pfund 73 Pf.  
Seemuscheln 100 Stück 30 Pf.  
Stockfische . . . . . Pfund 65 Pf.  
Leb. Karpfen Pf. 70, 80 Pf.  
Lebende Aale und Hechte <sup>zu billigen Preisen.</sup>

## Geflügel

Gänse Pfund 58, 68, 78 Pf.  
Enten St. 1.65, 2.25, 3.75  
Junge Hühner 85 Pf., 1.25  
Junge Hähne 1.45 bis 2.25  
Fasanen Stück 85 Pf. bis 3.00  
Gänserrümpfe Pf. 1.00, 1.10  
Suppenhühner St. 1.15 bis 3.00  
Rebhühner Stück 95 Pf. 1.30

**Stadtküche**  
Leipziger- und Königstr.

Portionsweiser Verkauf vorgebrat. Geflügel, Mayonnaisen, Salaten usw.

Arrangements von Dinern, Soupers, Kalten Büfets etc. f. Berlin u. Auswärts

hat am gestrigen Abend wieder einmal seinen grossen Erfolg im Opernhaus gehabt, täglicher Erfolg jedoch erreicht sich im Verkauf von Möbeln und Garderobe

**Auf KREDIT**  
das so sehr beliebte u. bevorzugte Warenredithaus

**Hugo Udo Cohn**  
Nr. 13 Kottbuser Damm Nr. 13  
Herren-Ülster und -Paletots  
Anzüge in Jackett-, Rock-, Gehrock- Fassung  
Billige Preise Grasse Auswahl

**Damen-Ülster und Plüschmäntel**  
Kostüme - Kleider - Röcke - Blusen

**Schuhwaren**  
für Herren, Damen und Kinder  
KLEINSTE ANZAHLUNG!

Einzel-Möbel zur Ergänzung!  
**Kompl. Wohnungs-Einrichtungen**  
Schlafzimmer, Herrenzimmer, Wohnzimmer,  
Speisezimmer, Salons, farbige Küchen usw.  
Nur organisierte Einkäufer werden in meinem Geschäft beschäftigt.

Eine Hand

wäscht

die andere!

Wer bei mir Möbel kauft, unterstützt mich, darum gebe ich ihm hochkulante Zahlungsbedingungen

Komplette Einrichtungen von 230 M. an  
Moderne Wohn- od. Schlafzim. 235-900 M.  
Küchen 48-180 M.  
Garnituren 110-350 M.  
Sofas 52-480 M.  
Vertikos 38-72 M.  
Ankleideschränke 95-185 M.

Möbel

Büfette 125-550 M.  
Trumeaus 32-110 M.  
Ausziehtische 15,50-65 M.  
Stühle von 2 M. an

BERLIN N  
Brunnenstraße 120

Otto Piehl

## Preisräffel

Schreibe ich nicht auf, dafür enthält jedes Paket des so beliebten Dr. Gantner's Weichseifenpulvers **„Goldperle“** ein reizendes Geschenk. Alleiniger Fabrikant auch des flüssigen Metallputzmittels „Ganzol“: Carl Gantner, Fabrik chem.-techn. Prod. Göppingen.

Vertretung und Lager bei Hermann Kunder, Neukölln, Herrfurthstr. 25.

## Genossensch. Berliner Bandagisten

Köpenicker Str. 98b  
Lieferant der Krankenkassen u. d. Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend.  
Eigene Werkstatt. Fachgemäße Bedienung.  
Für Damen weibliche Bedienung.

## Gänse-Zentrale

Pankow, Berliner Straße 112  
Ober-Schöneweide, Wilhelminenhof-Str. 50  
Berlin C., Klosterstraße 91  
Berlin S., Simeonstrasse 1.

Billige Preise <sup>in prima</sup> Gänsefleisch  
Gänse-Stückenfleisch, Pfund 70 Pf., zwei Pfund 1.35  
Gänseklein, ohne Magon, 55 Pf. Gänsekeulen, Stück 70 Pf.

Partei-Angelegenheiten.

Dr. Lokalfz.

Steglich. Am Sonnabend, den 12. Oktober, hält der Privatgärtnerverband ein Vergnügen ab. Da der Schlosspark für die Arbeiterschaft gesperrt ist, sind die Karten zurückzugeben. Am gleichen Tage veranstaltet der Allgemeine Deutsche Gärtnerverein im freien Lokale des „Virenwaldchens“, Schützenstr. 12, eine Vergnügungsfestlichkeit.

Wilmersdorf-Halensee. Die Parteigenossinnen und Genossen werden ersucht, sich heute, Freitag, abends 7 Uhr, zahlreich an den bekannten Stellen zur Flugblattverbreitung einzufinden. Der Vorstand.

Tempelhof. Die Parteigenossen, welche an dem Dunder-Aufmarsch teilgenommen haben, werden ersucht, heute abend 8 Uhr im Jugendheim, Kaiser-Wilhelm-Str. 76, zu erscheinen.

Treptow-Baumfalkenweg. Der Wahlverein feiert am Sonnabend, den 12. Oktober, im Spreegarten, Alt-Treptow 10-18, gegenüber der Sternwarte, sein 18. Stiftungsfest. Die Genossen und Genossinnen sowie Gönner und Freunde der Arbeiterschaft wollen sich recht zahlreich einfinden.

Zernsdorf. Sonnabend, abends 8 Uhr, im Lokal von J. Knorr: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Die Bildungsbestrebungen der hiesigen Arbeiterschaft. 2. Vereinsangelegenheiten und Beschlüsse. — Die Mitglieder der freien Gewerkschaften am hiesigen Orte werden ersucht, an dieser Versammlung als Gäste teilzunehmen. Der Vorstand.

Groß-Schönebeck. Sonntag, den 13. Oktober, nachmittags 3 Uhr: Öffentliche Versammlung unter freiem Himmel auf dem Grundstück des Herrn Gottlieb Stegemann, Liebenwalder Straße. Arbeitersekretär Jul. Hilbrandt-Versin spricht über: „Die Rot des Volkes und das Schweigen des Reichskanzlers.“ Genossen! Sorgt für Massenbesuch.

Lichtenrade. Sonnabend, den 12. Oktober, abends 8 1/2 Uhr: Gemeinschaftlicher Jaglabend im Wirtshaus Lichtenrade.

Reinickendorf-West. Sonntag, den 13. d. Mts., früh 8 Uhr: Flugblattverbreitung in den Jaglabendlokalen aus. Die Bezirksleitung.

Rudow. Am Sonntag, den 13. Oktober, nachmittags 4 Uhr: Öffentliche Versammlung im Lokale von Palm. Referent: Genosse Jubel. Genossinnen und Genossen! Sorgt für regen Besuch der Versammlung!

Bezirk Waidmannslust und Umgegend. Sonntag, den 13. Oktober, nachmittags 4 Uhr, in Ollendie bei Altermann: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitage. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.

Vormittags: Besichtigung des Gemeindegaswerks in Dersdorf. Treffpunkt 9 Uhr im Posthause. Hierzu sind auch Gäste eingeladen. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Blatiger Hohn!

Heulend pfeift der kalte Herbstwind durch die Straßen und treibt das von den Bäumen abgefallene vergilbte Laub hoch aufwirbelnd vor sich her. Regenschauer prasseln von Zeit zu Zeit hernieder, schlagen an die Fensterscheiben und herabgelassenen Jalousien und verursachen eine schaurig klingende Musik. Die fatte Bourgeoise dreht sich in ihren weichen Federpfeifen behaglich auf die andere Seite, zieht das Deckbett bis an die Nase hinauf und schläft weiter — denn es ist noch sehr früh. Für sie bricht der Tag noch lange nicht an. Draußen aber ist längst ein reges Leben. Hastig eilen die Arbeitsbienen an einander vorüber. Mit hochgeschlagenem Rocktragen, den Hut fest auf den Kopf gedrückt, die Stulentaße aus schwarzem Wachsleim fest unter den Arm geklemmt, so stürmen sie mit vorgebeugtem Oberkörper dahin, um so schnell als möglich durch die offenen Fabrikttore verschwinden zu können.

Gämmer bröhnen, Räder surren, Maschinen ähzen, stöhnen und freischen, ein ohrenbetäubender Lärm. Doch was schiert das sie? Das ist die Musik der Arbeit, das ist ihre Welt und ohne mit einer Wimper zu zucken, gehen sie hurtig aus Werk. Ihre physische wie auch geistige Kraft gehört nicht mehr ihnen, sie steht im Dienste des Kapitalismus. An ihn haben sie sie verkauft und nun gehts ohne Unterlaß den ganzen Tag mechanisch, automatisch — selbst Maschine. Wer beneidet sie darum? —

O! viele, sehr viele sind es, die nicht das große Glück haben in diese gastliche Stätte einzugehen. Früh schon, früher noch als alle anderen waren schon einige hier und harrten in Wind und Wetter geduldig, bis sich das Tor öffnet und ihnen erklärt wird, daß Arbeiter nicht eingestellt werden.

Enttäuscht gehen sie weiter. Hier und dort fragen sie noch an, doch immer vergebens. Auf manchen Stellen sind sie schon gewesen, doch was tuts? Man kann ja nicht wissen, vielleicht ist dem einen oder dem anderen heute das Glück hold; es kann sich ja etwas ereignet haben? Wer denkt lange darüber nach? Des einen Tod ist des anderen Brot.

Schnell gehen die Morgenstunden, welche die günstigsten für die Jagd nach Brot sind, vorüber. Müde und hungrig wandern sie jetzt nach dem Arbeitsnachweis in der Gormannstraße. Zwar versucht noch dieser oder jener auch nach einem der verschiedenen Berufsarbeitsnachweise zu gehen, um als Hilfsarbeiter unterzukommen, aber meistens werden sie abgewiesen, weil Arbeiter schon in Ueberfülle eingetragen sind. Als letzte Stätte bleibt ihnen nur der städtische Nachweis. Hier werden sie alle aufgenommen, wenn sie ihren Dolos entrichten können. Wer kennt die Empfindungen, die sich auf den abgehärmten Gesichtern derer zeigen, die dort täglich seit Wochen und Monaten wiederkommen: In Gruppen, zum Teil nach Art der Beschäftigung, mehr aber nach dem Alter sortiert, sitzen sie da und halten ihr kostbarstes Gut fest. Auf der einen Seite, wo Hausdiener, Kutscher und jüngere Arbeiter sitzen, kann man den „Markt“ noch als schleppend bezeichnen. Von Zeit zu Zeit erscheint der Beamte und sucht sich jemanden. Auf der anderen Seite aber, die durchweg von älteren Arbeitern gefüllt ist, ist das schon viel seltener der Fall. Diese Ware wird nicht mehr begehrt und liegt dort als überflüssig, was mit eklatanter Schärfe durch die vorhandenen Tafeln bewiesen wird, welche die Monate anzeigen, seit welchen die Arbeiter eingetragen sind. September in einer Ecke, August in der anderen, und in der Mitte prangt das größte Hungergespensst Juni-Juli.

Um diese Tafel ist die größte Gruppe versammelt. Seit Juni-Juli sitzen sie hier, und niemand verlangt ihre Arbeitskraft. Der größte Teil von ihnen sitzt teilnahmslos, dumpf vor sich hinbrütend da. Wenn wirklich einmal der Beamte zu ihnen kommt, gewinnt aus ihr Kreis noch etwas Leben, aber nur auf wenige Augenblicke. Ein bis zwei Duzend Hände strecken sich empor und halten ihren Schein hin, doch schlaf sinkt der Arm wieder zurück, und der Schein verschwindet wieder in die Tasche wie schon so oft; denn nur einer oder zwei können die Glücklichen sein.

So verharren sie stundenlang. Hier ruhen sie den müden Körper und sind wenigstens geschützt vor Wind und Wetter.

Ein Paar unbelegte Stullen werden hervorgezogen, um den knurrenden Magen etwas zum Narren zu halten. Und wer noch etwas Besonderes genießen will, der hebt ehrfurchtsvoll sein Auge und richtet es auf die schönen Worte, die oben an der Vorderwand prangen und wohl aus Zweckmäßigkeitsgründen diesem Räume gewidmet sind:

Arbeit ist des Bürgers Ehre, Segen ist der Mühe Preis, Ehrt den König seine Würde, Ehret uns der Hände Fleiß.

Längst haben sich die Räumlichkeiten als zu klein erwiesen und schon wird fleißig an dem Neubau in der Rückertstraße gearbeitet, um der immer höher steigenden Zahl derer, die nach des Bürgers Ehre suchen und der Mühe Preis nicht finden können, Unterkunft zu gewähren. Welchen Spruch wird man dort an die Wand malen?

Die Berufsvormundschaft in Berlin

hat den Zweck, das Interesse des unehelichen Kindes wahrzunehmen. Sie erstreckt sich auf die in Berlin geborenen unehelichen Kinder bis zur Vollendung des 6. Lebensjahres. Die Vormundschaft wird von dem städtischen Vormundschaftsamt geführt. Die Ernennung des städtischen Vormunders erfolgt durch den Vormundschaftsrichter, dem in allen Fällen der städtische Berufsvormund vorgezogen wird. Vom 1. April, dem Inkrafttreten des Vormundschaftsamtgesetzes bis heute sind bereits 2011 Kinder unter die Berufsvormundschaft gekommen. Erhebliche Schwierigkeiten macht der Chortasverband, der bisher eine Sammelvormundschaft für Kinder katholischer Mütter führte. Dieser Chortasverband will trotz Einrichtung der städtischen Berufsvormundschaft seine von konfessionellen Rücksichten diktierte Tätigkeit unter keinen Umständen auf die Stadt übergeben lassen. Er hat sich zu diesem Zwecke an die Vormundschaftsrichter in Berlin gewendet mit dem Ersuchen, ihm, dem Chortasverbande, auch in Zukunft, trotz der städtischen Einrichtung, die Vormundschaft über Kinder katholischer Mütter zu übertragen. Der größte Teil der Vormundschaftsrichter hat dieses Ersuchen abgelehnt und den städtischen Berufsvormund bestellt. Damit gibt sich aber der Chortasverband nicht zufrieden, er hat in allen Fällen Beschwerden an das Landgericht eingelegt. Zurzeit schweben etwa 80 solcher Beschwerden beim Landgericht. Bezeichnend ist, daß in keiner anderen Gemeinde, in der die Berufsvormundschaft besteht, von katholischer Seite ein solches Verfahren eingeschlagen worden ist und man darf gespannt sein, nach welcher Richtung hin das Landgericht die Beschwerden des Chortasverbandes erledigen wird. Richtig hat sich die jüdische Gemeinde an die Kaiserliche Verwaltung gewendet mit dem Ersuchen, zugunsten einer von der Gemeinde einzurichtenden Sammelvormundschaft für uneheliche Kinder jüdischer Mütter auf Bestellung des Berufsvormunders zu verzichten. Die Kaiserliche Deputation kam zur Ablehnung des Gesuches, weil für sie in erster Linie die Interessen der Minder maßgebend sind und konfessionelle Gründe nicht ausschlaggebend sein dürfen.

Der Direktor der Feuerwehr gegen die Feuerwehrleute.

Das Verhältnis des Branddirektors zu den Feuerwehrleuten ist ein wenig erfreuliches, und wie uns scheinen will, kein solches, daß der Sache gedient ist. Das erhellt aus dem Umstände, daß der Leiter unserer Feuerwehr sich in die privaten Verhältnisse der Feuerwehrmänner einmischt. Denn es bedeutet eine solche Einmischung, wenn der Branddirektor den Leuten die Zugehörigkeit zu dem Verein Berliner Feuerwehrmänner verbietet. Was hat die Mitgliedschaft eines Feuerwehrmannes zum Verein Berliner Feuerwehrmänner mit der Ausübung des Dienstes zu tun? Doch nicht das geringste, das Recht der Vereinigung ist auch den Feuerwehrleuten nicht verweigert, und es ist bekannt, daß Vereine von Feuerwehrleuten in vielen deutschen Städten bestehen. Warum soll in Berlin verboten sein, was anderswo selbstverständlich ist? Sind denn Berliner Feuerwehrleute Leibeigene, die sich mit Haut und Haaren ihrem Vorgesetzten verschreiben haben? Der Branddirektor hat den Austritt der Feuerwehrmänner aus dem genannten Verein gefordert, oder besser gesagt, befohlen, sonst solle Entlassung erfolgen. Wikommt der Branddirektor zu solchen völlig ungesetzlichen Maßnahmen? Wie berichtet wird, sollen zahlreiche Feuerwehrmänner den Befehl befolgt haben, weil sie ihre Existenz nicht aufs Spiel setzen wollen. Gibt es einen größeren Terrorismus, als im vorliegenden Falle? Daß die Feuerwehrmänner durch diese Maßnahmen ihres Direktors erbittert werden, dürfte ohne weiteres einleuchten und von neuem zeigen, wie weit wir in Berlin mit unserer königlichen Feuerwehr gekommen sind, für welche die Berliner Bürgerschaft jährlich mehr als 4 Millionen Mark aufwendet und dafür ruhig zusehen muß, in welcher unerhörten Weise die braven Berliner Feuerwehrleute von ihrem Vorgesetzten behandelt werden.

In einer erneuten Versammlung des Vereins wurde folgende Resolution beschloffen:

„Die verarmtesten Mitglieder des Vereins Berliner Feuerwehrmänner nehmen davon Kenntnis, daß eine große Anzahl aktiver Feuerwehrmänner ihren Austritt aus dem Verein erklärt haben, nachdem ihnen für den Fall der Zuwiderhandlung sofortige Kündigung durch das Kommando der Feuerwehr angedroht war. Diese Drohung ist widerrechtlich, da nach § 1 des Reichsvereinsgesetzes alle Reichsangehörigen das Recht haben, zu erlaubten Zwecken Vereine zu bilden. Die Austrittserklärung ist nach § 123 des Bürgerlichen Gesetzbuches unwirksam, weil sie durch Drohung erzielt ist. Der Verein erblickt in dieser systematischen Verletzung der Reichsorgane eine schwere Gefahr für die Rechts- und Staatsordnung und betrachtet die formell ausgeschiedenen nach Rückgabe des Geldes noch als Mitglieder des Vereins, und ersucht den Vorstand im Interesse des Vereins und der Rechtsordnung, alle erforderlichen Schritte zu treffen, um den Gesetzen des Deutschen Reiches gegenüber der Willkür des Kommandos der Berliner Feuerwehr Geltung zu verschaffen.“

Wir haben bereits kurz mitgeteilt, daß 500 Feuerwehrmänner ihren Austritt aus dem Verein erklärt haben, weil sie nicht brotlos gemacht werden wollten.

Aus dem Konfirmandenunterricht.

Der Prozeß gegen den der Mißhandlung eines Konfirmanden angeklagten Prediger Ludwig Schloßer von

der Pfingstkirche in Berlin hat, wie wir am Donnerstag berichteten, mit Freisprechung geendet. Das Landgericht sah in Uebereinstimmung mit dem Amtsgericht als festgestellt an, daß Schloßer den Konfirmanden an den Ohren gepackt hatte, so daß hinter beiden Ohren blutende Wunden entstanden. Es hielt ihm aber zu 6 M., daß er infolge der in seiner Konfirmandenklasse eingerissenen Unbotmäßigkeit in einem fast an Verwühllosigkeit grenzenden Erregungszustand geraten sei und dann nicht mehr gewinkt habe, was er tat. Damit fiel die Vorsätzlichkeit weg, und dem Pastor blieb erpart, wegen Mißhandlung bestraft zu werden.

Auch diese Verhandlung vor dem Landgericht hat wieder manches geboten, was Eltern nachdenklich stimmen kann. Schon das muß zu denken geben, daß das Gericht bei dem Pastor, der sich als Pädagoge verhielt, einen fast an Verwühllosigkeit grenzenden Erregungszustand für möglich gehalten hat. Der Junge, den er bei den Ohren packte, war in den Verdacht geraten, in der vorhergehenden Stunde eine Stinkbombe niedergelegt zu haben, was er übrigens vor Gericht als Zeuge in Abrede stellte. Gegen den Pastor soll er sich reuig benommen haben, indem er auf dessen Aufforderung, vorzukommen, mit einer (wie der Pastor annahm) verächtlichen Bewegung seinen Platz verließ und zunächst nicht Folge leistete. Was für ein Pädagoge muß das sein, der in solcher Situation vor Erregung nicht mehr wählte, was er tut.

Eigenartig berührte die Erklärung des Angeklagten, daß mit Schwierigkeiten ähnlich denen, die ihm in seiner Konfirmandenklasse bereitet wurden und seine Gesundheit untergruben, eigentlich alle Amtsbrüder zu kämpfen hätten. Wir halten einwweilen nicht für möglich, daß es auch in anderen Konfirmandenklassen so toll zugehen könnte, wie bei Pastor Schloßer, und wir nehmen an, daß der Herr Pastor in seinem Eifer sich im Ausdruck vergriffen hat. Wahr wird aber sein, daß ein Konfirmandensaal leicht zu einer Stätte loser Streiche — wenn auch lange nicht so schlimm, wie bei Pastor Schloßer — wird, sobald es dem Herrn Pastor an der nötigen pädagogischen Befähigung fehlt. Vor Gericht bedurfte ein im Gebiet der Pfingstkirche amtierender Gemeindepfarrer, daß in der Volksschule so weitgehende Zustimmlichkeiten unbekannt seien. Am Unterrichts der Zukunft kann es wohl nicht liegen; im Konfirmandenunterricht darf ja nach einer Verfügung des Konfirmandenrats der Stadt — das Hauptzuchtmittel so vieler Pädagogen — ebenso registriert, wie in der Volksschule.

Der Versuch des angeklagten Pastors und seines Verteidigers, die Schuld auf die häusliche Erziehung zu schieben und die Mängel des Konfirmanden auf Aufhebung gegen die Geistlichen zu erklären, wurde vor dem Landgericht wiederholt. Wir empfehlen den Eltern, daß sie diesen Angriff gegen die Familie, durch den ein der Mißhandlung angeklagter Pastor verteidigt werden sollte, in Erinnerung behalten.

Aber noch etwas anderes mögen diejenigen sich gesagt sein lassen, die etwa Lust haben, ihre Kinder einem Konfirmandenunterricht zuzuführen. Pastor Schloßer lehnte vor Gericht mit Entschiedenheit ab, daß er Konfirmanden als Stralche bezeichnet hätte, die er noch ins Zuchthaus bringen werde. Er habe, erzählte er, sie nur darauf aufmerksam gemacht, daß er oft vom Kriminal-Schumann über sie befragt werde, und daß er sich ihre Streiche notiere, weil er sie ihm sagen müsse. Das liegt nicht so sehr weit ab von der Vorstellung, daß ein Pastor seine Konfirmanden, wenn auch nicht ins Zuchthaus, so doch ins Gefängnis — oder mindestens in Fürsorgeerziehung bringen könnte. Der Pastor wird selbstverständlich seinen Konfirmanden nichts vorgelesen, sondern tatsächliche Vorwissenheiten im Auge gehabt haben, vermutlich Informationen, die die Polizei sich bei ihm holte, wenn irgend ein Streich eines Jungen zu ihrer Kenntnis gelangt war und sie weitere Ermittlungen anzustellen hatte. Der Pastor spielt ja ohnedies eine wichtige Rolle, wenn ein Verfahren auf Ueberweisung zur Fürsorgeerziehung eingeleitet ist, und muß vorwärtsgegenüber über das von der Ueberweisung bedrohte Kind befragt werden. Welchem Zweck die Informationen dienen, von denen Pastor Schloßer zu seinen Konfirmanden, wie er selber angab, warnend gesprochen hat, das wurde vor Gericht nicht festgestellt. Es ist aber interessant, aus der Erklärung des Angeklagten zu ersehen, daß er auch Streiche aus dem Konfirmandensaal, die er sich notiert hatte, zur Kenntnis der Polizei bringen zu sollen geglaubt hat. Welche Streiche mag er da für mitteilenswert gehalten haben, und welchen Gebrauch mag von seinem Material zur Beurteilung der Jungen die Polizei gemacht haben?

Vielleicht wird aus Anlaß dieses Prozesses wieder an uns die Frage gerichtet werden, ob man seine Kinder konfirmieren lassen muß. Wir wollen sie im voraus beantworten: Niemand braucht seine Kinder konfirmieren zu lassen. In der Schule wird wohl versucht, darauf hinzuwirken, daß die Kinder sich zum Konfirmandenunterricht melden. Das kann aber keinen Vater und keine Mutter hindern, den Unterricht abzulehnen.

Der Bau einer Straßentrasse über das Eisenbahngelände im Zuge der Bornholmer Straße ist jetzt gesichert, nachdem nach langen Verhandlungen ein Vertrag hierüber mit dem Eisenbahnbauamt zum Abschluß gelangt ist. Der Vertrag fand die Zustimmung der Tiefbau-Deputation. Die Brücke wird 138 Meter lang sein und in Eisen ausgeführt werden. Die Spannweite der Mittelöffnung wird 87 Meter betragen, die Hauptträger werden in Ridelstahl ausgeführt werden, um die Querschnitte der Burtmaen möglichst einzuschränken. Die Verwendung von Ridelstahl für Brückenbauten ist neu und in Berlin noch nicht zur Ausführung gekommen.

Die Adjazenten der Ralmoer und Pfader Straße haben wiederholt Eingaben an die Tiefbau-Deputation gerichtet, die durch einen Eisenbahneisenbahnstrecke getrennten Straßen durch eine Fußgängerbrücke zu verbinden. Infolge der hohen Lage eines Eisenbahngleises läßt sich diese Verbindung nur durch Anlage von Treppen auf beiden Seiten herstellen. Geheimrat Krause legte einen Entwurf für eine Fußgängerbrücke vor, die in einer Längsrichtung den Eisenbahndamm überschreitet und 60 000 M. Kosten erfordert. Die Deputation verweigerte die Beschlußfassung hierüber, da zunächst festgestellt werden soll, ob und in welcher Höhe die von dem Grundbesitzerverein in Aussicht gestellte Kostenbeteiligung der Adjazenten erfolgen wird.

Das Militärflussschiff M. 3 verbrannt.

Gestern morgen um 1/2 7 Uhr ist das Militärflussschiff M. 3 vor Antritt einer Fahrt in der Halle des Luftschiffbau-Ateliers Nr. 2 in Reinickendorf infolge Selbstentzündung der Gase vollständig verbrannt. Auch die Halle ist durch die entweichenden Stahlsäulen schwer beschädigt worden. Glücklicherweise sind bei dem Unfall keine Menschenleben zu beklagen.

Ueber die Katastrophe gehen uns folgende Mitteilungen zu: Das Militärflussschiff M. 3, das in diesem Jahre erfolgreich an den Kaisermanövern teilgenommen hat und bereits eine ganze Reihe wohlgeplanter Fahrten ausführen konnte, sollte gestern morgen unter Führung des Hauptmanns v. Jena eine Übungsfahrt antreten. Die nötigen Vorbereitungen in der Halle waren getroffen, die Brennstoff- und Ölbehälter zur Fahrt gefüllt und die Mannschaften standen vor der Halle bereit, den Vorkon auf den Schlepptauen ins Freie zu bringen. Während die Mechaniker noch die Motoren einer Prüfung unterziehen wollten, hörten sie plötzlich ein knisterndes Geräusch, als ob die Halle an einer Stelle aufgegriffen würde. Sie vertieften schleunigst die Gondel und eilten an die Seitenwand der Halle, um nach der Ursache dieses auffälligen Geräusches zu suchen.

# Vorort-Nachrichten.

## Neußlin.

### Der Aufmarsch der Parteien

zu den diesjährigen Stadtverordnetenwahlen hat sich vollzogen. Das Resultat ist, daß die Bürgerliche und Kommunalfortschrittler gemeinsam vorzogen. Die Furcht vor weiteren Erfolgen der Sozialdemokratie hat sie diesmal — im Gegensatz zu den letzten Wahlen — veranlaßt, schon bei den Hauptwahlen gemeinsame Kandidaten aufzustellen. Ueber die Deute hat man sich auch schon geeinigt. Die Bürgerlichen stellen in der zweiten Abteilung drei, die Kommunalfortschrittler fünf Kandidaten. Von den acht Mandaten hat die Sozialdemokratie eines zu verteidigen, sie hofft aber noch weitere Mandate zu erobern, trotz des neuen geplanten Wahlrechtsraubes. Mit diesem Wahlrechtsraub hat es übrigens seine eigene Bewandnis. Die bürgerlichen Blätter Neußlins haben von unserer Seite, in der die Stadt als Wähler bezeichnet wird, rein referierend Mitteilung gemacht. Kein Wort der Kritik haben sie daran geknüpft. Der Magistrat hat es bisher nicht für nötig gehalten, eine Erklärung über seine recht eigenartige Haltung abzugeben. Es könnte bald so scheinen, als wenn er sich schämt; aber es mangelt ihm an Gründen, sein Tun und Treiben zu entschuldigen. In den Berichten der Lokalblätter über bürgerliche Versammlungen entdeckt man nichts, daß sie sich mit der Sache beschäftigen haben. Aus alledem kann man sehr wohl den Schluß ziehen, daß der Magistrat, wie bei dem ersten Wahlrechtsraub, bereits mit den bürgerlichen Vertretern Rücksprache genommen und jetzt bereits sicher ist, daß ihm die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung Helfersdienste leistet. Jedoch sei dem, wie ihm wolle, wenn die bürgerliche Mehrheit und der Magistrat das Bedürfnis haben, den Wahlrechtskampf wieder neu aufleben zu lassen, und kann es recht sein; die Sozialdemokratie wird mit aller Energie, wie sie es bisher getan hat, den Kampf gegen die Entrechtung der Wähler führen.

Auch die Demokraten haben Stellung zu den Stadtverordnetenwahlen genommen. Sie haben beschlossen, sich selbst zu entmannen und Wahlenthaltung zu üben. Auch das kann uns recht sein.

Ursprünglich hatten die Demokraten die Absicht, mit der Sozialdemokratie zusammenzugehen, wenn ihnen eine Kandidatur abgetreten werden würde. Jedoch nach dem Ausfall der letzten Reichstags- und Stadtverordnetenwahlen, wäre es eine unzersehbliche Torheit der Sozialdemokratie gewesen, mit so unsicheren Anstößigen zusammenzugehen. Unsere Parteigenossen lehnten ab. Daraufhin saßten die Demokraten den Beschluß auf Wahlenthaltung.

Die Sozialdemokratie wird also allein den Kampf gegen die vereinten bürgerlichen Parteien zu führen haben. Das kann nur zur Klärung der ganzen kommunalpolitischen Situation dienen.

Eine Abarand Karl besuchte Versammlung der Privatangestellten tagte am Dienstag, den 8. d. M., im großen Saal des Deutschen Wirtschaftsausschusses, um einem Referat des Reichstagsabgeordneten Siebel über: „Die Ständen des Hauptauschusses“ zuzuhören. Der Referent ging in ausführlicher Weise darauf ein, daß der Hauptauschuss nicht aus Zweckmäßigkeitsgründen die Sonderversicherung für die Angestellten forderte, sondern nur allein der Bedanke der Loslösung der Angestellten von der Arbeiterkassensicherung maßgebend war. Man habe an das Ständebewußtsein appelliert und es auch hier wieder verstanden, eine künstliche Grenze zwischen den Kopf- und Handarbeitern zu ziehen. Der Referent zeigte dann an der Hand von Statistiken, daß 70 Proz. aller Privatangestellten unter 2000 M. Gehalt bezüeheten und diese Gruppen gar keine Anzeichen zum Ständebewußtsein haben. An einigen interessanten Beispielen stellte er den hohen Beiträgen die geringen Leistungen der Sonderversicherung gegenüber und zeigte, daß bei einem Ausbau der Invalidenversicherung die Angestellten entschieden besser gefahren wären. Die Ausführungen des Referenten wirkten so überzeugend auf die Anwesenden, daß sich trotz mehrfacher Aufforderung des Vorsitzenden niemand zum Wort meldete. Folgende Resolution fand, trotzdem Anhänger der im Hauptauschuss angeführten Verbände anwesend waren, einstimmige Annahme: „Nach der Art und Weise, wie der Hauptauschuss beim Kampf um die sozialen Versicherungsgeetze die Interessen der Privatangestellten preisgegeben hat, haben die Versammelten zu seinen Kandidaten nicht das Vertrauen, daß sie in die Verwaltungs- und Sprachorgane der Angestelltenversicherung Personen entsenden werden, die mit genügendem sozialen Verständnis ausgerüstet, das nötige Maßstab besitzen, um bei der Handhabung des Versicherungsgeetzes kraftvoll für die Interessen der Versicherten einzutreten. Die Versammelten sind davon überzeugt, daß der von der Freien Vereinigung vorgeeschlagene Weg zur Herbeiführung einer staatlichen Pensionsversicherung der Privatbeamten die Interessen der Angestellten viel besser gewahrt hätte, als das von dem Hauptauschuss angestrebte Sondergeetz. Demgemäß haben sie auch zu den Kandidaten der Freien Vereinigung das Vertrauen, daß sie für eine gerechte Anwendung und einen großzügigen Ausbau des Angestelltenversicherungsgeetzes eintreten werden. Die Versammelten empfehlen allen Berufsständen und Kolleginnen bei den Wahlen der Vertrauensmänner zur Angestelltenversicherung für die Liste der Freien Vereinigung zu stimmen.“

Deute Freitag, den 11. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, hält der Elternverein für Sport und Wandern eine außerordentliche Mitgliederversammlung im Lokal von Petri, Ansehstraße 118, ab. — Da es sich um wichtige Fragen bezw. Abwehmageregeln gegen die Polizeiaufsicht handelt, wird um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht.

Der Vorstand.

## Schöneberg.

Den Bericht vom Parteitag erstattete in der Mitgliederversammlung des Wahlvereins Stadtverordneter Genosse Albin W o h l s. Im besonderen hob Redner hervor, daß der diesjährige Parteitag eine Geschlossenheit gezeigt habe, wie wohl kaum einer zuvor. Nachdem der Referent alle wichtigen Fragen des Parteitages, wie Raiffeier, Steuerpolitik, Reichstagswahl, Stichwahlabkommen usw. ausführlich besprochen hatte, kam er auch auf Göttingen und den Fall Hildebrand zu sprechen, wobei er betonte, daß die Beschlüsse des Parteitages nur zu billigen seien. Die Genossen V e r n e i n, S c h e n l und T r i n k s unterstrichen im wesentlichen die Ausführungen des Referenten. Genosse V e r n e i n meinte, daß der Fall Hildebrand nur vom rein wissenschaftlichen Standpunkt beurteilt werden müsse. Dem trat Genosse W o h l s ganz entschieden entgegen. Ein Antrag, wonach die Versammlung die Beschlüsse des Parteitages gutheißt, wurde angenommen. — Genosse W o h l s erwähnte hierauf noch, daß der Bildungsausschuss am 25. Oktober einen Theaterabend veranstaltet, an welchem „Kabale und Liebe“ gegeben wird.

## Udlerhof.

Ein Seefischverkauf soll nach einem Beschluß des Feuerungsausschusses in eigener Regie versuchsweise Dienstags und Freitags jeder Woche auf dem Marktplatz vormittags von 8 bis 12 1/2 Uhr stattfinden. Heute werden verkauft: Schellfisch, mittel, und Rodelfau ohne Kopf zum Preise von 24 Pf. pro Pfund. In Aussicht genommen ist ferner vom Feuerungsausschuss noch, daß bei einem etwaigen Steigen der Kartoffelpreise im großen von der Gemeinde eingekauft werden sollen, um sie zu kleinsten Preisen an die Einwohner abzugeben. Betreffs der Versorgung mit billigerem Fleisch sind endgültige Beschlüsse nicht gefaßt worden, man will sich hier dem Vorgehen der übrigen Gemeinden Groß-Berlins in dieser Frage anschließen.

## Kaiserge-Müdersdorf.

Ein tödlicher Betriebsunfall hat sich im hiesigen städtischen Bergwerk ereignet. Der in der Friedrichstraße wohnhafte Berg-

arbeiter Hegert von hier wurde von einem Lorenzug überfahren und so schwer verletzt, daß er bald darauf seinen Verletzungen erlag. Der Verunglückte stand erst im 33. Lebensjahre. Er hinterläßt Frau und drei noch unmlündige Kinder.

## Neu-Bittau (Kreis Weeslow).

Eine an sich belanglose Sache rief ihrer besonderen Umstände wegen in der letzten Gemeindevertretersitzung eine rege Debatte hervor. Es handelte sich um die Anstellung der Handarbeits-Lehrerin. Der Gemeindevorsteher wollte die Stelle durch die Tochter des Gemeindevorsetzers Herrn Müller besetzen. Genosse W e i z o r i d kritisierte diesen eigentümlichen Modus. So lange sei man mit der jetzigen Lehrerin zufrieden gewesen, seit der letzten Gemeindevahl hätte man indessen allerlei an derselben auszuweisen, anscheinend deshalb, weil der Ehemann derselben bei der Gemeindevahl für unsere Genossen Schulz und P e t t e r gestimmt habe. Diese Äußerung brachte die Herren G r u s s e und M ü l l e r in Harnisch. Sie meinten, daß, nachdem man die Sache im Schulvorstande so schön geregelt zu haben glaubte, am allerwenigsten jetzt Unbehagen erwartet hätte. Beide Redner erklärten nun, ihre Kemer im Schulvorstande niederlegen zu wollen. Auf Antrag des Genossen W e i z o r i d wird die Stelle ausgeschrieben. Die Straßenreinigung der Buriger Straße rief eine längere Debatte hervor, weil die Anlieger die entstehenden Kosten tragen sollen. Die endgültige Beschlusfassung hierüber findet jedoch in einer späteren Sitzung statt.

## Pantow.

Die Gemeindevertretersitzung am Dienstag beschloß zunächst, daß an Stelle für je zwei Nachtwächterstellen (zurzeit sind es sechs), für deren geeignete Besetzung sich bisher stets Schwierigkeiten ergeben haben, eine Polizeiferegenstelle errichtet werden soll. — Eine lange und lebhaft Debatte zeitigte dann die Beratung eines Antrages der Finanzkommission betreffend Erhebung von Fremden- und Schulgeld von den hier ansässigen reichsausländischen Kindern. Begründet wurde diese Forderung vom Bürgermeister K u h r damit, daß von einer Reihe von Vorortgemeinden ein solches Fremdenschulgeld erhoben würde, während die Gemeinde Pantow, die namentlich infolge der hier ansässigen Zigarettenindustrie einer erheblichen Anzahl (zurzeit 110) solcher Kinder in ihren Schulen Unterkunft gewähre, bisher hieron abgesehen und dadurch auf eine Einnahme von mehreren tausend Mark jährlich verzichtet habe. Wenn auch aus idealen Gründen Bedenken gegen eine solche Maßnahme erhoben werden könnten, so müsse doch angesichts der erheblichen Schullasten gerade der nördlichen und östlichen Vororte und des weiteren Umstandes, daß die Gemeinde für Erteilung von jüdischem Religionsunterricht (von den 110 Kindern sind 48 jüdischer Konfession) noch besonders herangezogen werde, prinzipiell auf der Erhebung von Fremdenschulgeld, und zwar gleichmäßig und ohne Unterschied des Einkommens der Eltern bestanden werden. Ueber eine eventuelle Ermäßigung des Fremdenschulgeldes überhaupt, das gegenwärtig 48 M. pro Jahr beträgt, konnte dann später leicht eine Einigung erzielt werden. Von bürgerlicher Seite wurde der Maßnahme beigestimmt, doch Berücksichtigung der Einkommensverhältnisse der Eltern gewünscht und beantragt, daß erst bei einem Einkommen von über 1050 M. das Fremdenschulgeld erhoben werden sollte. Ein weiterer Antrag des Herrn Stadtrat S t a w i k wollte die Frage in der Weise regeln, daß statt wie bisher 48 M. in Zukunft 36 M. Fremdenschulgeld und dann von allen (reichsangehörigen wie reichsausländischen) Schülern gleichmäßig erhoben werden sollte. Von unseren Genossen beschäftigte A u b i g die Forderung vom kulturellen und wirtschaftlichen Standpunkte. Es könne für die Allgemeinheit nur von Vorteil sein, wenn die in Frage kommenden in der Mehrzahl dem Arbeiterstande angehörenden Reichsausländer, die den einheimischen Arbeitern gegenüber als Lohnbrüder aufzutreten bestimmt seien, ihren Kindern, obwohl für sie eine Verpflegung hierzu nicht vorliege, das für ihr späteres Leben notwendige Maß von Wissen zu verschaffen besträbt seien. Auf keinen Fall dürften den Kindern die Möglichkeit erspart werden, sich zu vollwertigen Menschen herauszubilden. Die Abstimmung hatte ein ganz überraschendes Resultat. Für keinen der drei gestellten Anträge fand sich eine Mehrheit und so verblieb es vorläufig bei dem bestehenden Zustande. — Hierauf wurde beschlossen, daß von auswärtig nach Pantow in Pflege gegebene Kinder generell vom Fremdenschulgeld befreit sind, wenn der Pflegejahr für dieselben die Höhe von 18 M. monatlich nicht übersteigt. — Dann bewilligte die Vertretung 1300 M. für Beschaffung eines Flügels für die fünfte Gemeindegemeinschaft und lebte ein Besuch des Geflügel- und Kanarienzüchtervereins Pantow-Niederhohenhausen um Stiftung eines Ehrenpreises ab. — Eine rege Debatte beantragte dann noch ein vom Vorstand des hiesigen Gewerbegerichts gestellter Antrag auf Erhöhung der Zahl der Weisiger (für Arbeitgeber und Arbeitnehmer von je 9 auf 12) und der Erlass eines Rathtrages zum Orisstatut des hiesigen Gewerbegerichts, der eine Vereinfachung der Gewerbegerichtswahlen (Beseitigung der Wählerlistenwahl für Arbeitnehmer) bezwecke. Der bürgerliche Gemeindevorsteher H o l l s t e t t e r, der namens der Arbeitgeber zu sprechen erklärte, bekämpfte die Erhöhung der Zahl der Weisiger als eine überflüssige Maßnahme. Er meinte sich aber von einem seiner bürgerlichen Freunde über deren Notwendigkeit belehren und außerdem sagen lassen, daß sein Urteil durch Sachkenntnis wenig getrübt und deshalb nicht ernst zu nehmen sei. Der Antrag auf Erhöhung der Zahl der Weisiger sowie der Rathtrag zum Orisstatut des Gewerbegerichts wurde angenommen. — Hierauf geheime Sitzung.

Die Wahlen zur Angestelltenversicherung finden am Sonntag, den 3. November, von mittags 12 Uhr bis nachmittags 5 Uhr, in der Turnhalle der 2. Gemeindegemeinschaft, Brunowstraße, statt.

Zum Stimmbezirk gehören noch die Orte Französisch-Buchholz, Planenburg und Schönerlinde.

Auskunft in Wahlangelegenheiten erteilt der Obmann des lokalen Wahlausschusses, Herr Wilhelm T i e f, Pantow, Jüterbogstraße 2.

Für die Wahlagitiation und am Tage der Wahl werden noch Hilfskräfte gebraucht. Wir ersuchen diejenigen Genossen, welche sich hiezu beteiligen wollen, sich bei Herrn T i e f oder dem Obmann der Gewerkschaftsunterkommission, Genossen G ü t i g, W i n z s t r a ß e 35, zu melden. Der Wahlausschuss der freien Vereinigung für soziale Versicherung der Privatangestellten.

## Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

E r t u e r: Deute Freitag, nachmittags 3 Uhr, bei Rathes.  
G e r z e l d e: Deute Freitag, nachmittags 5 Uhr, im evangelischen Gemeindehause.  
Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder männliche Gemeindegemeinschaftliche ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

## Jugendveranstaltungen.

Teget-Vorstellung. Sonntag, den 13. Oktober: Kartoffel- und Gerstebrot nach dem Gode Windhof, Heiligensee. Treffpunkt 10 Uhr vormittags an der Endstation der S-Bahn.

## Verfammlungen.

In dem Bericht über die Generalversammlung des Wahlkreises Neußlin schreibt uns Genosse E m i l R i o l d: „Ich habe zwar bebauert, daß es Genossen geben könne, die aus Sparlichkeit die Zahlung des Raiffeierbeitrages verweigerten, habe aber hinzugefügt, daß die meisten Schwerfischangestellten nicht aus diesem Grunde sich weigerten, sondern weil sie in Gewissenskonflikt mit ihrer Uebergangung und Beschlüssen ihrer Gewerkschaften lämen, die sich gegen die Unterstützung der Raiffeier gewandt hätten.“

Ich habe ferner nicht die Erklärung gegen Vieh seitens der Leitungsstelle nach dem Gode Windhof, Heiligensee, Trefpunkt 10 Uhr vormittags an der Endstation der S-Bahn.

Wenige Sekunden später schlug plötzlich eine hohe Stachflamme aus dem Vorderteil des Ballons und in dem nächsten Augenblick stand das ganze Luftschiff in Flammen. Durch die gewaltige Hitze, die sich beim Verbrennen des Wasserstoffgases bildete, wurden die Fenstererheben aus der Seitenwand der Halle herausgedrückt und meterlange Stachflammen schossen durch die Öffnungen ins Freie. In wenigen Sekunden war die ganze Hülle des Ballons samt dem Regwerk verbrannt und im nächsten Augenblick stand auch das Benzintankboiler der Gondel in Flammen. Auch das Ballenwerk des Daches sowie die Verankerung der Seitenwände der Halle hatten an einigen Stellen Feuer gefangen und die ganze Halle drohte ein Raub der Flammen zu werden. Unter Führung der auf dem Platz anwesenden Offiziere rückten sofort alle verfügbaren Mannschaften des Luftschiffbataillons heran und durch Aufwerfen von Sand und Erde versuchte man zunächst des Benzintankes Herr zu werden. Inzwischen wurde auch aus mehreren Schlauchleitungen auf die brennende Halle Wasser gegeben, doch gelang es bald, den Brand vollständig abzulöschen.

Die Untersuchung der Ueberreste des Luftschiffes ergab ein wenig erfreuliches Resultat. Die vier Köttingmotoren von je 75 PS-Beförderung waren durch die ungeheure Hitze fast vollständig verunstaltet und auch das unter der Hülle ausgehängte Aluminium-Rietgerüst hatte sich so verzogen, daß es weiterhin nicht mehr verwendbar sein dürfte. Die Hülle, die Steuerungsorgane und die beiden Schrauben sind ebenfalls vernichtet worden. Das Luftschiff sollte nach der heutigen Morgenfahrt Mey als ständige Station erhalten.

## Wie soll der Verkauf des ausländischen Fleisches in Berlin vorgenommen werden?

Diese Frage wurde gestern im Stadthaus in einer Konferenz, an der unter Vorsitz des Stadtrats Verndt der Direktor des Vieh- und Schlachthofes, Veterinärarzt G o l y, Obermeister K r i e s c h e und die Altmeister Burg und D u n s t teilnahmen, erörtert. Die Beratung hat, wie die „Allgemeine Fleischerzeitung“ mitteilt, folgende Feststellungen ergeben. Der Verkauf soll in den zehn städtischen Markthallen stattfinden. Beleuchtung und Stand werden, wenn auch nicht ganz kostenlos gewährt, so doch nur mit einem ganz geringen Zuschlag auf das Fleisch berechnet. Gerätschaften, Wod, Messer, Welle haben die Verkäufer selbst zu stellen. Als Verkäufer sind vor allem solche Fleischermeister in Aussicht genommen, welche durch die Ungunst der Verhältnisse in den letzten Monaten gezwungen wurden, ihre Geschäfte aufzugeben. Von dem Betriebe unbedingt ausgeschlossen sind die Warenaufseher. Auch die Läden der Fleischermeister sollen nicht als Verkaufsstellen zugelassen werden, da sonst eine behördliche Kontrolle über die Innehaltung der vorgeschriebenen Preise nicht für möglich erachtet wurde. Im einzelnen Falle soll nicht unter ein Pfund und nicht mehr als vier bis höchstens sechs Pfund abgegeben werden. In welchen Teilen das eingeführte Fleisch an die Abnehmer in den einzelnen Markthallen abgegeben werden soll, darüber wurde noch keine Bestimmung getroffen; man will aus der Praxis entnehmen, wie dabei am zweckmäßigsten verfahren wird. Ob als Einfühlungsstelle der Zentralviehhof oder die Zentralmarkthalle dienen soll, wurde auch noch nicht entschieden. Es wird dies wesentlich von der Stellungnahme der Polizeibehörde abhängen. Vorläufig wird der untere Raum der Räderhalle im Zentralviehhof dazu eingerichtet werden.

Eine Ehefrau spielte sich in der vergangenen Nacht im Nordwesten der Stadt ab. In einem Hause in der Kolnstraße wohnte seit März d. J. der Apotheker V i n k e mit seiner Frau. Das Ehepaar hatte früher eine Apotheke in Kottbus bei Leipzig, die sie jedoch wegen pekuniärer Schwierigkeiten aufgeben mußten. Der Mann fand zwar hier in Berlin Stellung, doch hatte er sehr schwer mit Schulden zu kämpfen. Diese pekuniären Sorgen veranlaßten das Ehepaar, ihrem Leben ein Ende zu machen. Beide Deute vergifteten sich mit Cyanalkali.

Beim Spielen tödlich verunglückt ist das vier Jahre alte Schöndchen Walter des städtischen Gasarbeiters W i n n i n g e r aus der W i t t i n e r S t r a ß e 62. Der Knabe spielte mit anderen Kindern auf dem Hofgrundstück der elterlichen Wohnung. Dabei suchte er sich hinter zwei Klavierplatten, die an einem Schuppen angelehnt standen, zu verbergen. Die Platten fielen jedoch um und trafen ihn so schwer am Kopf, daß er tot zusammenbrach. Die unglückliche Mutter brachte ihr Kind noch nach dem Urban-Krankenhaus, wo der Arzt aber auch nur noch den Tod feststellen konnte. Die W i n n i n g e r s c h e Eheleute verloren bereits vor einem Jahre durch einen Unfall einen kleinen Knaben. Dieser wurde auf der Straße von einem Weichheitswagen überfahren und getötet.

Durch den Ruf „Menschenleben in Gefahr“ wurde vorgestern nachmittags kurz nach 9 Uhr der erste Zug der Berliner Feuerwehr nach der W i t t i n e r S t r a ß e 12 gerufen. Wie sich ergab, waren in einer Dungsgrube zwei Arbeiter ohnmächtig geworden. Die Verunglückten wurden aus der Grube herausgeschafft und dann mit Sauerstoff behandelt, worauf sie sich auch bald wieder erholten.

Durch Explosion einer Petroleumlampe brach in der W e d o m s t r a ß e 24 a Feuer aus, wobei ein kleines Mädchen, Sidonie Schütze, schwere Brandwunden am Oberkörper und am Hals davontrug.

Ein Dachstuhlbrand mußte in der Stalger Straße 24a bewältigt werden. — In der 37ten Vormittagsstunde wurde die Behr gestern nach der W i l d e n s t r a ß e 133 gerufen, wo eine Dampfkeesserexplosion erfolgt sein sollte. In Wirklichkeit waren nur größere Mengen Dampf infolge Ueberdrucks ausgetreten. Die Gefahr konnte schnell beseitigt werden.

Die Konsum-Genossenschaft hat sich — gestützt auf die Erklärung der Regierung — an die Kommunalbehörden Groß-Berlins gewendet und sich bereit erklärt, den Fleischverkauf mit zu übernehmen. Die Zeitung der Konsum-Genossenschaft rechnet nicht auf irgend welchen Gewinn, sondern sie will sich lediglich in den Dienst der Allgemeinheit stellen und in diesen teuren Zeiten alles tun, um die Not lindern zu helfen. Hoffentlich werden die städtischen und staatlichen Behörden für dieses Bestreben der Konsum-Genossenschaft genügend Verständnis erweisen.

Im vorigen Jahre, als man den verschiedenen gemeinnützigen Vereinen Bräutermäßigung gewährte bei dem Bezug von Nahrungsmitteln für die minderbemittelte Bevölkerung, hat man der Konsum-Genossenschaft gegenüber die Gemeinnützigkeit bestritten. — Die Genossenschaft wirkt in ihren Kreisen mindestens so gemeinnützig wie viele andere Vereine auch, und da die Genossenschaft zurzeit 60 000 Mitglieder zählt, kann man ihr auch nicht bestritten, daß sie durch ihre Maßnahmen tatsächlich weiten Bevölkerungskreisen Vorteil bietet.

Der Bericht für den Monat September 1912 ergibt, daß der Warenumsatz 1 047 736,10 M. betragen hat. Das ist gegenüber dem Vorjahre eine Steigerung von 310 528,11 M.

Zu der Bäckerei wurde ein Gesamtertrag von 212 405 M. erzielt. Die Genossenschaft ist durch ihre eigene Bäckerei in der Lage, das Brot zu einem billigeren Preise abzugeben als irgend eine Privatbäckerei; ein Beweis dafür, wie gemeinnützig die Konsum-Genossenschaft wirkt, aber auch ein Ansporn für alle, dieses Unternehmen durch Beitritt weiter zu fördern.

Der Roabiter Männerchor veranstaltet am Sonnabend, den 12. Oktober im Stadttheater Roabit sein drittes Stützenfest. Mitwirkende: Anna V i e l e G r o m w a l d, Sopran, Rahmische S o u f e n s t r a ß e. — Da der Chor uns immer zur Verfügung steht, ist der Besuch zu empfehlen.

Im Volkstheater gelangt vom 11. Oktober ab abends 8 1/2 Uhr die Vaudevilleposse „Polnische Wirtschaft“ zur Aufführung.

Genosse Kiehl schreibt uns:  
 „Genosse Keller hat in seiner Berichterstattung über den Parteitag in Reußland ausgeführt, daß ich überall, wo ich über den Parteitag referierte, Resolutionen gegen meine Mitbegleiteten wegen ihrer Erklärung auf dem Parteitag „beschließen lasse“. Diese Behauptung ist völlig aus der Luft gegriffen. Ich habe bisher in vier Orten über den Parteitag berichtet und mir gerade bei der Behandlung des bekannten Vorganges große Zurückhaltung auferlegt. Es ist aber auch nur in einem Orte, und zwar ohne mein Zutun, eine Resolution gegen die Notwendigkeit einer solchen Erklärung beschlossen worden.“

**Eingegangene Druckschriften.**

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 2. Heft des 31. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Ballantines, Von Hermann Wendel. — Das Oktoberfest von 1907. Von F. Rehring. — Ein Vorkommnis. Von R. K. u. a. — Ein Agrarier für die Fleischfabrik. Von Speckler. — In Rogis Tod. Von Fritz Kummer. — Literarische Rundschau: Karl Dietl, Ueber Sozialismus, Kommunismus und Anarchismus. Von G. Schein. — Zeitstrahlen. Von J. Kötzgen.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Flugmaschinenbuch für unsere Jugend von F. A. Collins. Geb. 2,50 M. Französisch Verlagsbuchhandlung, Stuttgart.  
 Karl Flemming's Große Kriegskarte der Balkanländer. 1 M. Kleine Karte 50 Pf. C. Flemming, Berlin W. 50.

Arbeiter-Wanderverein „Berlin“. Wanderfahrt und sonstige Veranstaltungen am Sonntag, den 13. Oktober: Wanderung von Hermsdorf nach Reudersdorf, Hennigsdorf, Belten. Im letzteren Ort Besichtigung einer Dampfabrik. Abfahrt 7 Uhr 40 Min. Steinhilber Vorortbahnhof bis Hermsdorf. Gäste willkommen.

Arbeiter-Touristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Berlin. Sonntag, den 13. Oktober: Wanderung von Belten nach Marzahn, Forsthaus Krämerpfuhl und Schwane. Abfahrt nach Belten vom Steinhilber Bahnhof (Vorortbahnhof) früh 5,58; Gesundbrunnen 6,03. Gäste willkommen.

Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde“. Wanderfahrten am Sonntag, den 13. Oktober: I. Untersee-Wanderfahrt. II. Lützenice-Park. Abf. Egl. Bahnh. (Berliner Bahn) 5,32 vorm. III. Zehlendorfer-Mitte-Wander. Abf. Wannsee-Bahnh. 6,50 vorm. IV. Wrischow-Schwärze-Relchow. Abf. Stett. Fernbahnh. 5,59 vorm. V. Kottb. Grünau-Rahnsdorf. Treff. 9 Uhr vorm. Bahnh. Grünau. VI. Kottb. Grünau. Nordend. Treff. Egl. Bahnh. (Ede Frucht- und Waballstraße 3,48 nachm. Bahnh. Wedding. Eing. Reitelbed. 8 Uhr vorm. VII. Grünau-Friedrichshagen. Treff. 2 Uhr nachm. Bahnh. Grünau.

Witterungsüberblick vom 10. Oktober 1912.

Stationen	Barometer humb. mm	Wind- richtung	Wind- stärke	Wetter	Temp. u. d. Tag	Stationen	Barometer humb. mm	Wind- richtung	Wind- stärke	Wetter	Temp. u. d. Tag
Swinemünde	775,90		2	bedeckt	9	Kaparanba	770,25		4	wolkenl.	5
Hamburg	776,00	SO	3	Rebel	8	Petersburg	777,50		1	Rebel	1
Berlin	774,0		1	bedeckt	7	Scilly	767,00		2	Rebel	11
Frankfurt	771,00		2	wolkenl.	4	Aberdeen	769,50		2	wolkenl.	7
München	771,0		2	bedeckt	4	Paris	769,00		2	wolkenl.	4
Wien	772,0		2	wolkenl.	8						

Wetterprognose für Freitag, den 11. Oktober 1912.  
 Teilweise neblig, sonst trocken und vielach weter, nachts sehr kühl, am Tage ziemlich milde bei mäßigen Stößen.  
 Berliner Wetterbureau.

Unserem lieben Genossen  
 Bruno Dahms nebst Braut  
 die herzlichsten Glückwünsche  
 zur Vermählung.  
 Die Genossen des 477. und  
 481. Bezirks, 6. Kreis, 1. Abt.

**Todes-Anzeigen**

Verhandl. Gemeinde- u. Staatsarb.  
 Filiale Groß-Berlin.  
 Den Mitgliedern zur Nachricht,  
 daß die Kollegin

**Apollonia Wendt**  
 (Barberverwaltung)  
 verstorben ist. Wir werden be-  
 seiden ein ehrendes Andenken be-  
 wahren.  
 Die Beerdigung findet am  
 Sonntag, den 12. Oktober, nach-  
 mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
 Halle des St. Nikolai-Kirchhofes in  
 Hohen-Schönhausen aus statt.  
 35/16 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher  
 Transportarbeiter-Verband.**  
 Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
 Den Mitgliedern zur Nachricht,  
 daß unser langjähriger Kollege,  
 der Speisearbeiter

**August Schmidt**  
 am 9. d. Mts. im Alter von  
 62 Jahren verstorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am  
 Sonntag, den 12. d. Mts., nach-  
 mittags 1 1/2 Uhr, von der Leichen-  
 Halle des Dinnelschloß-Kirchhofes,  
 Nordend, aus statt.  
 67/12 Die Bezirksverwaltung

Am 9. Oktober verschied nach  
 kurzem, schweren Leiden mein  
 bergensguter Mann, unser lieber  
 Vater, Onkel, Bruder, Schwager  
 und Onkel

**Karl Schlemminger**  
 im 48. Lebensjahre.  
 Die trauernden Hinterbliebenen  
 Auguste Schlemminger  
 geb. Willasch.  
 Die Beerdigung findet am Sonn-  
 abend nachm. 4 1/2 Uhr, von der  
 Halle des Thomastriedhofes, Reu-  
 schloß, Hermannstr. 179/85, aus statt.

Verhandl. der  
 Fabrikarbeiter Deutschlands.  
 Zahlstelle Groß-Berlin.  
 Am Mittwoch, den 9. Oktober,  
 ist unser Mitglied

**Karl Schlemminger**  
 verstorben.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am  
 Sonntag, den 12. Oktober er.,  
 nachm. 4 1/2 Uhr, von der Halle  
 des Thomastriedhofes, Reu-  
 schloß, Hermannstr. 179-185, aus statt.  
 Nege Beteiligung erwartet  
 Die Ortsverwaltung.

**Dr. Simmel**  
 Spezial-Arzt  
 für Haut- und Harnleiden.  
 Prinzenstr. 41, Möritzplatz  
 10-2. 5-7. Sonntags 10-12. 2-4

**Deutscher Bauarbeiter-Verband.**  
 Zweigverein Berlin.  
 Sektion der Gips- und Zement-  
 branche.  
 Den Kollegen zur Nachricht,  
 daß unser Mitglied, der Einzelgaler

**Erich Wiggert**  
 im Alter von 25 Jahren an den  
 Folgen eines erlittenen Unfalles  
 am 8. Oktober 1912 gestorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet heute  
 Freitag, den 11. Oktober,  
 nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle  
 des Städtischen Friedhofes in der  
 Köpenickerstr., Ede See-Str., aus  
 statt.  
 149/12  
 Um rege Beteiligung wird er-  
 wartet  
 Der Vorstand.

**Kranken-Unterstützungs-  
 und Begräbnis-Kasse der  
 Federjuristen Berlins.**  
 (E. d. Nr. 50.)  
 Sonntag, den 20. Oktober 1912,  
 vormittags 10 Uhr, Gewerkschafts-  
 haus, Saal 3, Engelauer 15:  
**General-Versammlung**  
 Tagesordnung:  
 1. Rechnungslegung vom 3. Quartal  
 1912. 2. Verabschiedung der Bilanz  
 der Revision. 4. Geschäftliches.  
 Der Vorstand. 7536  
 J. A.: Gustav Basse.

**Arbeiter-Radfahrer-  
 Bund Solidarität.**  
 Ortsgruppe Berlin.  
**Touren**  
 zum Sonntag, den 13. Oktober.  
 1. Abt.: 1 Uhr: Kaustdorf-Süd  
 (Sandschloß). Start: Bölowstr. 38.  
 2. Abt.: 7 Uhr: Lichtenwalde.  
 1 Uhr: Köpenick. Start: Schön-  
 leinstr. 6.  
 3. Abt.: 7 1/2 Uhr: Horissee (Sport-  
 haus). 1 Uhr: Fr. Buchholz (Röhne).  
 Start: Kaufinger Platz 12.  
 4. Abt.: 1 1/2 Uhr: Waidersdorf-Süd  
 (Rathausbären). Start: Köpenicker  
 Platz.  
 5. Abt.: 6 Uhr: Herrentour nach  
 Lichtenwalde. 2 Uhr: Steglitz (Dixen-  
 waldchen). Start: Hiltmann.  
 6. Abt.: 1 Uhr: Adontental (Rag).  
 Start: Oederberger Str. 28.  
 7. Abt.: 7 Uhr: Rauen (Rumpfe).  
 1 Uhr: Wilschwerder (Alter Freund).  
 Start: Schulstraße 29.  
 8. Abt.: 6 Uhr: Jochenid. Start:  
 Leosowitzer Str. 1 Uhr: Rehdorf  
 (Röhle). Start: Jünglingstraße.

Sonntag, den 26. Oktober,  
 in der „Neuen Welt“:  
**Stiftungsfest.**  
 Karl Helmsius-Abend.  
 Näheres siehe Inserat am 20. d. M.  
 im „Vormärk“.  
 12/20

**Reinickendorf.**  
 Vereinstour, Berlin 9. Abteilung.  
 Start: 2 Uhr an den bekannten  
 Stellen.  
**Charlottenburg.**  
 2 Uhr nachm.: Franz-Buchholz.  
 Start: Volkshaus.

für elegante Maßanzüge, Ulster,  
 Paletots, Mtr. 4.-, 5.-, 6.- M. etc.  
 Damenliche, Kostüme, Flausch,  
 Mtr. 3.-, 4.-, 5.- M. etc. Loden  
 f. Welterpelerinnen, Mtr. 1.50, 2.50 M.,  
 Persianser, Imit., Mtr. 6.50, 8.50,  
 11.50 M. Plüsch, Soidon-Seal,  
 für elegante Damenpaletots Mtr. 9.50,  
 15.- M.  
 Tuchlager Koch & Seiland G. m. b. H.  
 Gertraudenstr. 20/21 vis-à-vis der  
 Petrikirche.

**Öffentliche politische Versammlungen.**

**Vierter Wahlkreis.  
 Petersburger Viertel.**  
 Am Sonntag, den 13. Oktober, abends 5 Uhr, im  
 Lokal Fürstenberg, Frankfurter Allee 106:  
**Öffentl. Versammlung.**  
 Tagesordnung:  
 1. Vortrag des Genossen G. Franke über: „Darwinismus“.  
 2. Diskussion.  
 Nachdem gemüthliches Beisammensein mit Tanz.  
 Die Viertelleitung.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
 Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin Hauptbureau:  
 Hof I. Charitéstraße 3. Hof III.  
 Amt Norden, Nr. 1239. Amt Norden, Nr. 1967.

Sonntag, den 12. Oktober, abends 9 Uhr, im Lokal  
 von Wollschläger, Adalbertstr. 21:  
**Versammlung**  
 aller in den Betrieben für Oberlicht-  
 Fensterverschlüsse beschäftigten Kollegen.  
 Tagesordnung:  
 1. Abt. in diesen Betrieben der Schloßerei eingehalten. 2. Welche  
 Stellung nehmen die Kollegen hierzu ein. 3. Verschiedenes.  
 Mitgliedsbuch ist zwecks Legitimation mitzubringen.  
 Zu dieser Versammlung sind die Kollegen der Firmen Fürstenberger  
 u. Nege, Sperling u. Co., Paul Lindstädt, Ernst Lindstädt,  
 Walter, Burkhard und A. Scherdel besonders eingeladen.  
 Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Sonntag, den 13. Oktober, vormittags 10 Uhr, im Lokal  
 von Bahn in Baumshulenweg, Baumshulenstr. 67:  
**Mitglieder-Versammlung**  
 für Baumshulenweg.  
 Tagesordnung:  
 1. Die Einführung der Hauskassiererin in Baumshulenweg. 2. Wahl  
 der Hauskassiererin.  
 Mitgliedsbuch legitimiert.  
 Zahlreicher Besuch erwartet  
 125/20 Die Ortsverwaltung.

**Tadellos  
 1 M.**  
 wöchentliche Teilzahlung  
 liefert elegante  
**Herren-Moden**  
 fertig und nach Mass.  
 Garantie für tadellosen Sitz  
 und feinste Verarbeitung.  
**J. Kurzberg**  
 Mass-Schneiderer  
 Rosenthaler Strasse 36, 1, am Hackeschen Markt  
 Frankfurter Allee 104, part., Ecke Friedenstrasse  
 Reinickendorfer Strasse 4, am Weddingplatz

**Deutscher Arbeiter-Stenographen-Bund**  
 Ortsgruppe Berlin. „System Reller“ Ortsgruppe Berlin.  
 Arbeiter! Parteigenossen! Lernt stenographieren!  
 Jeder denkende, vorwärtsstrebende Arbeiter sollte sich die Erlernung  
 der Stenographie zur Aufgabe machen. Die Reller'sche Stenographie,  
 die sich durch ihren logischen Aufbau, durch leichte Erlernbarkeit ganz besonders  
 auszeichnet, ist diejenige Schrift, die dem Arbeiter gegenüber anderen  
 schwer erlernbaren Systemen nur empfohlen werden kann.  
 Darum nehmt die Gelegenheit wahr, eine gute Stenographie zu er-  
 lernen. Erst nach der Beherrschung wird man den eigentlichen Wert er-  
 kennen.  
 Neue unentgeltliche Kurse für Damen und Herren beginnen:  
 Montag abends 8 1/2 Uhr in der Buchdruckerei, Berlin N., Chausseestr. 64.  
 Dienstag abends 8 1/2 Uhr in Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 28, Rest. Bernitz.  
 Donnerstag abends 8 1/2 Uhr in Berlin SO, Rudowstr. 25, Rest. Friedrich.  
 Donnerstag abends 8 1/2 Uhr in Berlin N., Drontheimer Str. 4, Rest. Reich.  
 Donnerstag abends 8 1/2 Uhr in Berlin C., Kallertstr. 35, Rest. Faust.  
 Freitag abends 8 1/2 Uhr in Berlin NW, Emdener Str. 19, Rest. Karins.  
 Sonntag vormittags 10 Uhr in Berlin N., Buchdruckerei, Chausseestr. 64.  
 Die genannten Ausgaben bestehen in Lehrmitteln zu 3 M., für Jugend-  
 liche 2,50 M.  
 Der Vorstand. Rich. Wolf, Berlin-Pankow, Nordbahnstr. 3.

**Zähne, Plomben, beste Aus-  
 führung, billigste Preise.  
 Olga Jacobson, Invaliden-  
 str. 145, II.**

**Nathan Wand**  
 129 Stallter Str. 129.  
 Die schönsten  
 Monats-, Winterpaletots und  
 Ulster, sowie Jackett-, Rock-  
 und Smoking-Anzüge,  
 erstklassige, in ersten Geschäften  
 hergestellte, auf Seide gearbeitete  
 Garderobe, von  
 Kavaliere getragen,  
 ist neu, für jede Figur passend.  
 Begleit Dauchanzüge sind in  
 großer Auswahl reich zu haben  
 billiger Preisen zu haben.  
 Abt. II: Neue Garderobe.  
**Nathan Wand**  
 129 Stallter Str. 129.  
 Hochachtungsvoll Rothbuser Str.  
 Bitte um signales Interesse auf  
 Hausnummer zu achten.

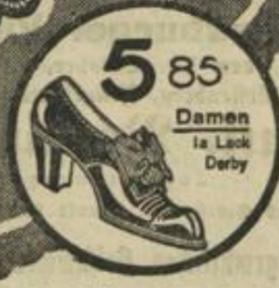
**Gänse pro 75.**  
 7-12 Pfund schwer. 163/2\*  
 Nur allererste Qualität!  
 Gänserumpfe, 1/2 Gänse,  
 fetter Suppenhahn, junge Brathühner.  
 Wegner, Mariannenstr. 34.  
**Möbel jeder Art**  
 Wohnungseinrichtungen  
 Kronen f. Gas u. Elektr.  
 in jeder Preislage  
 von den billigsten bis  
 zu den allerfeinsten  
 neu und gebraucht.  
**Speditionen-Speicher**  
 Neue Friedrichstr. 5-8,  
 alte Kaserno, Hof.



**VERA 3er JOSETTI Cigarette**

**Aufsehen erregen**

**unsere Schlager!**



2. Geschäft: Gr. Frankfurter Str. 110, (am Strausberger Platz).

3. Geschäft: Charlottenburg, Nehringsstr. 34, Ecke Hagazinstraße, am Friedrich-Carlplatz.



**Du hast die Sachen wohl erneuert? Nein, die sind mit Blendax gescheuert.**

Pakete zu 10 u. 20 Pfg. Fabrik: Urban & Lemm - Charlottenburg

**Achtung!**  
III. Etage  
**Reisemuster**  
Ulster, Paletots Anzüge und Hosen  
gibt an Private zu Fabrikpreisen ab.  
Herrenkleider-Fabrik  
**J. Coper, Alexanderstr. 55 III. Fahrstuhl**  
Geöffnet bis 7 Uhr abends, so lange Vorrat reicht; auch Sonntags von 12-2 Uhr.

Jeder **Arbeiter**, jeder **Handwerker**, jeder praktisch arbeitende **Mann**

der für seine Arbeit, für seinen Beruf, besonders vorteilhaft geeignete Kleidung nötig hat, kauft diese bei **Kohnen & Jöring, Größtes Spezialhaus für Arbeits- u. Berufskleidung**  
Hauptgeschäft: Alexanderstr. 12. Zweiggeschäfte: Rosenthaler Str. 53 - Landsberger Allee 148 - Reutöln: Bergstr. 66  
Nähe Alexanderplatz. Jede Weinmeisterstraße. (Blücher) am Ringbahn.  
Reelle billige Preise, erprobte solide Qualitäten, guter Sitz, richtige Machart, beste Verarbeitung, größte Auswahl.

**Theater und Vergnügungen**

Freitag, 11. Oktober 1912. Anfang 7 Uhr.  
Kgl. Opernhaus. Vohngren. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Kgl. Schauspielhaus. Der große König. Königgräzer Straße. Herodes und Mariamme.  
Zirkus Albert Schumann. Gala-Feststellung.  
Zirkus Busch. Gala-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
Urania. Taubenstraße 48/49. Auf's Mitterhorn.  
Deutsches Schauspielhaus. Der Herr von Nr. 19.  
Kroll. Der Herr von Nr. 19.  
Zentral-Theater. Der Herr von Nr. 19.  
Schiller O. Des Pfarrers Tochter von Studeldorf.  
Schiller-Charlottenburg. König Lear.  
Berliner. Große Hofjungen.  
Theater in der Königgräzter Straße. Herodes und Mariamme.  
Deutsches Schauspielhaus. Egmont.  
Sonnabend 7 1/2 Uhr: Sum 1. Wale: Der gut sitzende Frack.  
Theater am Rollendortplatz (Neues Schauspielhaus). Täglich abends 8 Uhr: Waispiel des Wais.  
Münchener Künstler-Theater: Orpheus in der Unterwelt.  
Residenz-Theater. 8 Uhr: Der Herr von Nr. 19.  
Schwan in 3 Akten von Renard und Baré.  
Sonnabend, den 12. Oktober, zum ersten Male: Gemütsmenschen.  
ROSE-THEATER. Große Kankantier Str. 132. Abends 8 Uhr: Ein Sommernachtsstraum.  
Sonnabend 8 Uhr: Schilfervorstellung: Wilhelm Tell. 8 Uhr: Ein Sommernachtsstraum.  
Trianon-Theater. Abends 8 Uhr: Liebesbarometer.

Schiller-Theater O. Theater. Freitag, abends 8 Uhr: Des Pfarrers Tochter von Studeldorf. Sonnabend, abends 8 Uhr: Der Talisman. Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Zopf und Schwert. Abends 8 Uhr: Flachsmann als Erzieher.  
Schiller-Theater Charlottenburg. Freitag, abends 8 Uhr: Zum ersten Mal: König Lear. Sonnabend, abends 8 Uhr: Flachsmann als Erzieher. Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Die Jüdin von Toledo. Abends 8 Uhr: König Lear.  
Berliner Theater. Abends 8 Uhr: Große Hofjungen.  
Theater in der Königgräzter Straße. Abends 7 1/2 Uhr: Herodes und Mariamme.  
Deutsches Schauspielhaus (Römische Oper). Abends 8 Uhr: Egmont. Sonnabend 7 1/2 Uhr: Sum 1. Wale: Der gut sitzende Frack.  
Theater am Rollendortplatz (Neues Schauspielhaus). Täglich abends 8 Uhr: Waispiel des Wais.  
Münchener Künstler-Theater: Orpheus in der Unterwelt.  
Residenz-Theater. 8 Uhr: Der Herr von Nr. 19.  
Schwan in 3 Akten von Renard und Baré.  
Sonnabend, den 12. Oktober, zum ersten Male: Gemütsmenschen.  
ROSE-THEATER. Große Kankantier Str. 132. Abends 8 Uhr: Ein Sommernachtsstraum.  
Sonnabend 8 Uhr: Schilfervorstellung: Wilhelm Tell. 8 Uhr: Ein Sommernachtsstraum.  
Trianon-Theater. Abends 8 Uhr: Liebesbarometer.

**„Clou“** Berliner Konzerthaus  
Mauerstraße 82. - Zimmerstraße 90/91.  
Heute! **Großes Doppel-Konzert.** Heute!  
Berliner Konzerthaus-Orchester Dirig. Frz. v. Blon, Komp. Dirigent: Oberm. Baarz.  
Musik: 1. Garde-Drig.-Regts. Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.  
An allen Wochentagen nachm. Gr. Promenaden-Konzert bei freiem Eintritt.

**Luisen-Theater.**  
Freitag (unmüde/rullich leichte Aufführ.): Ich lasse Dich nicht. Sonnabend nachm. 4 Uhr: Zwerg Nase. Abends 8 Uhr: Die Weiden-gräfin. Sonntag nachm. 3 Uhr: Die Kuna-lise. 8 Uhr: Die gelbe Gefahr.

**Theater Königstadt-Casino.**  
Holzmarktstr. 72. Off. Alexanderstr. 1 Min. v. Bahnh. Jannowitzbrücke. Tägl. abends 8, Sonnt. 5 Uhr: Das große Kobolden-Program und Papa ist krank. Große Vosse. in 1 Akt.

**Metropol-Theater.**  
Abends 8 Uhr: Rauschen gestaffelt. **Chauffeur - ins Metropol!!**  
Große Jahresrevue mit Gelang und Tanz in 10 Bildern von J. Freund. Musik v. Rud. Nelson. Länge arrang. von Bill Wilhob. In Szene gesetzt vom Direktor R. Schulz.

**Bierecabaret im Lichtprunksaal der Passage.**  
Jeden Abend 1/2 9 Uhr: Hermann **Funke**  
Hansy Petra  
Putzi Cassani  
Mizzi Dressl  
Werner Goldmann  
Otto Bellmann  
20 Künstlerinnen u. Künstler. Einheitspreis 1 M.

**Urania**  
Taubenstraße 48/49. Wissenschaftliches Theater. 8 Uhr: **Auf's Mitterhorn.**  
Das Programm der naturwissenschaftlichen Hörsaalvor-träge im 4. Quartal 1912 ist erschiedenen u. kostenlos erhältlich.

**Apollo Theater**  
Ab 8 Uhr  
Nie dagewesener Erfolg! Lucy König, Wiener Soubrette. M. Juanitta, Tanz-Idylle. Sensationeller Lacherfolg! **Bernhard Morbitz** als Ehepaar Platsch und 8 weitere Attraktionen.

**Folies Caprice.**  
Zum 41. Male **Diedrei Schlager:**  
Der teufliche Joseph. Der Rehdorf. Der Einbrecher.

**Passage-Panoptikum**  
**RAPPO**  
der größte Entfesselungs-künstler der Zeit.  
Der Mann mit dem eisernen Schlund! die anatom. Unmöglichkeit. **Lehend! Ohne Extra-Entree!**

**Zirkus A. Schumann**  
Heute Freitag, 11. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: **Große Elite-Vorstellung** mit vollst. neuem Programm. Debut 7er spanischen Clowns **Carpi und Noppi.**  
Zum letzten Male: **Willi Mann** mit seinem 200 Pfd. schweren Schulpferd „Goliath“. **Um 9 1/2 Uhr: Der unsichtbare Mensch.**  
Vier Bilder aus Indien. 1. Der Ausgestoßene. 2. Der Yagin im heiligen Dschungel. 3. Das Opfer der Kälte. 4. Das Fest des Maharadschah sowie der Brand d. Palastes.

**Zirkus Busch.**  
Heute Freitag, den 11. Oktober abends 7 1/2 Uhr: **Gr. Gala-Vorstellung. Houdini**  
der König der Ausbrecher. **Das Kriegerluftschiff d. Zukunft.** (Ingenieur H. Böhle). Projektionschleuderung auf Kriegsschiffe.  
Zum **Unter Gorillas.** Gr. Pantomimen-Burleske des Zirkus Busch in 4 Bildern.

**Herrnfeld Theater**  
8 Uhr:  
Die mit beispiellosem Lacherfolg aufgenommene Novität **Die Alpenbrüder.**  
10 Uhr:  
**Endlich allein!**  
Beide Stücke mit den Autoren **Anton und Donat Herrnfeld** in den Hauptrollen.  
Vorverkauf 11-2 (Theaterkassa). Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

**Admiralspalast**  
am Bahnhof Friedrichstraße. **Eispalast.**  
Einzig in der Welt mit seinen prunkvollen Eisballetts. **2 Vorstellungen 2** nachmittags und abends das sensationelle Eisballett **„Yvonne“**  
100 Mitwirkende. Fabelhafte Ausstattung!  
**Die kleine Charlotte.** Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr abends halbe Kassenpreise. **Restaurant I. Ranges!** Wein- und Bier-Abteilung.  
Für den Inhalt der Ju-erare übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Voigt-Theater.**  
Gesundbrunnen Badstraße 58. Freitag, den 11. Oktober 1912: **Der Fehltritt einer Frau.**  
Komödie in 4 Akten von Reiffingen. Staffeneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

**Reichshallen-Theater**  
Stettiner Sänger.  
Größte der Winter-saison. Gr. Orchester. Dirig. R. Schrader. **Die Macht der Töne.** Burleske v. Weyfel. Anf. 8 Uhr.

**Casino-Theater**  
Rehringstr. 37. Täglich 8 Uhr: Das sensationelle Oktober-Programm **Robert Neemann.**  
Berlins Lieblingshumorist mit neuen Schlagern. **Riefen-Lacherfolg** des lustigen Stüdes **Der Großfürst.**

Ein Jahr Wohnungsamt.

Von den Gemeinden Groß-Berlins besitzt allein die Stadt Charlottenburg ein Wohnungsamt. Vor einigen Tagen erschien über die Tätigkeit dieser für die Großberliner Kommunalverhältnisse völlig neuen Einrichtung der erste Jahresbericht, den der Stadtrat Sendel erstattete. Und da die, wenn auch kurzen Erfahrungen des Charlottenburger Wohnungsamts für Großberliner zweifellos von einem gewissen Interesse sind, sei hier auf die hauptsächlichsten Punkte dieses Berichts kurz eingegangen.

Da wird — was von besonderer Bedeutung ist — im vornherein festgestellt, daß die vielen Befürchtungen, die von den Gegnern des Wohnungsamtes gegen dessen wirksames Arbeiten geltend gemacht wurden, so gut wie keine Befestigung gefunden haben. So kamen Vermieter wie auch die meisten Mieter den Helfern und Angestellten des Wohnungsamts durchaus nicht feindselig entgegen, sondern bald trat zwischen beiden Parteien ein Vertrauen ein, das der Erfüllung der Aufgaben des Wohnungsamts nur förderlich war. Zumeist mag diese schnelle Verständigung darin ihren Grund haben, daß die Tätigkeit des Wohnungsamts — soweit die Wohnungsaufsicht in Frage kommt — keinen polizeilichen Charakter trägt, sondern aufgebaut ist auf dem Grundsatz der Beratung und Aufklärung von Mietern und Vermietern. Gewiß ließ es sich trotzdem nicht vermeiden, daß die Hausbesitzer in ihren Vereinsversammlungen und in ihrem Verbandsorgan noch bis vor kurzem die Tätigkeit des Wohnungsamts sehr mißtrauisch betrachteten und abfällig kritisierten, wie es auch Mieter gab, die den Befehlen und Ermahnungen der Pfleger nicht zugänglich waren. Aber alles in allem genommen führte sich die Wohnungsaufsicht und das Wohnungsamt im allgemeinen gut ein.

Zu den Aufgaben des Wohnungsamts gehören außer der Wohnungsaufsicht, die Kontrolle des Schlafstellenwesens, die aber auf Grund einer Polizeiverordnung ausübt wird, wodurch die durch diese Kontrolltätigkeit erforderlich werdenden Maßnahmen einen zwingenden Charakter haben. Ferner ist dem Wohnungsamt ein Wohnungsnachweis angegliedert. Die Arbeit des Wohnungsamtes wird von einigen angestellten Beamten und einer großen Zahl von ehrenamtlich tätigen Pflegern und Pflegerinnen geleistet. Aber in seinem Wirken mußte das Wohnungsamt oft mit anderen Einrichtungen zusammen arbeiten und seine Bemühungen fanden nicht selten eine wertvolle Ergänzung durch das Eingreifen der Armen- und Waisenverwaltung, der Krankenpflege, der Säuglingsfürsorge, der Jugendpflege und der städtischen Lungenfürsorge.

Geht man auf die Statistik über die Tätigkeit des Wohnungsamts ein, dann ist dabei vorauszuschicken, daß man nicht vergessen darf, daß Charlottenburg zu den Großberliner Gemeinden gehört, in denen die sehr gut und besser gestellten Bevölkerungsschichten wie der Kleinbürgerliche Mittelstand sehr stark vertreten sind. Aber doch mangelt es auch in der „Stadt der Millionäre“ durchaus nicht an Wohnungsbedarf. Und die Mietskasernen herrschen auch hier an vielen Stellen vor. Da ist aber nicht uninteressant folgendes Urteil über die Folgen des Wohnens in solchen Mietskasernen in der amtlichen Berichtsschrift zu finden: „Das Leben in der Mietskasernen bietet keinen Anreiz zur Verbesserung und Veredelung der Wohnsitze; wo aber eine Tendenz zur Verwahrlosung der Wohnsitze vorhanden ist, wird sie durch die Mietskasernen verstärkt und, wie durch Ansteckung, weiter verbreitet.“ Diese Erfahrung findet denn auch in folgenden Zahlen einen Beweis:

Insgesamt wurden 5561 Besichtigungen von Häusern oder einzelnen Wohnungen vorgenommen, 572 waren außerordentliche Revisionen. Diese Besichtigungen führten zu 1908 Beanstandungen, von denen 645 bei Haus- und 1263 bei Wohnungsinspektionen erhoben wurden. Die Hausbeanstandungen waren in den meisten Fällen (320) auf mangelhafte Instandhaltung der Wohnungen, auf feuchte Räume (102) und auf mangelhafte und unzureichende Ab- und Abwasseranlagen (74) begründet. Bei den einzelnen Wohnungen wurde vor allen Dingen beanstandet: 455 Mal das Zusammenklaffen von männlichen und weiblichen Personen in gleichen Räumen oder in gleichen Betten, 325 Verstöße gegen die Schlafstellenordnung, ferner daß es in 237 Fällen an Betten überhaupt mangelte und daß an 133 Stellen eine durchaus ungewöhnliche Benutzung der Wohnräume vorherrschte. — Von allen diesen Mängeln wurden 1088 oder 54,96 Prozent abgestellt, 524 Fälle sind noch in der Schmeiße, 44 Fälle wurden durch Ausnahmegenehmigung gebildet, in 96 Fällen wurde die Verfolgung der Abhilfemaßnahmen unterbrochen und in 6 Fällen mußte jede Aussicht auf Besserung aufgegeben werden.

Nicht minder interessant ist aber das Spezialkapitel über die Schlafstellenkontrolle. Da ließen im ganzen 3569 Anzeigen über Aufnahme von Schlafgängern ein. 3008 Schlafstellen wurden besichtigt, von denen aber nur 976 unbeanstandet genehmigt werden konnten. In 896 Fällen mußten erst viel-

fache Mängel beseitigt werden, ehe die Genehmigung erteilt werden konnte; 552 Schlafstellen konnten nur unter Gewährung von Ausnahmen gebildet werden und in 844 Fällen mußte das Halten von Schlafgängern glatt verboten werden. Diese Zahlen sprechen mit aller Deutlichkeit von der dringenden Notwendigkeit einer wirksamen Kontrolle und Beaufsichtigung des Schlafstellenwesens. Das läßt noch viel deutlicher ein Hinweis auf die „süßliche Art der Beanstandungen“ erkennen. So erfolgte ein Einspruch in 943 Fällen, weil es an den genügenden Betten fehlte, auf 619 Schlafstellen schliefen männliche und weibliche Personen entweder in denselben Räumen oder in denselben Betten zusammen, an 233 Stellen wurden Schlafgänger von Familien aufgenommen, die selbst nur Stube und Küche zur Verfügung hatten, wobei nicht unbeachtet bleiben darf, daß außerdem in 449 Fällen die Schlafgänger mit Familienangehörigen zusammen nächtigten. 161 Wohnräume waren überhaupt gesundheitsgefährlich. Infolge dieser Beanstandungen mußten 799 männliche und 977 weibliche Schlafgänger die Schlafstellen räumen. Daß aber das Schlafstellenwesen insbesondere auf sittlichem Gebiete von großen Gefahren begleitet ist, läßt sich auch daraus erkennen, wenn man aus der Fälle der Beanstandungen Einzelsfälle herausgreift. So zum Beispiel wurden in mehreren Fällen Schlafgänger von Prostituierten aufgenommen.

Eine Witwe schlief mit ihrem 14jährigen Sohn in einem Bett, der Sohn am Fußende des Bettes; in der Küche schlief eine Schlafgängerin.

In einer zweifenstigen Stube von 27,14 Quadratmetern schliefen in zwei großen Betten und einem Kinderbett die Eheleute, 4 Töchter von 18, 16, 11 und 7 Jahren und ein Junge von 13 Jahren, sowie ein Kind der 18jährigen Tochter von 1 Jahr, in der Küche der Bräutigam der 18jährigen Tochter und Vater des Kindes.

2 Stuben waren vermietet. Die Familie, bestehend aus den Eheleuten und 3 Söhnen von 22, 16 und 12 Jahren, schlief in 3 Betten in der 13,5 Quadratmeter großen Küche.

In einem Zimmer wohnte eine Frau und ihr 13jähriges Kind mit 2 Regern zusammen; in der Küche schlief die Vermieterin mit ihrem 12jährigen Sohn.

In einer vollständig dunklen, 7,50 Quadratmeter großen Kammer schliefen in 2 Betten 2 erwachsene Söhne, eine 13jährige Tochter und die Vermieterin.

Ein alleinlebender Invalide nahm in einer aus 3 Räumen bestehenden Wohnung 4 Schlafgänger auf, ohne irgendwelche Möbel zu besitzen. Vermieter und Schlafgänger schliefen auf Lumpen und Hodelspanen auf dem Boden und bedekten sich mit alten Säcken zu.

Wenn irgend etwas zu einem weiteren Eingreifen in das Schlafstellenwesen eine Veranlassung bieten kann, dann sind es die Ergebnisse der erbjährigen Tätigkeit des Charlottenburger Wohnungsamts, dessen Tätigkeit aber auch auf dem Gebiete der Wohnungsbauvermittlung ausgeht zu werden verdient. Denn im ersten Jahre wurden nur 284 Wohnungen, davon 150 Ein- und 134 Zweizimmerwohnungen, vermittelt. Das lag vor allen Dingen daran, daß die Hausbesitzer noch zumeist die Anmietung ihrer leer oder leer werdenden Wohnungen beim Wohnungsamt unterlassen. In ihrer Abneigung gegen diese Einrichtung, können viele Hauseigentümer den Vorteil nicht erkennen, den auch sie von einer guten, praktischen und kostenlosen Mietervermittlung haben.

Aber trotz alledem ist zu hoffen, daß auf Grund seiner erstjährigen Erfahrungen das Charlottenburger Wohnungsamt recht bald einen weiteren Ausbau erfährt. Einen Ausbau, der vor allen Dingen darin besteht, daß auch eine Frau als Beamtin im Wohnungsamt angestellt wird. Dieses ist schon aus dem Grunde dringend erforderlich, weil der Betätigung der ehrenamtlich für das Wohnungsamt verpflichteten Frauen in dem Bericht folgende Anerkennung gezollt wird:

„In allen Fällen aber, wo es sich um schlechte Wohnsitze irgend welcher Art handelt, kann — diese Erkenntnis ist durch die Arbeit dieses Jahres gefestigt — die Mitarbeit der Frau nicht entbehrt werden. Die ehrenamtlich tätigen weiblichen Mitglieder der Wohnungsausschüsse haben denn auch in zahlreichen Fällen wertvolle Arbeit geleistet.“

Als das Wohnungsamt geschaffen wurde, forderten unsere Genossen im vornherein die Anstellung eines weiblichen Inspektionsbeamten. Die bürgerlichen Parteien und der Magistrat lehnten aber damals die Erfüllung dieses Verlangens ab. Doch schon nach einem Jahre sieht man im Wohnungsamtsbezirk die Berechtigung und Notwendigkeit unseres Antrages ein.

Wäge man dieser Einsicht folgen und damit der jungen Einrichtung eine noch größere Wirksamkeit sichern als bisher, so daß deren Folgen auch in den anderen Gemeinden Großberlins ebenfalls Wohnungsdämter recht bald entstehen möchten. Die Notwendigkeit dafür ist überall gegeben.

Aus der Frauenbewegung.

Der Vater und die Arbeiterfrauen.

In einer Agitationsversammlung der katholischen Arbeitervereine des Bezirks Rülheim am Rhein hielt dieser Tage ein bekannter Klostergeistlicher, Pater Jacundus, einen Vortrag über die „Arbeiterbewegung im Lichte des Christentums“. Die „Kenntnis“, die der Mann dabei von dem Leben der Arbeiter offenbart hat, verdient, ein wenig beleuchtet zu werden. Er führte nach dem Berichte des dortigen Zentrumsblattes aus:

„Der Vater ist nach Gottes Willen das Haupt der Familie und besitzt daher die größte Autorität, auf die er unter keinen Umständen Verzicht leisten kann und darf. Sein Heim muß ihm das Liebste auf Erden sein, und deshalb ist auch in seiner freien Zeit zu Hause in der Familie sein Platz. Auf ihn die Pflicht an seine Arbeitsstätte, zur Fabrik usw., so muß er stets mit heiterer, froher Miene nach Hause zurückkehren und die Falten auf seiner Stirne, die ihm Kummer und Sorge und Enttäuschungen gegraben, verschleiden. Denn kommt er von der Arbeit nach Hause, so kommt er nicht als Arbeiter, sondern als liebender Vater, dessen Anblick immer ein Lächeln verklären soll. Erst abends, wenn sich schon die Augen der Kinder geschlossen, kann er seiner Gattin sein Inneres eröffnen; denn sie ist es, die ehrlich und redlich freudig und Reiden mit ihm teilen wird. Sie liebt und fühlt mit. Sie ist es allein, die es in heroischer Liebe versteht, ihn wieder aufzumuntern und aufzurichten. Der Mann hat daher auch seine Frau zu schätzen und zu achten und Fehler bei ihr die auch ihm anhaften, in Liebe zu übersehen. Nicht ist der Wray des Mannes in der Küche; dahin gehört allein die Frau. Der Mann hat nur dafür zu sorgen, daß die Frau etwas in die Küche bekommt.“

Ob wohl der fromme Mann mit Berechnung in den Köpfen der armen katholischen Arbeiter das Strohfeuer des „Autoritäts-“ und Größenwahns angezündet hat? Auch der Unterricht in der Mimik, der den müden, abgehärmten Gesichtszügen der Arbeiter nicht gelingen wird, die Kummerfalten so auf Kommando verschwinden zu lassen, daß „immer ein Lächeln ihr Antlitz verklärt“!

Das tollste aber ist die Verweisung des Mannes aus der Küche. Gerade im Westen Deutschlands leben die Arbeiter daheim nur in der Küche; Hunderttausende Familien gibt es da, deren ganze „Wohnung“ nur aus einem Raum besteht, der zugleich Wohn-, Schlafzimmern und Küche, womöglich auch noch, wenn der Vater Heimarbeiter ist, Werkstätte sein muß. Und dann die paterliche Anordnung, daß der Mann „nur dafür zu sorgen hat, daß die Frau etwas in die Küche bekommt“! Das ist doch der unerhörteste Hohn angesichts der gerade vom Zentrum so systematisch geförderten Lebensmittelverteuerungspolitik.

Marktbericht von Berlin am 9. Oktober 1912, nach Ermittlung des Königl. Polizeipräsidiums. Marktpreisliste. (Kleinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—30,00. Speldeböhen, weiße, 26,00—26,00. Linen 35,00—35,00. Kartoffeln (Kleinhdl.) 5,00—5,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,80—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,60—1,90. Schweinefleisch 1,60—2,40. Kalbfleisch 1,50—2,40. Hammelfleisch 1,60—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 4,00—6,00. 1 Kilogramm Karotten 1,40—2,40. Kale 1,60—3,20. Jander 1,60—3,60. Dohle 1,60—2,80. Barbe 1,00—2,40. Schote 1,60—3,20. Wele 0,80—1,60. 60 Stück Kresse 1,00—3,00.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerstände, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau. Table with columns for location, date, and water level.

Leineweber Berlin C.

Rohstraße 34 Köllnischer Fischmarkt 4.5-6 Fischerstraße 1

Für jede Körperform passend!

Anzüge ♦ Ulster ♦ Paletots

21 25 28 32 36 39 42 48 54 60 68 75 Mk.

Für Knaben und Jünglinge:

8 10 12 15 18 21 25 28 32 36 40 45 Mk.

Meine Fabrikate, in eigenen Betriebswerkstätten gediegen verarbeitet, sind preiswert und unübertroffen in Sitz und Haltbarkeit.

Moderner Schnitt ♦ Grosse Auswahl ♦ Vorzügliche Passform

An den Sonnabenden bis 9 Uhr abends, Sonntags nur von 12 bis 2 Uhr geöffnet



